

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

FB Politische Wissenschaft
(Otto-Suhr-Institut)
22. DEZ. 1975
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Dezember 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

12/75

Aus dem Inhalt:

Kampf gegen Berufsverbote
geht verstärkt weiter 2

Unzureichender Kompromiß
Reallohnverlust der Stahlarbeiter 4

Memorandum der Wissen-
schaftler: „Konzert“ der Herr-
schenden gestört 9

Die ÖTV wird ihre ganze Kraft auf
nächste Tarifrunde konzentrieren
Interview mit dem
hessischen ÖTV-Vorsitzenden
Karl-Heinz Wolf 10

Vor Vertrauensleutewahlen
im Bereich der IG Metall 12

Auszüge aus den Reden von
Vetter und Maria Weber auf der
Dortmunder Kundgebung
Philipp Seibert, GdED,
zur Mitbestimmung
Presseschau 13–20

IBFG-Kongreß fordert Kontrolle
der multinationalen Konzerne 21

Mannheimer SPD-Parteitag gegen
Gewerkschaftsforderungen 22

GdED gegen Ausverkauf
der Bahn – für paritätische
Mitbestimmung 24

DGB-Aktion in Dortmund:
Demonstration gewerkschaft-
licher Kraft 26

Im Dienste des Kapitals 27

Zum Verlust des Arbeitsplatzes
Einschränkung
sozialer Leistungen 28

„Die Tage vor dem Tag X“
Gespräche mit
spanischen Arbeitern 30

Wie kein anderes Jahr seit 1949 gibt 1975 einerseits zu berechtigten Hoffnungen Anlaß. Mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde ein neuer Abschnitt der Nachkriegsgeschichte eingeleitet und der weiteren Entspannung Tür und Tor geöffnet. Das von den europäischen Regierungschefs unterzeichnete Dokument bietet u. a. die Möglichkeit zu umfangreichen Rüstungsbeschränkungen, wie es zahlreiche Gewerkschaften in Anträgen und Beschlüssen gefordert haben.

Auf der anderen Seite war das jetzt abgelaufene Jahr nicht nur von den Auswirkungen der gegenwärtigen Krise mit rund zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern sowie erheblichen Preissteigerungen gekennzeichnet, sondern noch von einem großangelegten Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen begleitet. Es fehlte auch nicht an Versuchen, die gewerkschaftliche Lohnpolitik als Ursache der Misere hinzustellen. Von den Gewerkschaften schwer erkämpfte soziale Verbesserungen sollen durch den von der Bundesregierung angeordneten Sparkatalog mit einem Federstrich beseitigt werden. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung beugte sich damit dem Druck des Großkapitals und wälzte die Lasten der Krise auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen ab. Die jetzt bereits erzielten Tarifabschlüsse muten den Betroffenen erhebliche Reallohnsenkungen zu und können kein Beispiel für die bevorstehenden Tarifrunden sein. Obendrein will die SPD/FDP-Regierung – wie es auf dem Mannheimer Parteitag erneut deutlich wurde – den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsgesetz aufzwingen, welches den Namen Mitbestimmung nicht verdient und vom DGB-Bundesausschuß „als unannehmbar“ abgelehnt wurde. Im Gegensatz dazu sind jetzt maßgebliche Kreise in der DGB-Spitze bereit, den Kompromiß hinzunehmen.

Die richtige Antwort – und Beispiel für alle – auf Unternehmerangriffe und Rotstiftpolitik waren die machtvollen Demonstrationen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz. Die Großkundgebung des DGB am 8. November in Dortmund für Mitbestimmung, gegen Arbeitslosigkeit, für eine Berufsbildungsreform, wo mehr als 50 000 Gewerkschafter demonstrierten, war nicht der Schluß-, sondern ein Höhepunkt, dem weitere folgen werden. Erinnert sei an ein Wort Vettters auf der Dortmunder Kundgebung: „Wenn es notwendig ist, werden es morgen 100 000 sein.“ Diese hunderttausend für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen einzusetzen, wird im kommenden Jahr sicherlich notwendig sein.

Für die Gewerkschaften wird es 1976 mehr denn je darauf ankommen, den erreichten Lebensstandard durch eine aktive Lohnpolitik zu verteidigen und weiter auszubauen. Dazu bedarf es jedoch des Einsatzes der ganzen gewerkschaftlichen Kraft. Nicht zuletzt bieten die im Frühjahr anberaumten Wahlen der Vertrauensleute mehrerer Gewerkschaften, die Personalratswahlen im öffentlichen Bereich sowie die Wahl der Jugendvertreter in allen Betrieben und Verwaltungen die Möglichkeit, gewerkschaftliche Kraft zu demonstrieren.

gim

Zur Jahreswende: Rückblick und Ausblick

Kampf gegen Berufsverbote geht verstärkt weiter

Am 27. November 1975 fand im überfüllten großen Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses eine internationale Veranstaltung gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei statt. Der Arbeitskreis „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte“, dem zahlreiche bekannte Gewerkschaftsfunktionäre angehören, hatte dazu Redner aus Frankreich, England, Italien, Luxemburg, Holland und der Bundesrepublik eingeladen. Übereinstimmend erklärten die ausländischen Gäste, daß in ihren Ländern Berufsverbote undenkbar seien.

Friedel Hahn, Gewerkschaftssekretär in Frankfurt, machte darauf aufmerksam, daß von den Berufsverboten nicht nur Angehörige des öffentlichen Dienstes, sondern in zunehmendem Maße Arbeiter und Angestellte aus allen Bereichen betroffen würden. Prof. Klaus Fritzsche, Vorsitzender der südhessischen Jungsozialisten, erklärte, daß die Benutzung des Wortes Berufsverbote schon in unserem Lande als anrüchig gelte. „Es besteht die Gefahr, daß diejenigen, die von Berufsverboten reden, einen Haken in ihre Kartei bekommen.“ Unter dem Beifall der Zuhörer sagte der engagierte Sozialdemokrat: „Wir werden so lange kämpfen, bis es keine Berufsverbote mehr gibt.“ Dabei ginge es nicht — wie vielfach unterstellt würde — um die Schaffung einer Volksfront, sondern um die Verteidigung der Verfassung, und das sei die Pflicht aller Demokraten.

Aus England war der Unterhausabgeordnete der Labour Party, Les Hakfield, gekommen. Er rief dazu auf, im Kampf gegen die Berufsverbote nicht nachzulassen. Heute seien Mitglieder der DKP davon betroffen, morgen können es Sozialdemokraten und Gewerkschafter sein. Im Namen des in Luxemburg gebildeten Komitees gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik überbrachte Liane Mayer-Recking solidarische Grüße. Die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik sei gleichbedeutend mit der Selbständigkeit ihres Landes. Aber auch aus noch einem weiteren Grunde sei die Luxemburger Bevölkerung über die Entwicklung in der Bundesrepublik tief beunruhigt. Luxemburg habe keine eigene Universität, 25 Prozent der Studenten studieren zur Zeit in der Bundesrepublik. Welche Wissenschaftler aber bekommen wir zurück, wenn in der Bundesrepublik die wissenschaftliche Forschung und Auseinandersetzung behindert werde, fragte Frau Mayer-Recking. Sie sicherte den von Berufsverboten Betroffenen auch finanzielle Hilfe zu.

Seit 1945 habe es in seinem Land keine Regierung gewagt, Berufsverbotsge-

setze zu erlassen, erklärte der Vorsitzende des französischen Komitees gegen Berufsverbote in der BRD, der Rechtsanwalt Pierre Kaldor aus Paris. Solche Maßnahmen habe es nur unter dem Statthalter Hitlers, Petain, gegeben. Für die französische Bevölkerung, die inzwischen Komitees gebildet und zahlreiche Unterschriften gegen Hexenjagd und Gesinnungsschnüffelei gesammelt habe, sei es klar, daß das Sondergesetz vom 24. Oktober verfassungswidrig und undemokratisch sei. „Wir werden dafür eintreten, daß es bald keine Berufsverbote mehr in der Bundesrepublik gibt.“

Bestürzend sei, daß durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Berufsverbotspraxis durch ein Sondergesetz legalisiert worden sei, erklärte der Vorsitzende der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hollands, Bert Kremers. Gemeinsam müßten wir aus der Geschichte lernen, daß die Gefahr für die Demokratie immer von rechts gekommen sei. Was in der Bundesrepublik praktiziert werde, sei ein Schritt zum Faschismus. „Diese Entwicklung macht uns in Holland Sorgen.“ Ähnliche Aussagen machte auch der Vorsitzende der Sozialistischen Jugendorganisation SP Mailands, Marko Maccarelli.

Der bekannte Publizist Freiherr Gösta von Uexküll setzte sich mit der Behauptung auseinander, daß die Kommunisten der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt hätten. Das sei eine Legende und mit der Wahrheit überhaupt nicht im entferntesten zu vereinbaren. Die Gefahr sei von rechts gekommen. Ein wahrhaftiger Umgang mit der geschichtlichen Wahrheit hätte uns viel Leid erspart. Von Uexküll erinnerte an das bekannte Wort „Wer aus der Geschichte nicht lernt, muß sie noch mal erleben“. Daß das nicht geschieht, dafür müßten sich alle Demokraten einsetzen. Eine am Schluß der Veranstaltung durchgeführte Solidaritätssammlung erbrachte einen Ertrag von über 2300 DM. G. M.

Wende in Spanien?

Mit dem Tode des spanischen Diktators Franco ist der Faschismus in dem Pyrenäenland noch nicht zu Grabe getragen worden. Nach den erneuten Verhaftungen schon unter der „königlichen Regie“ von Juan Carlos, dem Niederknüppeln von Demonstranten und einer Farce von Amnestie — von der nur zehn Prozent der politisch Verfolgten betroffen sind — zeigen, daß der neue Machthaber das Erbe Francos weiterhin würdig zu verwalten versucht. Dabei kann er sich auch auf die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik stützen, die dem spanischen Faschismus stets unverhohlene Sympathien entgegengebracht haben.

Am offensten brachte diese Sympathien der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, zum Ausdruck. Er lobte Francos große Leistungen und Verdienste, die bis heute Spanien „frei vom Kommunismus“ gehalten hätten. Angesichts der Tatsache, daß CSU-Strauß gute Beziehungen zum südafrikanischen Rassenregime pflegt und auch gegen Pinochets Foltermethoden nichts einzuwenden hat, überrascht eine solche Haltung nicht. Unverständlich ist dagegen, daß die Bundesregierung ihren Minister Ertl als offiziellen Trauergast nach Madrid schickte und Trauerbeflaggung aller öffentlichen Gebäude anordnete, was bei dem Mord an Allende tunlichst vermieden worden war.

Auf Anfrage begründete die Regierung ihre Maßnahmen mit „diplomatischen Gepflogenheiten“. Dagegen gab es zahlreiche Proteste. Die sozialdemokratisch regierten Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen lehnten es ab, die Anordnung auf Trauerbeflaggung zu befolgen.

Unter den zahlreichen Protesten aus demokratischen Organisationen und aus den Gewerkschaften ist besonders ein Brief des Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, an Bundeskanzler Helmut Schmidt hervorzuheben, in dem es u. a. heißt: „Die Arbeitnehmer der Bundesrepublik haben kein Verständnis, wenn auf diese Weise ein Mann geehrt wird, der über Jahrzehnte die Arbeiterbewegung und die Demokratie unterdrückte. Es ist zwar fast 40 Jahre her, seit dieser Mann gemeinsam mit den anderen Faschisten Europas die spanische Demokratie überfiel und ihr ein blutiges Ende setzte, doch ist der Geist des Faschismus der gleiche geblieben.“

SPD-Parteitag

Der auf dem SPD-Parteitag beschlossene Orientierungsrahmen '85 erwies sich für die SPD-Führung als erfolgreiches Integrationsinstrument und wurde — in seiner dritten Fassung — bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen. Im Prinzip liegt er in der Kontinuität prokapitalistischer sozialdemokratischer Programmatik.

In seinem realen Kern bedeutet dieser OR '85 einen Angriff auf die gegenwärtigen Positionen des DGB und seiner Gewerkschaften und wird Ausgangspunkt für Versuche sein, den DGB wieder programmatisch näher an die SPD heranzuführen.

Der Abschnitt, der sich mit der Gewerkschaftsproblematik beschäftigt, wurde neu gefaßt; hier blieben die Grundaussagen des zweiten Entwurfs erhalten. Nach wie vor geht die SPD davon aus, daß den Gewerkschaften schon deshalb ein besonderer Stellenwert zukommt, weil die Vermittlung sozialdemokratischer Politik dadurch behindert werde, daß nicht alle Schichten der SPD-Anhängerschaft gleichmäßig an der politischen Arbeit teilnehmen, vor allem nicht die Arbeiter und Angestellten. Die SPD ist nicht gewillt, darauf zu verzichten, die Gewerkschaften als Transmissionsriemen ihrer Politik zu benutzen.

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wird nicht angestrebt, um diesen zu helfen, die von ihnen selbst festgelegten Ziele zu verwirklichen, sondern die Gewerkschaften sollen benutzt werden, die Vorstellungen der SPD durchzusetzen. Wer aber diese auf einen sozialdemokratischen Kurs festlegen will, der beabsichtigt, auch bei formaler Anerkennung der Einheitsgewerkschaft, diese in eine Richtungs-gewerkschaft zu verwandeln. Das Bekenntnis der SPD zur Einheitsgewerkschaft und zur Unabhängigkeit der Gewerkschaften, das im zweiten Entwurf noch nicht enthalten war, ist deshalb auch nur als Lippenbekenntnis zu werten.

Es ist verständlich, wenn Heinz Oskar Vetter, als Vorsitzender des DGB, vor dem Parteitag erklärte, daß die Gewerkschaften sicherlich dessen Beschlüsse respektieren würden, obwohl doch keineswegs zu übersehen war, daß zwischen den gewerkschaftlichen Zielsetzungen und den Festlegungen der SPD eine erhebliche Kluft besteht (siehe auch Seite 22). Die Gewerkschaften sollten nur ihre eigenen Beschlüsse respektieren und aus dieser Sicht prüfen, wie die Beschlüsse der Parteien mit ihren Vorstellungen übereinstimmen.

Aus alledem ergibt sich, daß es künftig noch notwendiger als bisher sein wird,

die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu verteidigen. Die Gewerkschaften sollten sich bei der Festlegung ihrer Politik allein an den Interessen ihrer Mitglieder orientieren.

H. Sch.

Frohe Festtage
und ein friedliches,
gesundes und
erfolgreiches neues Jahr
wünschen wir allen
Lesern und Freunden.

Verlag und Redaktion

GLOSSE

Harmlose Kitter

Am 22. November berichtete die bundesdeutsche (und internationale) Tagespresse über die Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes des US-amerikanischen Senats über die Tätigkeit des Geheimdienstes CIA in den Jahren 1960 bis 1970. Da wird von „handfesten Beweisen“ gesprochen, daß die CIA-Mordpläne ausgearbeitet hat u. a. gegen Fidel Castro, Ministerpräsident von Kuba; Trujillo, Präsident der Dominikanischen Republik; Patrice Lumumba, Ministerpräsident von Kongo; Achmed Sukarno, Präsident von Indonesien; Duvalier, Präsident von Haiti; Ngo Dinh Diem, Präsident von Südvietnam, und René Schneider, chilenischer Oberkommandierender. Chile-Präsident Allende stand nicht im Bericht, denn er wurde erst 1973 ermordet. — Alles Politiker, die überhaupt nie oder nicht mehr ins USA-Konzept paßten.

Präsident Ford hatte vergeblich versucht, die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses zu verhindern. Wegen des „schweren Schadens für das internationale Ansehen“ der USA. Aber der Senat hatte einen Trost bereit: Zwar gebe es im Mordfall Lumumba sogar einen Hinweis, daß Präsident Eisenhower persönlich die Ausarbeitung eines Kitterplans genehmigte, aber in allen Fällen sei der CIA die Ausführung der Morde nicht nachzuweisen. Da gibt es keine Unterlagen.

Das ermutigte Axel Cäsar Springers „Welt“ zu der Bandwurm-Schlagzeile: „US-Geheimdienst plante Morde, tötete aber keinen ausländischen Staatsmann. Die CIA verliert ihr Schreckens-Image.“ So harmlos ist die CIA. Nur: Bis auf Castro, der eine gute Abwehr hat und Sukarno, der „nur“ gestürzt wurde, sind tatsächlich alle umgebracht worden.

Mitbestimmung: Falsche Richtung

Wie in allen wichtigen Fragen dieses Landes scheinen sich auch in der Mitbestimmung die Positionen der Unternehmerschaft durchzusetzen. Das war so beim ersten und beim zweiten Betriebsverfassungsgesetz, bei der Wiederaufrüstung, den Notstandsgesetzen, den Berufsverboten, dem Jugendarbeitsschutz, der beruflichen Bildung und so weiter, und so fort.

Die regierende SPD/FDP-Koalition ist jetzt entschlossen, die für sie leidige Mitbestimmungsfrage vom Tisch zu bekommen. Darum soll schon um die Jahreswende der Gesetzentwurf der Regierung dem Parlament vorgelegt werden. Es steht fest, daß dieser Koalitionskompromiß die vom DGB geforderte Parität nicht bringt und den leitenden Angestellten eine Sonderstellung einräumen will. Das hat auch der Mannheimer SPD-Parteitag noch einmal deutlich gemacht, und damit wäre das Mitbestimmungsgesetz „ein Schritt in die falsche Richtung“.

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat auf der Dortmunder Kundgebung am 8. November vor 50 000 Gewerkschaftern versichert: „Wir werden jeden Versuch bekämpfen, die Weichen in die falsche Richtung zu stellen.“ Auch der IG-Metall-Vorsitzende Loderer sagte am 22. November in Amberg, wenn das verabschiedete Gesetz den Forderungen der Gewerkschaften nicht entspreche, „geht der Kampf für die volle paritätische Mitbestimmung weiter“.

Diese Orientierung ist richtig; aber nicht zu billigen ist, daß die DGB-Führung in einer Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates fatalistisch die Verabschiedung eines untauglichen Mitbestimmungskompromisses durch das Parlament hinzunehmen versprach. Möglicherweise ist es diese Haltung, die den Weg überhaupt frei macht für einen Mitbestimmungs-Wechselbalg, den es dann in sehr langwierigen Kämpfen wieder aus der Welt zu schaffen gilt.

„Unsere Linie ist die Meinung unserer Mitglieder und sonst gar nichts“, sagte Vetter in Dortmund. So käme es nun darauf an, ohne Pause diese Mitgliedermeinung in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Wer im Zusammenhang mit dem SPD-Parteitag bemerkt hat, wie sehr die SPD-Führung das Stillhalten des DGB in dieser Frage braucht, dem dürfte auch bewußt geworden sein, daß die Gewerkschaften es in der Hand haben, den „Schritt in die falsche Richtung“ zu blockieren. Aber dazu bedarf es Handlungen, und zwar jetzt, die mit den zitierten Worten in Übereinstimmung sind. G. S.

Unzureichender Kompromiß Reallohnverlust der Stahlarbeiter

Am fünften Verhandlungstag (15. November 1975) wurde in der Lohnrunde der Eisen- und Stahlindustrie für das Tarifgebiet in NRW und der Klöckner Hütte Bremen zwischen den zuständigen Verhandlungskommissionen der IG Metall und der Stahlindustrie ein unzureichender Kompromiß ausgehandelt. Mit 12 Gegenstimmen entschied sich die telefonisch für den 17. November 1975 zusammengegrufene Große Tarifkommission der IG Metall für den Kompromiß, nachdem der federführende Bezirksleiter Herb die Annahme empfohlen hatte.

Auf der Grundlage des gewerkschaftlichen Prinzips einer aktiven Lohnpolitik, der Stärkung des Reallohns zur Kaufkraftbehebung als primärer Voraussetzung zur Erweiterung und Belebung der Nachfrage und der damit verbundenen größeren Sicherheit der Arbeitsplätze, erhoben die Stahlarbeiter bereits zu Beginn dieser Lohnrunde, so u. a. im Raum Dortmund, Bremen und Duisburg, eine Lohn- und Gehaltsforderung um 12 Prozent und forderten eine um 100 DM monatlich erhöhte Ausbildungsvergütung.

Die Große Tarifkommission der IG Metall aber legte sich unter dem Druck der Wirtschaftsverbände und der SPD/FDP-Regierungskoalition auf eine Forderung von nur 8 Prozent und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung von 50 DM monatlich fest mit der Begründung, den „besonderen Verhältnissen in der Wirtschaft“ und insbesondere der Stahlindustrie Rechnung tragen zu wollen.

Bei der Festlegung der Großen Tarifkommission auf die schon ungenügenden und den Reallohn senkenden 8 Prozent war bekannt, daß die Erhöhung der Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträge sowie der Arbeitslosenversicherung unmittelbar bevorstand und die Nahverkehrstarife in den Städten des Tarifbezirks ab 1. Januar 1976 bis zu 50 Prozent angehoben werden sollten. Trotz dieser einkommensmindernden Tatsachen wurde dem völlig unzureichenden Kompromiß von 5 Prozent plus 1 Prozent zugestimmt.

Wenn der IGM-Bezirksvorsitzende Herb sagt, daß mit diesem Ergebnis auch die zu erwartenden Preissteigerungen für 1976 aufgefangen seien, dann ist das von ihm nicht belegbar. Machen wir folgende Rechnung auf: Der Ecklohn in der Stahlindustrie steigt bei 5 Prozent von 7,09 auf 7,44 DM die Stunde. Das sind für die Lohngruppe 6, gleich Facharbeiter, 35 Pfennig. Dazu kommen die 10prozentige Dynamisierung sowie die erhöhten Punkt- und Basiswerte, wie sie bei den zwei Berechnungsarten in der Stahlindustrie (analytische wie summarische Berechnung)

verwandt werden. Das macht insgesamt 42 Prozent brutto die Stunde. Bei 173 normalen Monatsstunden (ohne Mehrarbeit und Kurzarbeit) sind das 72,66 DM brutto minus durchschnittlich 30 Prozent Abzüge, gleich 21,80 DM, bleiben im Monat netto 50,86 DM. Bei einem bisherigen Nettomonatsverdienst von 1300 DM plus netto 50,86 DM beträgt die Steigerung 3,91 Prozent. Von bisher 1400 DM plus 50,86 DM beträgt die Steigerung 3,39 Prozent. Für Wechselarbeiter, deren Zuschläge auf den neuen Ecklohn berechnet werden, erhöhen sich die Zuschläge je nach verfahrenen Stunden auf Spät- und Nacharbeit von 4 bzw. 7 Pfennig.

Wie bereits gesagt, können nur Nettoverdienste in der Endrechnung zugrunde gelegt werden, da Mehrausgaben nicht mit Bruttoverdiensten beglichen werden können. Hier sei die Frage erlaubt, wie man mit solchen Prozentsätzen die für 1976 angekündigten Mehrausgaben inklusive der Preissteigerungsrate auffangen und einen Reallohnabbau verhindern will.

Des weiteren sollte man nicht übersehen, daß die Laufzeit des jetzigen Tarifabkommens acht zwölfmonatige Monate beträgt. Auch wenn für die verlängerten 14 Tage vom 16. Oktober bis 1. November 1975 eine einmalige Pauschale von 25 DM gezahlt wird, gleicht diese den Lohnverlust nicht aus, der in diesem Zeitraum entsteht. Die veröffentlichten Meinungen von einer möglichen Nachforderung zu dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag bei einer konjunkturellen Belebung sind wenig realistisch; denn die Stahlindustriellen haben schon mehrfach bewiesen, daß sie selbst in Zeiten der Hochkonjunktur während der Laufzeit eines Abkommens über tarifliche Dinge nicht mit sich reden lassen.

Auch bei der materiellen Berechnung der 10prozentigen Aufstockung der Jahresabschlußvergütung oder des Weihnachtsgeldes auf 110 Prozent darf man vorangegangene Daten und Fakten nicht außer acht lassen. Die beim

Lohnabkommen 1974 ausgehandelte Vereinbarung eines zusätzlichen Stahlbonus von zweimal 300 DM, zahlbar im Oktober 1974 und im Mai 1975, war der Gegenwert für ein fälliges und einkalkuliertes Urlaubsgeld. Man schob es vor sich her in der Absicht, es bei der jetzigen Lohnrunde mindestens in der Höhe von 300 DM zu tarifieren. Ergebnis: die 10prozentige Aufstockung macht in der Spitze höchstens 200 DM im Jahr aus, d. h. 100 DM weniger als gewerkschaftlicherseits fest einkalkuliert wurde. Dies muß von der Lohnerrhöhung in Abzug gebracht werden, so daß diese unter Einbeziehung der längeren Laufzeit tatsächlich nur bei rund 4,5 Prozent liegt.

Völlig unzureichend bei diesem schon kläglichen Kompromiß ist die Anhebung der Ausbildungsvergütung um ganze 22 DM brutto monatlich. Stahl doch der jetzige Ausbildungssatz vor 472 DM brutto monatlich im dritten

Ergebnis der Lohnrunde

1. Die Löhne und Gehälter werden ab 1. November 1975 um 5 Prozent erhöht (bisheriger Ecklohn 7,09 DM, jetzt 7,44 DM).
2. Die Ausbildungsvergütung wird in allen Ausbildungsstufen um 22 DM im Monat erhöht.
3. Die Laufzeit dieser Tarifverträge beträgt 12 Monate.
4. Für die Zeit vom 16. Oktober 1975 bis 31. Oktober 1975 (14tägige Differenz des Zeitraumes vom Ablauf des letzten Abkommens bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens) erhalten Arbeiter und Angestellte eine einmalige Pauschale in Höhe von 25 DM, Auszubildende von 1 DM.

Ausbildungsjahr in keinem Verhältnis zu der produktiven Arbeit der Auszubildenden noch zu deren Unterhaltskosten.

Wenn schon die Stahlarbeiter zu Tausenden die Arbeit niederlegten, um gegen das schäbige 5-Prozent-Angebot der Unternehmer zu demonstrieren sowie den Willen zu bekunden, für die bescheidene 8-Prozent-Forderung zu kämpfen, dann ist die große Erregung und der Unmut in den Betrieben über diesen unzureichenden Kompromiß nicht nur verständlich, sondern berechtigt. Das kam unmißverständlich auf einer Vertrauensmännervollkonferenz der Hüttenwerke Hoesch Dortmund am 20. November 1975 wie auch bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen zum Ausdruck. Von aller Diskussionsredner wurde der Kompromiß aufs schärfste verurteilt.

Heinrich Bramkamp

Opel-Beschäftigte fordern 12 Prozent Keine Reallohnsenkung hinnehmen!

Fristgemäß zum 31. Dezember 1975 sind die Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungsabkommen für die Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie in allen IG-Metall-Bezirken gekündigt worden. Über die Forderungshöhe wollen die Tarifkommissionen Mitte Dezember entscheiden. Die Metallarbeiter erwarten, daß der unzureichende Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, der den Betroffenen erhebliche Realeinkommensverluste bescherte, keine Signalwirkung haben dürfe. Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer.

Inzwischen wurden in Betrieben und Verwaltungsstellen die ersten Forderungen erhoben. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bezeichneten die Vertrauensleute der Adam Opel AG in Bochum die Erhöhung von Löhnen und Gehältern um 12 Prozent als notwendig. Ersatzweise müßten sonst Arbeitern und Angestellten linear 220 DM monatlich mehr an Löhnen und Gehältern gezahlt werden. In der Entschließung wird weiter darauf hingewiesen, daß selbst „unternehmerfreundliche Organe“ in der Bundesrepublik vorrechneten, daß Lohnerhöhungen von acht Prozent die Kaufkraftverluste durch Teuerung nicht abdecken. Die Vertrauensleute appellieren an die IG Metall, alle Mitglieder für eine umfassende Aufklärungskampagne zu mobilisieren. Das sei eine der Voraussetzungen, um zu einem für Arbeiter und Angestellte annehmbaren Ergebnis zu kommen.

Auf der am 22. November 1975 stattgefundenen Vertreterversammlung der IG Metall Darmstadt wurde ein Antrag an die große Tarifkommission angenommen, in dem 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt verlangt werden. Die Ausbildungsvergütungen sollen im ersten Ausbildungsjahr um 86 auf 460 DM, im zweiten um 64 auf 470 DM, im dritten um 31 auf 480 DM und im vierten Ausbildungsjahr um 19 auf 500 DM erhöht werden.

Eine neunprozentige Lohn- und Gehaltsforderung bei der kommenden Tarifrunde erhob die Vertreterversammlung der IG Metall in Velbert. In dieser Tarifbewegung gelte es, verstärkt dem seit Monaten von den Unternehmern eingeleiteten „Umverteilungsprozeß“ zugunsten ihrer Gewinne entgegenzutreten. Auf jeden Fall müßte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der die Kaufkraft nicht zuletzt auch im Interesse der Produktionsbelegung erhöht.

Als Provokation und Einschüchterungsversuch bezeichnete die Velberter IGM-Vertreterversammlung Ankündigungen von Firmenleitungen „jede Lohnerhöhung bedeute Entlassungen“. Beson-

ders empört zeigten sich die Delegierten über die Äußerung des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Unternehmerverbände Wuppertals, Hans Jürgen Becker, die Unternehmer hätten die Tarifverträge vorzeitig kündigen und eine Senkung der Löhne um fünf Prozent fordern sollen.

Auf der gleichen Linie liegen auch die Versuche von Gesamtmetall, mit Hilfe einer Analyse der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (DEGAB) bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen ein noch unter dem Stahlabschluß liegendes Ergebnis für die Metallindustrie durchzudrücken. Den Metallunternehmern wird in der Analyse das „mit Abstand schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit“ bescheinigt. Als Grund wird der „tarifpolitische Extremismus“, der im vergangenen Jahr zu einem angeblich „existenzgefährdenden Anschwellen des Personalkostenblocks“ geführt habe, genannt. Schon zuvor hatte Gesamtmetall mit der Behauptung, wegen der „deutlichen Lohnkostenvorteile“ in den Stahlwerken könne der Stahlabschluß nicht auf die Metallindustrie übertragen werden, die Marschrichtung der Unternehmer für die bevorstehende Tarifrunde vorgezeichnet.

Dagegen unterstrich die IG Metall, daß für die Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie ein besseres Ergebnis als für den Stahlbereich erzielt werden muß. In der Zeitung der IG Metall „Metall“, Nr. 24, vom 2. Dezember 1975, erklärte der Zweite Vorsitzende und Tarifexperte der IG Metall, Hans Mayr, u. a., „daß viel über eine vermeintliche Präjudiz-Wirkung der Stahlabschlüsse gerätselt worden“ sei. „Dies ist — wie früher auch — ein Streit um des Kaisers Bart. Unbestreitbar steht die Metallverarbeitung wirtschaftlich besser da: nicht zuletzt, weil sie aus sinkenden Stahlpreisen Profit geschlagen hat. Konsequenzen daraus lassen sich allerdings nicht herbeireden. Sie müssen in der rauen Wirklichkeit der Tarifpolitik erkämpft werden — von uns allen gemeinsam.“

G. M.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

31. Dezember
Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

31. Januar 1976
Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000), Land- und Forstwirtschaft (ca. 120 000), Groß- und Einzelhandel in Hessen (85 000), Ziegelindustrie Bayern.

28. Februar 1976
Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000), feinkeramische Industrie Bayern (30 000).

31. März 1976
Einzel-, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen — Angestellte (25 000), Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportbetonindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen.

3. April 1976
Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (180 000).

31. Mai 1976
Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000).

30. April 1976
Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

Vor Lohnrunde im öffentlichen Dienst Beschäftigte beginnen aufzubegehren

Mit den bereits beschlossenen und noch geplanten Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung den Abbau der Tarifautonomie in diesem Bereich massiv in Angriff genommen. Zwar wird diese Absicht verbal oft bestritten, doch die Fakten sprechen für sich. So kann man z. B. der Publikation der SPD-Bundestagsfraktion „Betriebspolitik für Arbeitnehmer“ sinngemäß entnehmen, die Bundesregierung beabsichtige, bis 1979 jeweils 1 Milliarde bzw. bis zu 1,5 Milliarden DM einzusparen.

Die gesetzlich verordneten Sparmaßnahmen sowie die Absicht von Bund, Ländern und Gemeinden, diese auf den Tarifbereich auszudehnen und als Druckmittel in der kommenden Tarifrunde zu benutzen, haben inzwischen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhebliche Empörung ausgelöst. Die entschlossene Bereitschaft, gegen den Abbau von sozialen Leistungen und Gehaltsbestandteilen anzugehen, ist eine Voraussetzung, um die diesjährige Tarifrunde, die in einer ungleich scharferen politischen und wirtschaftlichen Situation als in früheren Jahren stattfindet, erfolgreich zu bestehen.

Daß diese Bereitschaft vorhanden ist, beweist der Verlauf zahlreicher Kreisdelegiertenkonferenzen der Gewerkschaft ÖTV, die in diesem Herbst stattgefunden haben. In vielen Diskussionen und Entschlüsseungen wurden die Sparmaßnahmen der Bundesregierung auf Kosten von Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie die beabsichtigte Kürzung von Lohn- und Gehaltsbestandteilen scharf abgelehnt. Gleichzeitig erkannten die ÖTV-Delegierten, daß es gerade in der jetzigen Situation darauf ankommt, die Tarifrunde 1975/76 offensiv in Angriff zu nehmen. So verabschiedeten z. B. die Delegierten in Frankfurt und Köln Entschlüsseungen, in denen gefordert wird: „Der Tarifabschluß der Tarifrunde 1975/76 muß mindestens folgende Punkte enthalten: Erstens: einen Ausgleich für den erlittenen Kaufkraftschwund. Zweitens: den Ausgleich für die erhöhten Belastungen in der Sozialversicherung. Drittens: einen Anteil am Produktivitätszuwachs.“

Auch in einem Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Gießen wurde einstimmig verlangt, den kommenden Tarifverhandlungen das Prinzip der aktiven Lohn- und Gehaltspolitik zugrunde zu legen. „Wenn es um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten geht, so bieten sich andere Möglichkeiten als der Griff in die Tasche der Bediensteten“, heißt es dort, und es wird gefordert, die Milliardenbeträge an Investitionsgeschäften aus Steuermitteln an die Großindustrie sinnvoller für

Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Behebung des Binnenmarktes zu nutzen, die alte gewerkschaftliche Forderung nach Begrenzung der Rüstungsausgaben zu aktualisieren, dem Staatshaushalt durch wirksame Bekämpfung der Steuer- und Kapitalflucht der Großkonzerne ins Ausland zusätzliche Mittel zuzuführen.

Die Beschäftigten bei der Stadt Offenbach haben mittlerweile auch durch Taten gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich die Taschen ausleeren zu lassen. Mit einem Protest vor dem Rathaus erreichten sie, daß ihnen 1976 die erkämpften Zulagen wie Urlaubsgeld, Schmutzulage und Stromdeputat nicht — wie beabsichtigt — gestrichen werden.

In einer Bereichskonferenz von Landesbediensteten kennzeichnete der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf die Sparmaßnahmen der Bundesregierung in Form des verabschiedeten Artikelgesetzes als eine parlamentarische Absicherung von Notverordnungen à la Brüning. Er sprach davon, daß die Hintermänner einer solchen Politik eine Garantie ihres ungehemmten Profitstrebens suchten. Aus den Überlegungen um Sparmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten, so führte Heinz Wolf weiter aus, dürften die Rüstungsausgaben nicht ausgeklammert bleiben, wobei nicht die Personalkosten der Bundeswehr gemeint seien, sondern Waffenkäufe wie etwa das MRCA-Projekt.

Alle ÖTV-Veranstaltungen — so Heinz Wolf — müßten nun im Zeichen des Aufbegehrens stehen, die Diskussionen zur Aufstellung einer Forderung sollten in der Mitgliedschaft frühzeitig beginnen, und diese Diskussion sei von den Gewerkschaften ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Bindungen zu führen. Es sei nichts anderes zu tun, als konsequent und ohne Konflikte zu scheuen die Interessen der Mitgliedschaft zu vertreten. Irgendwelche Rücksichten zu nehmen, so meinte er, koste die Gewerkschaften Glaubwürdigkeit. Dies würde der Arbeiterbewegung Schaden zufügen.

Sicherlich wird auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei der Aufstellung ihrer Forderung die Argumentation der 41 Wirtschaftswissenschaftler eine Unterstützung sein, die mit ihrem Memorandum der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und den Gutachten der in ihrem Sold stehenden „Weissen“ entgegengetreten sind. „Wenn sich die Arbeitnehmer in den kommenden Monaten behaupten wollen“, so heißt es in der Entschlüsseung des ÖTV-Hauptvorstandes vom September, „müssen sie gemeinsam handeln und die Kraft der ÖTV stärken“.

Neben den gewachsenen Aktivitäten der Mitgliedschaft und der Solidarität des gesamten DGB ist auch die positive Mitgliederentwicklung in vielen ÖTV-Kreisverwaltungen ein Anzeichen dafür, daß die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln wächst. S.E.

8 Prozent gefordert

Die Löhne der Arbeiter in der Papierverarbeitung sollen ab 1. Januar 1976 um 8 Prozent erhöht und die Ausbildungsvergütungen für das erste Ausbildungsjahr um 35 DM, für das zweite Ausbildungsjahr um 30 DM und um 25 DM für das dritte Ausbildungsjahr angehoben werden. Die noch laufenden Tarifverträge für die Angestellten werden ebenfalls gekündigt. Auch hier ist mit einer Acht-Prozent-Forderung zu rechnen.

Tischler streikten mit Erfolg

Nach mehr als einwöchigem Streik haben nahezu 1500 Tischlergesellen am 21. November die Arbeit wieder aufgenommen. Nachdem die Unternehmer im Tarifgebiet Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen der Vorschlag der von ihnen selbst angerufenen Schiedsstelle abgelehnt hatten, eine Lohnerhöhung von 6,3 Prozent zu zahlen, entschieden sich die Tischler mit großer Einmütigkeit für Streik. Jetzt haben die Unternehmer die 6,3 Prozent akzeptiert.

Unter dem Eindruck des sich ständig ausweitenden Streiks erklärten sie sich auch mit der Heraufsetzung der Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge um 14 bis 17 DM im Monat ab 1. Januar und des Urlaubsgeldes von 190 auf 205 DM einverstanden. Die Lohnerhöhung wird rückwirkend ab 1. Oktober wirksam. Der Bezirksleiter der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Morich, bezeichnete den Streik als großen Erfolg.

Bierbrauer kontra Lohndiktat

Mit einer Beteiligung von 98,8 Prozent haben sich die Gewerkschafter in der bayerischen Brauereindustrie in einer Urabstimmung für Streik entschieden. Rund 89 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten stimmten mit „Ja“. Die von der großen Tarifkommission der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten für das bayerische Brauergewerbe beim Hauptvorstand beantragte und von diesem genehmigte Urabstimmung fand am 25. und 26. November in fast 200 Braubetrieben Bayerns statt.

Am 1. Dezember, nach Redaktionsabschluß dieser Ausgabe, trat der NGG-Hauptvorstand zusammen, um über die eventuelle Durchführung des Streiks zu beschließen. Wie der 2. Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Günter Döding, erklärte, werde von der Streikwaffe Gebrauch gemacht, wenn die Unternehmer nicht noch vorher ein ausreichendes Angebot unterbreiten.

Die große Tarifkommission beschloß als Streikziele die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6,5 Prozent, eine Neuregelung der Ortsklassenstaf-

felung und die Streichung der Ortsklasse 3. Außerdem wird eine tarifliche Vereinbarung über die Absicherung des Besitzstandes der rund 24 000 Beschäftigten in der bayerischen Brauwirtschaft ohne Anrechnung auf die Einkommenserhöhung gefordert.

Wie uns der Leiter der Hauptfachgruppe Getränke im NGG-Hauptvorstand, Wurster, mitteilte, signalisiert das Ergebnis der Urabstimmung eine außerordentlich gute Kampfstimmung der Brauereiarbeiter. Diese seien entschlossen, den Versuch eines Lohndiktats der Unternehmer zunichte zu machen. Auch sei die Unternehmertaktik völlig gescheitert, die Gewerkschaft zu unterlaufen. Zunächst hätten sie den Brauereiarbeitern 4 Prozent „freiwillig zugebilligt“, dann 5 Prozent; einen Schiedsspruch von 5,8 Prozent lehnten sie ab. Siegesgewiß hätten die Brauereiarbeiter die Arbeiter aufgefordert, sich an der Urabstimmung zu beteiligen, aber mit „Nein“ zu stimmen. Jetzt machten sie lange Gesichter in Anbetracht der einmütigen Zurückweisung des versuchten Lohndiktats. Sb.

Streik bei „ELES“ geht weiter

Die Belegschaft der Feinstrumpffabrik „ELES“ in Taunusstein-Bleidenstadt (Taunus) streikt seit dem 29. Oktober 1975. Dieser Ausstand ist auf einer Belegschaftsversammlung mit 99 von 101 Stimmen beschlossen worden. Die zum großen Teil aus südeuropäischen Ländern stammenden Arbeiterinnen und Arbeiter wollen mit ihrem Arbeitskampf den Fabrikbesitzer Szor zwingen, den Tarifvertrag für die hessische Textilindustrie anzuerkennen, was er seit nunmehr dreizehn Jahren beharrlich verweigert. Er soll außerdem die schier unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die an die Zeit des Mittelalters erinnern, abstellen und sich an bestehende Gesetze und Verordnungen halten.

Am schlimmsten für den größten Teil der Belegschaft wirkt sich die miserable Bezahlung aus. So erklärte eine Näherin gegenüber NACHRICHTEN: „Bis vor kurzem arbeitete ich vier Stunden täglich. Dafür bekam ich monatlich 400 Mark brutto. Jetzt arbeite ich acht Stunden im Akkord und bekomme dafür 800 Mark.“

Der Tarifvertrag, für den die ELES-Beschäftigten streiken, sieht u. a. 25 Arbeitstage Urlaub und 290 bis 350 Mark Urlaubsgeld vor. Der Unternehmer zahlt nicht einen Pfennig und gewährt nur 18

Tage Urlaub; im vorigen Jahr waren es noch 15. Szor zahlt auch keine Überstundenzuschläge, obwohl im Betrieb 12 bis 16 Stunden Akkordarbeit geleistet werden.

Während des Streiks kommt es fast täglich zu Auseinandersetzungen, die von Streikbrechern und der Polizei provoziert werden. Dazu erklärte der zuständige Sekretär der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Fritz Meyer, daß es Gewalt — bis zur schweren Körperverletzung — bisher nur durch Polizeibeamte und Streikbrecher gegeben habe. So setzte die Polizei mehrmals bei Arbeitsbeginn Polizeihunde ein. Dabei wurde am 14. November eine Arbeiterin verletzt, einer anderen wurden die Kleider zerrissen.

Doch weder die Polizeiaktionen noch die fristlosen Kündigungen, die Szor ausgesprochen hat (bis Redaktionsabschluß liefen bereits 90 Kündigungsschutzklagen der Gewerkschaft), waren bisher in der Lage, die geschlossene Streikfront zu brechen. Die Streikenden sind sogar bereit, den Ausstand bis ins neue Jahr zu tragen, um den Unternehmer endlich zu einem Tarifvertrag und die Einführung menschlicher Arbeitsbedingungen zu zwingen.

Otto Schloß

Gutachten für Unternehmer

Am 24. November 1975 legte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sein Jahresgutachten vor. Wie stets nimmt die Lohn- und Einkommenspolitik einen entscheidenden Raum ein. Der SVR will den Arbeitern, Angestellten und Beamten lediglich eine Erhöhung ihrer Nettoeinkommen von 3,5 Prozent zugestehen. Das bedeutet angesichts der gegenwärtigen Preissteigerung von rund 6 Prozent eine Senkung der realen Einkommen von 2,5 Prozent.

Wie wenig seriös der SVR arbeitet, zeigt sich an seiner Preisprognose. Er kann doch ernsthaft niemandem weismachen, daß bei einem Inflationssockel von 6 Prozent dieser auf einen Jahresdurchschnitt von 5 Prozent gesenkt werden kann, zumal, wie er selbst voraussagt, der Tiefpunkt der Krise überwunden sei. Der SVR plädiert zugleich für eine Verschlechterung der Leistungen der Krankenversicherung. Ähnlich wie die Bundesbank spricht er sich für eine Änderung der Rentenformel aus, um „eine Anpassung der Leistungen der Rentenversicherung an den Finanzierungsspielraum“ zu erreichen.

Für 1976 prognostiziert der SVR eine Arbeitslosenzahl von etwas mehr als einer Million. Gleich den Unternehmerverbänden schiebt er der Lohnpolitik die Schuld an der Arbeitslosigkeit zu. Vollbeschäftigung sei mittelfristig nur erreichbar, wenn „diejenigen, die arbeiten wollen, für ihre Arbeit nicht mehr verlangen, als das Ergebnis dieser Arbeit“. Im Klartext heißt das: Verzichtet auf einen Teil eurer Löhne und ihr bekommt Arbeit. Das ist völlig unhaltbar, denn kein Unternehmer wird einen Arbeiter oder Angestellten einstellen, wenn er diesen infolge mangelnden Absatzes nicht voll beschäftigen kann. Ein Lohnverzicht würde daher keinen einzigen Arbeitsplatz mehr schaffen. Im Gegenteil, durch Lohnverzicht, der zugleich Senkung der Massenkaukraft bedeutet, würden noch weitere Arbeitsplätze gefährdet.

Der SVR muß sich auch fragen lassen, wieso er dazu kommt zu behaupten, daß die Arbeiter und Angestellten niemals mehr verlangt und bekommen hätten als das Ergebnis ihrer Arbeit. Wenn dem so wäre, so hätte er nachzuweisen, aus welchen Quellen denn die enormen Profite der Unternehmer und insbesondere der großen Konzerne kommen. Der SVR versteigt sich zu der Forderung, daß die Verteilung „dem Zusammenhang mit Leistung und Knappheit“ entsprechen müsse, als ob in diesem Lande die Arbeiter und An-

Gegen kapitalistische Wechselbäder Satzung der IGBE verwirklichen!

Die Hochstimmung im Steinkohlebergbau an der Ruhr ist wieder einmal vorbei. Den Bergarbeitern wurden erneut kapitalistische Wechselbäder verordnet. Vorerst sollen sie zehn Feierschichten verfahren, obwohl in den Vorstandselagen der Ruhrkohle AG (RAG) offen davon die Rede ist, daß eigentlich bis Ostern 1976 noch 20 Feierschichten notwendig wären. Und auch mit der Stilllegung von Zechen wird erneut gedroht, falls nicht zusätzliche Milliardenbeträge aus öffentlichen Mitteln in die Kassen der RAG fließen.

Ursache dieser Entwicklung sind die Koks- und Kohlehalde, die zum Jahresende die 15-Millionen-Tonnen-Grenze wieder überschritten haben sollen. Nach einer Studie der IG Bergbau und Energie (IGBE) können sie bis zum Ende des nächsten Jahres sogar auf 35 Millionen Tonnen steigen.

Noch im Januar 1975 lagen weniger als drei Millionen Tonnen Kohle und Koks auf Halde. Für den rapiden Anstieg muß die konjunkturbedingte Flaute in der Stahlindustrie und die Weigerung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), die im Energieprogramm der Bundesregierung vorgeschriebene Zahl von Kohlekraftwerken zu bauen und die dafür veranschlagte Menge von Kohle zu beziehen, verantwortlich gemacht werden. Trotz einer Milliarde DM, die den Verbrauchern in Form des „Kohlepfennigs“ extra deshalb aus der Tasche gezogen werden, beziehen die EVU in diesem Jahr statt 33 Millionen nur etwa 23 Millionen Tonnen Kohle. Die Zeche Waltrop stellt darum ab Mitte des nächsten Jahres bereits die Förderung von Kraftwerkskohle ein. Die

Zeche Monopol in Bergkamen müßte ganz stillgelegt werden.

Die Herren der RAG und die Verantwortlichen in den Regierungsparteien, aber auch der CDU, sind sich darin einig, daß Feierschichten für die Kumpel und neue Milliardensubventionen für die Unternehmer der geeignete Ausweg aus dieser neuen Misere sind, der als „Zufall“, als „Verkettung widriger Umstände“ bezeichnet wird. Mit anderen Worten: Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien sind sich darüber einig, daß das Gewinnstreben der Konzerne als Leitlinie der Energiepolitik erhalten bleiben soll.

In Wirklichkeit liegt genau dort die Ursache auch der erneuten Kohlenkrise. Der Konjunkturerinbruch in der Stahlindustrie ist kein Zufall, sondern kapitalistische Gesetzmäßigkeit. Dort, wo die Arbeiter die Macht haben, gibt es keine „Konjunkturerinbrüche“ und keine Arbeitslosenheere. Das gleiche gilt für das Verhalten der EVU-Bosse. Solange der Profit durch den Bau von Öl- und Gaskraftwerken höher ist, werden eben

gestellten jemals das bekommen hätten, was sie leisteten.

Zur gleichen Zeit, indem er für Reallohnsenkung plädiert, spricht er sich für eine Steigerung der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von nicht weniger als 14,5 Prozent aus. So nimmt es nicht wunder, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Industrie- und Handelstag vor allem die lohnpolitischen Aussagen des SVR hervorheben und darauf verweisen, daß dieser eine sofortige und kräftige Umverteilung der Einkommen zugunsten der Unternehmer fordert.

Der SVR ist mit diesem Jahresgutachten seiner Tradition treu geblieben, die Unternehmerinteressen zu vertreten. Wenn im Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ darauf verwiesen wird, daß der SVR so

einseitig zusammengesetzt sei, „daß in seine Stellungnahmen nicht die in der Wissenschaft vertretene Breite der Anschauungen einfließt“, so ist das noch außerordentlich schmeichelhaft ausgedrückt. Der SVR erweist sich als ein Rammbock gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen und als Verteidiger der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die von ihm mit Marktwirtschaft umschrieben wird.

In der 36. konzertierten Aktion, die bewußt einen Tag nach der Veröffentlichung des Gutachtens des SVR gelegt wurde, haben Unternehmerverbände und Bundesregierung versucht, die Gewerkschaften auf einen Kurs festzulegen, der den Vorstellungen des Gutachtens entspricht. Die Gewerkschaften wandten sich jedoch gegen jede zusätzliche Förderung der Gewinne und gegen zusätzliche Steuererleichterungen an die Unternehmer und setzten sich für die Steigerung der Massenkaukraft ein.

keine Kohlekraftwerke gebaut. Appelle sind da nutzlos.

Auch die RAG ist nicht das Unschuldslamm, als das sie heute dastehen möchte. Durch die Stilllegung nahezu aller ihrer Hausbrandzechen und Preissteigerungen für die Kohle bis zu 40 Prozent innerhalb von zwei Jahren, hat sie viele Verbraucher vor den Kopf gestoßen, sich selbst Absatzmärkte verbaut und zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet.

Die bankrotte kapitalistische Energiepolitik hat den Steuerzahler inzwischen rund 32 Milliarden DM gekostet. Und immer wieder werden mit der Drohung – sonst erneut Zechen stillzulegen – neue Milliarden erpreßt. Auch jetzt wieder: die vorgesehene Finanzierung einer Kohlenhalde von vorerst 10 Millionen Tonnen als nationaler Energiereserve soll um ein Jahr vorgezogen werden. Sieben Millionen sollen voll, drei weitere nur zum Teil finanziert werden.

Ohne Energie ist keine Wirtschaft lebensfähig. Mit vollem Recht aber fragen sich viele Bergarbeiter, und nicht nur sie, warum die Energiewirtschaft der Bergbau, wenn er schon ohne öffentliche Subventionen und Hilfen nicht existieren kann, nicht gleich ganz in öffentliches Eigentum überführt wird? Wenn schon öffentliche Mittel bereitgestellt werden müssen, dann doch besser zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und nicht wie bisher überwiegend zu ihrer Vernichtung, wie zur Prämiierung von Zechen-Stilllegungen.

Die Alternative zur kapitalistischen profitorientierten Energiepolitik besteht seit langem. Sie ist in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen vorgeschrieben und in der Satzung der IG Bergbau und Energie verankert, die beide eine Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle vorsehen.

Während die Regierungskoalition sowie die CDU/CSU die gewerkschaftlichen Beschlüsse ignorieren, unterbreitete die DKP als einzige Partei der Öffentlichkeit einen Gesetzentwurf zur Überführung der Energiewirtschaft in Staatseigentum unter demokratischer Kontrolle und zur Sicherung der Energieversorgung. Die jüngste Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Ruhr-Westfalen in Gelsenkirchen hat jetzt beschlossen, diesen Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit stärker zu popularisieren und vor allem die Arbeiter und Angestellten des Ruhrgebiets zur Unterstützung für die Verwirklichung dieses Entwurfs aufzurufen. Das gilt auch für die Forderung nach voller Bezahlung der Feierschichten und für die u. a. von Moerser IGBE-Funktionären erhobene Forderung, endlich die vom letzten Gewerkschaftskongreß der IGBE einstimmig verlangte Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

Jochen Mandel

Memorandum der Wissenschaftler: „Konzert“ der Herrschenden gestört

„Wie sieht die Berufungspraxis für das Fach Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Bremen und Dortmund aus?“ Mit dieser Frage reagierte Graf Lambsdorff von der FDP auf einen Beitrag von 41 Wirtschaftswissenschaftlern vieler Universitäten der Bundesrepublik und aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften zur konjunkturpolitischen Diskussion. Das war eine besonders extreme, aber trotzdem typische Reaktion der herrschenden Kräfte der Bundesrepublik auf das Memorandum „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“, das am 4. November 1975 von Prof. Kade von der Technischen Hochschule Darmstadt der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

Auch die bürgerliche Wirtschaftspresse tat sich schwer. Nicht Argumente – Diffamierungen waren Trumpf. So die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die mit der Bemerkung, daß die Thesen der Wissenschaftler „bei gelehrten Ökonomen – gelinde gesagt – Verwunderung erregt haben“, den Autoren des Memorandums schlicht die Qualifikation absprechen wollte.

Und es war in der Tat unerhört: Konnte die „FAZ“ bisher mit Schlagzeilen wie dieser: „Wirtschaftswissenschaftler mahnen zu mäßigen Tarif-Abschlüssen“ aus der Welt der Wirtschaftswissenschaft berichten, so sehen die Autoren des Memorandums „für die von Unternehmerseite geforderte Lohnpause keinerlei Begründung und Veranlassung“.

Die Wissenschaftler fordern „die Erweiterung und den Ausbau statt der Kürzung staatlicher Sozialleistungen“ und verlangen, „daß das Preissetzungsverhalten der Unternehmer verstärkt zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion und Kontrolle gemacht wird“. Sie fordern die Ausweitung der öffentlichen Investitionen im sozialen Bereich und denken an deren Finanzierung u. a. „durch höhere Besteuerung von hohen Einkommen und eine Verminderung des Verteidigungshaushaltes“. (Auszüge aus dem Memorandum im Einhefter.)

Diese Überlegungen reichten dem SPD-Wirtschaftsexperten Ehrenberg, die Wissenschaftler mit denunziatorischer Absicht als „marxistisch“ zu bezeichnen, obwohl das Memorandum ausdrücklich betont, daß es weder die „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln“ noch die „Aufhebung des Marktes als Steuerungs- und Koordinationsmechanismus“ als kurzfristig realisierbare Alternative ansieht.

So ist es auch keineswegs etwa die besondere Radikalität der Forderungen, die Lambsdorff und Ehrenberg mehr oder weniger deutlich mit Berufsverbo-

ten winken läßt: Teilweise nehmen die 41 lediglich das ernst, was die SPD z. B. im zweiten Entwurf des Orientierungsrahmens erklärte: „Bei verringertem Wirtschaftswachstum, das auf Beschäftigungseinbußen und einem Rückgang der privaten Nachfrage beruht, bieten die dann notwendigen staatlichen Maßnahmen, vor allem die Verstärkung und Erweiterung der öffentlichen Investitionen, sogar die Chance, stärkeren Einfluß auf die Auswahl der zu fördernden Objekte und Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Reformpolitik zu nehmen“ (OR '85, S. 28).

Die Forderungen und Überlegungen des Memorandums fallen auch keineswegs aus dem Rahmen von in der bürgerlichen Theorie der Wirtschaftspolitik durchaus bekannten Positionen. Die Vorschläge erinnern an die Politik des

**Besser informiert
durch
NACHRICHTEN**

„New Deal“ in den USA der Weltwirtschaftskrise, während die Politik der Bundesregierung allerdings eher an die Brünningschen „Notverordnungen“ der Weimarer Zeit mahnt.

Aus der offensichtlich gewordenen Erfolglosigkeit der Politik der privaten Gewinnförderung wird der Schluß gezogen, daß „eine Abkehr von der bisher betriebenen und jüngst erneut beschlossenen unsozialen und in bezug auf ihre erklärten Ziele unsicheren Wirtschaftspolitik dringend erforderlich“ und statt dessen „eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik, die den Interessen vor allem der Lohn- und Ge-

haltsabhängigen“ Rechnung trägt, geboten ist.

Das aber ist genau der Punkt, an dem sich die teilweise hysterischen Reaktionen einer gewissen „Öffentlichkeit“ entzündeten. Nicht die Vorschläge selbst sind so umwälzend: die Tatsache, daß Wissenschaftler offen die Partei der Arbeiter und Angestellten ergreifen, ist der springende Punkt. Das bisher so harmonische „Konzert“ von Regierung, Wirtschaftswissenschaft und Konzernen (in dem die letzteren allerdings die erste Geige spielen) wurde gestört. Jede noch so gemäßigte Alternativvorstellung zur Krisenpolitik der Gewinnförderung konnte bisher als schlechthin absurd und undiskutabel dargestellt werden. Der gesamte „Sachverstand“ von den „fünf Weisen“ bis zu den bürgerlichen Konjunkturforschungsinstituten schien auf Seiten der Unternehmer zu stehen. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, daß es eine Alternative zu dieser Wirtschaftspolitik einfach nicht gibt.

Damit wurde die „Theorie“ zur materiellen Gewalt: jede gewerkschaftliche Kampforganisation, jeder Protest gegen den sozialen Abbau wurde mit professioneller Abseignung als Sabotage an „unserer“ Wirtschaft diffamiert. Die Gewerkschaften und darüber hinaus alle anderen gewerkschaftsfreundlichen Positionen sollten isoliert und geschwächt werden. Dieses Monopol einer bestimmten reaktionären Variante der Wirtschaftswissenschaft – die allerdings vorgibt, die gesamte Wirtschaftswissenschaft zu repräsentieren – wurde durch die 41 durchbrochen.

Forderungen nach Preisstopp und Preiskontrolle, nach Stärkung der Massenkaukraft und Ausweitung der Sozialausgaben auf Kosten der Rüstung – in der Arbeiterbewegung durchaus nicht neu und sowohl in den Gewerkschaften als auch von der DKP und anderen fortschrittlichen Kräften vertreten – wurden durch das Memorandum als mögliche Alternative, auch im Bereich der Wirtschaftswissenschaft existierend dargestellt.

Vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung um diese Forderungen aber haben die bisherigen selbsternannten Sprecher der Wirtschaftswissenschaft Angst. Würde dabei doch deutlich, daß sie keine „sachneutralen“ Antikrisenrezepte entwickelt, sondern handfeste Interessenpolitik gemacht haben; daß eine Wirtschaftspolitik möglich ist, die sich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert; und schließlich, daß die 41 mit ihren Vorstellungen sich an der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung orientieren, während z. B. die „fünf Weisen“ nur die Interessen einer kleinen Minderheit von wirtschaftlich Mächtigen vertreten.

J. G.

Die ÖTV wird ihre ganze Kraft auf nächste Tarifrunde konzentrieren

Interview mit dem hessischen ÖTV-Vorsitzenden

Karl-Heinz Wolf

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, die besonders die Beschäftigten im öffentlichen Bereich belasten, haben unter den Betroffenen große Erregung ausgelöst. In zahlreichen Beschlüssen, auf Kundgebungen und Versammlungen der Gewerkschaften wurde inzwischen die Rotstiftpolitik der SPD/FDP-Koalition verurteilt. Unsere Mitarbeiterin Gisela Mayer stellte dem hessischen ÖTV-Vorsitzenden Karl-Heinz Wolf dazu einige Fragen. Nachfolgend das Interview im Wortlaut:

NACHRICHTEN: Von den vorgesehenen Sparmaßnahmen der Bundesregierung sind auch die Beschäftigten im öffentlichen Bereich betroffen. Wie ist Ihre Haltung als Vorsitzender der ÖTV Hessen dazu?

Heinz Wolf: Die Gewerkschaft ÖTV hat bereits deutlich gemacht, daß sie die von der Bundesregierung im Bereich des öffentlichen Dienstes vorgeschlagenen Sparmaßnahmen überwiegend ablehnen muß. Selbstverständlich kann, wenn alle Arbeitnehmer herangezogen werden müssen, wie z. B. im Rahmen der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, der öffentliche Dienst keine Sonderstellung einnehmen oder eine Ausnahme bilden. Wir sind auch nicht generell der Meinung, daß bei notwendigen Einsparungen im öffentlichen Bereich der Personalsektor ausgenommen werden müßte.

Die derzeitigen Gesetzgebungsvorhaben — wie sie jetzt dem Bundesrat vorliegen — beinhalten jedoch Sonderopfer für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die von anderen Arbeitnehmern nicht erwartet werden. Diese einseitige Heranziehung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes halten wir für absolut ungerechtfertigt.

Insbesondere wenden wir uns mit allem Nachdruck gegen die Absicht der Bundesregierung, die künftigen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst deutlich unter die möglichen Lohnabschlüsse in der gewerblichen Wirtschaft herabzudrücken. Hier wird der erneute Versuch unternommen, die Tarifautonomie für den öffentlichen Dienstleistungsbereich zu beeinträchtigen oder ad absurdum zu führen. Der ÖTV-Bezirk Hessen sieht in dieser Absicht eine politische Herausforderung der ÖTV und der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die von uns angenommen und bestanden werden muß. Wir werden uns innerhalb unserer Gewerkschaft dafür stark machen, daß

sich mit allen Mitteln gegen diese Voraussetzung zur Wehr gesetzt wird.

NACHRICHTEN: Auf einer Protestkundgebung der ÖTV, der DPG und der GdED Mitte September in Frankfurt a. M. bezweifelten Sie nicht, daß im öffentlichen Dienst gespart werden muß. Welches sind dazu im einzelnen ihre Vorschläge? Wo könnte gespart werden und was soll auf keinen Fall erfolgen?

Heinz Wolf: Teile des öffentlichen Dienstes haben ihren Sparwillen schon seit längerer Zeit dokumentiert. So sind z. B. in einigen Zweigen der staatlichen Verwaltung, aber auch in vielen Gemeinden und insbesondere in öffentlichen Unternehmen Personaleinsparungen in vernünftigem Rahmen vorgenommen worden. Es muß auch jetzt nach politischen Prioritäten entschieden werden, welche öffentlichen Aufgaben Vorrang genießen und bei welchen man durchaus kürzer treten könnte. Jeweils danach muß die Personallenkung erfolgen, wobei nach meiner persönlichen Auffassung pauschale Einstellungssperren wohl wenig hilfreich sind.

Im übrigen sind wir — d. h. die Gewerkschaften — nicht die Sparkommissare der öffentlichen Hand und es ist nicht unsere Aufgabe, im Detail darzulegen, wo und an welcher Stelle Einsparungen erfolgen können und sollen. Nach meiner Auffassung enthalten jedoch die öffentlichen Haushalte noch immer eine Vielzahl von Subventionen, deren Berechtigung unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten überprüft werden muß. Dazu gehört u. a. auch die Sparförderung.

Schließlich sollte man auch den großen Posten des Verteidigungsetats nicht mehr länger als tabu betrachten. Wenn andere europäische Länder — z. B. Holland — Rüstungsprogramme strecken, bzw. teilweise aufgeben, dann sollten wir in der Bundesrepublik nicht so tun, als wenn dies ein völlig unmög-

liches Vorgehen sei, sondern es eher als Beispiel betrachten, welches zu eigenen Prüfungen veranlassen müßte.

NACHRICHTEN: In Frankfurt a. M. auf der gleichen Kundgebung erklärten Sie auch, daß diese Veranstaltung nur der Auftakt für eine Reihe weiterer Aktionen sein werde. Gibt es bereits Initiativen in dieser Richtung?

Heinz Wolf: Die bezeichnete Protestveranstaltung wurde in Frankfurt a. M. im September durchgeführt. Ihr sind in den 13 hessischen Kreisverwaltungen der ÖTV im Oktober und November Delegiertenkonferenzen gefolgt, die sämtlich die Sparabsichten der Bundesregierung in den Mittelpunkt ihrer Beratungen gestellt hatten. Insofern kann man schon sagen, daß die Frankfurter Protestkundgebung ein gewisser Auftakt gewesen ist.

Mittlerweile hat sich bei unseren Mitgliedern die Meinung durchgesetzt, daß man die gesamte Kraft auf den sogenannten „Hauptkriegsschauplatz“, nämlich die Tarifrunde ab Februar 1976 zu konzentrieren habe. Ich halte dies auch für richtig, weil dabei eine möglichst breite Solidarität erfolgen kann.

Demgegenüber kann man gegen die gesetzlich fixierten Sparbeschlüssen der Bundesregierung relativ wenig unternehmen, zumal diese — im Gegensatz zur bevorstehenden Tarifaufeinandersetzung — nur immer bestimmte Gruppierungen von Arbeitnehmern unmittelbar treffen. Für die ÖTV ist es von entscheidender Bedeutung, die Sparabsicht der Bundesregierung, die sich auf einen möglichst niedrigen Lohnabschluß im öffentlichen Dienst bezieht und die insofern — wie ich schon auszuführen versuchte — eine politische Herausforderung ist, mit Erfolg abzuwehren.

Vetter traf Séguy

Eine Delegation des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) unter Führung seines Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter traf am 12. November 1975 in Brüssel mit einer Delegation der größten französischen Gewerkschaft CGT zusammen, die unter Leitung des Generalsekretärs Georges Séguy stand. Auf diesem Treffen brachten die Vertreter der CGT erneut ihren Willen nach Zusammenarbeit, gemeinsamen Aktionen, Aktivitäten und Initiativen zum Ausdruck. Auch die Frage der Aufnahme der CGT in den EGB wurde diskutiert. Wie in einem Kommuniké mitgeteilt wurde, wird der Exekutivausschuß des EGB über diese Gespräche informiert werden. Danach können weitere Treffen stattfinden.

ÖTV vor einem Jahr wichtiger Entscheidungen

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen unter dem besonderen Druck der Bundesregierung, der Länder und Kommunen auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik und ihren sozialen Standard. „Sparprogramme“ gefährden die Tarifautonomie. Die Unternehmer und ihre politischen Sprecher verlangen die Privatisierung profitabler öffentlicher Dienstleistungsbereiche, und mit Berufsverboten sollen aktive Gewerkschafter und Demokraten aus dem öffentlichen Dienst verdrängt und die Beschäftigten diszipliniert und verunsichert werden. Diese Situation bietet sich der Gewerkschaft ÖTV wenige Monate vor ihrem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag.

Noch vor dem Gewerkschaftstag — vom 13. bis 19. Juni 1976 in Hamburg — findet vom 4. bis 7. März in Mannheim die 13. Bundesjugendkonferenz der ÖTV statt. Die Tarifbewegung — eine der schwierigsten seit Bestehen der Bundesrepublik — ist bereits angelaufen. Der Hauptvorstand wird für die Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden die Lohn- und Gehaltstarifverträge fristgerecht zum 31. Januar kündigen. Im Frühjahr finden im öffentlichen Bereich die Personalratswahlen statt.

Damit beginnt für die ÖTV-Gewerkschaft ohne Zweifel ein Jahr wichtiger gewerkschaftspolitischer Aufgaben und Entscheidungen. Die Gewerkschaftsmitglieder sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, den gemeinsamen Angriff von Unternehmerverbänden und Bundesregierung gegen den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst zurückzuweisen. Der mit dem sogenannten Sparprogramm verbundene Eingriff in die Tarifautonomie stellt dabei einen besonders gravierenden Vorgang dar, der vor allem auch den Gewerkschaftstag beschäftigen dürfte.

So hat bereits die Bezirksjugendkonferenz Hessen der Gewerkschaft ÖTV einen Antrag beschlossen mit dem Weiterleitungsvermerk an die Bezirkskonferenz, die Bundesjugendkonferenz und den Gewerkschaftstag, in dem u. a. gesagt wird: „Voraussetzung gewerkschaftlicher Tarifpolitik ist die uneingeschränkte Tarifautonomie... Zur Verteidigung der Tarifautonomie wird die ÖTV alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen einsetzen.“

Die Bezirksjugendkonferenz „lehnt die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung ab“ und hält „zur realistischen Einschätzung tarifpolitischer Möglichkeiten, gerade in schwieriger wirtschaftlicher Situation, ... eine intensive Diskussion in der Mitgliedschaft über wirtschaftliche Zusammenhänge, Ursachen von Krisen sowie gewerkschaftliche Aufgaben und Notwendigkeiten erforderlich“.

Unter dem Eindruck der Misere kapitalistischer Wirtschaftspolitik wird auch in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr die Forderung nach Senkung der Rüstungslasten verstärkt diskutiert. Eine Thematik, die auch den Gewerkschaftstag — das höchste Organ — beschäftigen sollte. In den nächsten Wochen und Monaten finden die ÖTV-Bezirkskonferenzen statt. Sie sind die richtigen und zuständigen Organe, in denen die Weichen für den Gewerkschaftstag mit gestellt werden.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind in besonderem Maße von der Berufsverbotspraxis betroffen; Hunderttausende Anhörungsverfahren — übelste Gesinnungsschnüffelei — haben stattgefunden, um konsequente demokratische Kräfte herauszufiltern. „Die Berufsverbotspraxis richtet sich ... gegen alle kritischen Menschen und Demokraten“, heißt es in einem Beschluß der erwähnten Bezirksjugendkonferenz. „Wir wissen aus CDU/CSU-regierten Ländern, daß sogar Gewerkschaftsvorsitzende und FDP-Mitglieder Berufsverbot erhalten. In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der SPD-Mitglieder mit Berufsverbot doppelt so hoch wie die der DKP-Mitglieder... Es ist unserer Demokratie unwürdig, Regelungen von Bismarck, Hitler und Adenauer zu praktizieren, Regelungen wie sie in ganz Europa nur noch vom faschistischen Spanien angewandt werden, die der Menschenrechtsdeklaration der UNO widersprechen.“

Verbunden mit dem Trommelfeuer gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehrten sich im Lager der Unternehmer und ihrer politischen Sprecher Forderungen nach Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe nach dem Motto: Die profitablen Bereiche den Unternehmern, die unrentablen dem Steuerzahler! Diese Forderung hat der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker mehrmals energisch zurückgewiesen, und es ist zu erwarten, daß sowohl die Bundesjugendkonferenz als auch der Gewerkschaftstag diese Position bekräftigen werden.

Ebenso schälen sich die Forderungen nach Reform der beruflichen Bildung, Stopp des Personalabbaus und Schaffung eines einheitlichen Personalrechts als vordringliche Aufgaben bei Vorbereitung und Durchführung des 8. Gewerkschaftstages heraus. Es wird nur unter großer Kraftentfaltung möglich sein, ihnen gerecht zu werden.

Gerd Siebert

PERSONALIEN

Walter Böhm, ehemaliger Leiter der Verbindungsstelle des DGB-Bundesvorstandes in Bonn, wird ab 1. Januar 1976 Pressereferent und Generalsekretär des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, in deren Vorstand auch der DGB vertreten ist. Bekanntlich war Böhm wegen des sich inzwischen als haltlos erwiesenen Verdachts der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aus den Diensten des DGB ausgeschieden.

Ernst Piehl, bisheriger Referent für internationale Gewerkschaftspolitik und Fragen der multinationalen Gesellschaften im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), wurde auf Vorschlag des Europäischen Gewerkschaftsbundes zum neuen Direktor des Europäischen Jugendwerkes gewählt. Der 31jährige Piehl, der sich durch seine Buchveröffentlichung über „Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegungen“ einen Namen gemacht hat, löste den Norweger Leonhard Larsen ab.

Rudi Röder, Oberlochkührer aus Würzburg, soll die Anstellung als Beamter auf Lebenszeit bei der Bundesbahn verweigert werden. Der Grund dafür ist seine Mitgliedschaft in der DKP. Aus dem Hauptvorstand der GdED verläutet, daß Röder ein tadelloser Lokführer und guter Gewerkschafter sei, der sich in seiner Gewerkschaftsarbeit nie einseitig politisch betätigt habe.

Herbert Stadelmaier, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), wurde auf der 1. Generalversammlung des Europäischen Gewerkschaftsausschusses Nahrung, Genuß, Gaststätten (EGNGG) zum Präsidenten gewählt. Dem EGNGG gehören heute 19 Gewerkschaften aus sieben Ländern der EG an. Zum Sekretär wurde Otto Staadt aus der NGG-Hauptverwaltung gewählt.

Carl Stenger, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) von 1949 bis 1971, wurde am 26. November 70 Jahre. Stenger, dessen Namen die Gründungsurkunde des DGB trägt, war bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt des DPG-Vorsitzenden auch DGB-Bundesvorstandsmitglied.

Vor Vertrauensleutewahlen im Bereich der IG Metall

Von Januar bis April 1976 werden im Bereich der IG Metall die Vertrauensleute gewählt. Im Arbeitsprogramm des IG-Metall-Vorstandes wird gefordert, „die Tätigkeit der Vertrauensleute durch gewerkschaftliche Veranstaltungen und Aktionen als tragendes Fundament der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“ in den Blickpunkt aller Arbeiter und Angestellten und der Öffentlichkeit zu rücken. Vertrauensleutewahlen in der größten Gewerkschaft, in der mehr als ein Drittel aller Mitglieder der DGB-Gewerkschaften organisiert sind, kommen schon aus diesem Grunde eine große Bedeutung zu.

Die Vertrauensleutewahlen 1976 stehen ebenso wie die Vertrauensleutekonferenzen der Verwaltungsstellen und der Vertrauensleutekonferenz des Vorstandes unter dem Motto: „WIR – die Träger gewerkschaftlicher Kraft.“ WIR beinhaltet nach Meinung des Mitglieds des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Lutz Dieckerhoff, mehr als nur ein Motto, es sei ein Programm für alle Mitglieder und Funktionäre seiner Gewerkschaft. Daraus ergäbe sich für jeden der Vertrauensleute in den Betrieben der Industrie und des Handwerks:

„– die stärkere Beteiligung der Mitglieder am Meinungs- und Willensbildungsprozeß der Organisation;

– die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vertrauensleuten im Wirkungsbereich, Betriebsratsmitgliedern und Jugendvertretern;

– eine stärkere Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen;

– eine intensivere Werbung neuer Mitglieder;

– die weitere Integration ihrer Aktivitäten in die Politik der IG Metall“.

Die Vertrauensleutewahlen finden in einer Situation statt, in der das Großkapital und auch die Bundesregierung zu einem umfassenden Angriff auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter und Angestellten angetreten sind. Um die Interessen der Mitglieder der IG Metall bestmöglich vertreten zu können, ist es notwendig, die Erfahrungen aus den vorangegangenen Vertrauensleutewahlen zu berücksichtigen, die besagen, daß überall dort, wo Vertrauensleute gewählt – und nicht durch die Ortsverwaltung bzw. durch Betriebsräte benannt werden – sichtbare Erfolge in der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit eintreten. Nach den Auffassungen der IG Metall soll in jedem Wirkungsbereich, der nach den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten existiert, ein Vertrauensmann gewählt werden. Die Bereitschaft der Mitglieder, den Mann ih-

res Vertrauens in schwierigen Situationen zu unterstützen, ist größer als bei einem Vertrauensmann, der lediglich benannt ist.

Die Vertrauensleute vertreten in den Betrieben die Politik der IG Metall, die Kollegen in ihrem Wirkungsbereich, arbeiten in der Jugendvertretung, im Betriebsrat und im Aufsichtsrat. Sie kümmern sich um die Belange der Schwerbehinderten und arbeiten als Sicherheitsbeauftragte. Die Stärke der Gewerkschaft wird wesentlich davon bestimmt, wie die Mitglieder in den Betrieben bereit sind, aktiv gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen. Diese Aktivität der Mitglieder entwickelt sich in dem Maße, wie sie sich mit der Zielsetzung ihrer Organisation identifizieren. Insofern handelt es sich bei der Wahl der Vertrauensleute nicht um einen formellen organisatorischen Akt, sondern um ein bedeutsames gewerkschaftspolitisches Ereignis, einen wichtigen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Demokratie, dem keine geringere Bedeutung beizumessen ist als den Betriebsratswahlen. Die gewerkschaftliche Kampfkraft hängt entscheidend von der Qualität der Vertrauensleute ab.

Die Wahl der Vertrauensleute sollte nach den Vorstellungen der IG Metall im Betrieb und möglichst während der Arbeitszeit erfolgen, so wie es auch der Entwurf eines Tarifvertrages über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vorsieht, den die IG Metall durchsetzen will.

Das Ergebnis einer Befragung zur Vertrauensleutearbeit, die von der Abteilung Vertrauensleute beim Vorstand der IG Metall durchgeführt wurde, besagt, daß in den Betrieben, in denen ein funktionsfähiger Vertrauenskörper mit gewählter Leitung tätig ist und dieser Vertrauenskörper mit dem Betriebsrat zusammenarbeitet, bessere Arbeitsvoraussetzungen für die Vertrauensleute geschaffen werden können, zum Nutzen des Vertrauenskörpers, des Betriebsrates und nicht zuletzt aller Arbeiter und Angestellten. Das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Georg Benz, meint deshalb, daß

die arbeitsteilige und solidarische Zusammenarbeit von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall die Voraussetzung für eine effektive Gegenmacht in den Betrieben sei. Wenn aber nur in 18 Prozent der Betriebe regelmäßig Sitzungen zwischen Vertrauenskörperleitung und Betriebsräten der IG Metall stattfinden, so zeigt dies, daß hier noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht.

Bei den bisherigen Vertrauensleutewahlen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, wenn sich die Vertrauenskörper zuvor Gedanken machten, welche Aufgaben sich in der nächsten Wahlperiode für die Vertrauensleute, auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse und der Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit, ergeben. Hierbei sollten auch die Ergebnisse der Befragung zur Vertrauensleutearbeit einfließen, wonach bisher in der Vertrauensleutearbeit noch die nur betriebsbezogenen Themen überwiegen und die allgemeinen politischen Fragen kaum eine Rolle spielten. Lutz Dieckerhoff ist deshalb der Auffassung, daß es notwendig sei, künftig die Politik der IG Metall mehr in den Mittelpunkt der Vertrauensleutearbeit und der gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu stellen. Dies wird sicherlich helfen, die betrieblichen und gewerkschaftlichen Fragen mit der notwendigen Konsequenz zu lösen.

Wenn die Vertrauensleutewahlen dazu dienen, die Mitgliedschaft der IG Metall zu mobilisieren, werden sie nicht nur dazu beitragen, die Organisation zu stärken und neue Mitglieder für die Gewerkschaft zu gewinnen, sondern auch helfen, die schwierigen Probleme zu lösen, die vor der Gewerkschaft stehen, angefangen von der Verteidigung und Verbesserung des sozialen Besitzstandes bis hin zur Durchsetzung umfassender Mitbestimmungsrechte.

Ursula Schäfer

DGB-Delegation besuchte CSSR

Unter der Leitung des DGB-Vorsitzenden Vetter besuchte vom 22. bis 24. November 1975 eine Delegation des DGB die CSSR. Auf dem Besuchsprogramm standen neben Betriebsbesichtigungen vor allem Gespräche mit dem Vorsitzenden der CSSR-Gewerkschaften, Karel Hoffmann, im Vordergrund. Bei diesen Gesprächen ging es um gewerkschaftspolitische Fragen und um die Entspannungspolitik und die friedlichen Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Es wurde vereinbart, daß eine Delegation der CSSR-Gewerkschaften mit Karel Hoffmann an der Spitze 1976 in die Bundesrepublik kommt.

DGB-Vorsitzender Vetter: Morgen sind es 100 000

Auf der Großkundgebung des DGB am 8. November 1975 in der Dortmunder Westfalenhalle hielten der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und seine Stellvertreterin Maria Weber die Hauptreferate. Nachfolgend veröffentlichen wir wesentliche Auszüge aus ihren Reden.

Zu Anfang dieses Jahres waren wir in einer Phase, gemeinsam zu erkennen, wie sehr unsere Lage durch die Verflochtenheit mit der Weltwirtschaft bestimmt wird. Heute dagegen sind die Arbeitgeber zu dem garstigen Lied zurückgekehrt, alle Schuld an der Wirtschaftskrise in erster Linie bei den Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik zu suchen. Wie sieht denn nun aber die Wirklichkeit aus? Die Unternehmer scheuen sich nicht, aus der Krise im wahrsten Sinne des Wortes Kapital zu schlagen. Sie setzen dort, wo sie können, Arbeitnehmer auf die Straße. Sie weigern sich, Jugendliche einzustellen und auszubilden. Und sie erpressen die Regierung mit der Drohung, einen Investitionsstreik zu inszenieren, um soziale Reformen zu verhindern. Sie wollen sogar soziale Fortschritte rückgängig machen, die wir in bitteren Auseinandersetzungen erkämpft haben. Die Zeitungen sind voll von Berichten über Betriebe, die das Weihnachtsgeld kürzen und andere soziale Leistungen abbauen.

Diese Dinge sind nur ein Beispiel für einen breit angelegten Angriff auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber und ihre politischen Freunde versäumen keine Gelegenheit, den Gewerkschaften zu unterstellen, sie würden mit ihren Forderungen die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems zerstören. Aber hier stehen nicht 25 000 Menschen (Vetter bezieht sich auf die Zahl der in der Westfalenhalle Anwesenden – die Red.), um zu zerstören. Wir stehen hier, weil wir das Erreichte erhalten und ausbauen wollen. Wir demonstrieren für die Vollbeschäftigung und bessere Beschäftigungsbedingungen, für eine durchgreifende Reform der beruflichen Bildung und für die qualifizierte Mitbestimmung. Wir rufen die Öffentlichkeit auf, unseren Kampf zu unterstützen. Wir fordern das Parlament auf, seiner Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung gerecht zu werden. Die deutschen Gewerkschaften haben immer gesagt und stets bewiesen, daß sie die Entscheidungen der Volksvertretung respektieren. Aber gerade deshalb muß der Bundestag wissen, was die Arbeitnehmer wollen: Wir haben den festen Willen, die Angriffe der Unternehmer zurückzuschlagen. Wir werden reformfreudigen Kräften in Regierung und Parlament den Rücken stärken...

Die Unternehmerverbände verbreiten die Lüge, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften seien an der Wirtschaftskrise selbst schuld. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Reformpolitik der Bundesregierung würden die Wirtschaft mit hohen Kosten belasten. Lauthals wird über zu hohe Stückkosten und zu geringe Erträge geklagt. Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen! Die hohen Stückkosten sind auf die heruntergefahren Produktion zurückzuführen. Das ist keine Folge maßloser Forderungen der Gewerkschaften. Das ist eine Folge der weltweiten Wirtschaftskrise, von Fehlern der Unternehmer und der Wirtschaftspolitik, vor allem aber einer verfehlten Politik der Bundesbank. Die Bundesbank hielt ihre Dämpfungspolitik noch lange durch, als die Zahl der Arbeitslosen in diesem Lande bereits ununterbrochen stieg.

Die Arbeitgeber und ihr Fürsprecher, Bundeswirtschaftsminister Friderichs, möchten uns Steuererleichterungen für die Unternehmen und eine Lohnpause für uns einreden. Sie behaupten, dies sei notwendig, um die Gewinnerwartungen und die Investitionsneigung der Unternehmer zu erhöhen. Aber wer sagt uns denn, daß die Unternehmer bei geringer Nachfrage aus dem Ausland und unausgelasteten Produktionskapazitäten auch wirklich investieren! In dieser Forderung drückt sich vielmehr eine ungebrochene kapitalistische Mentalität

aus, die offensichtlich alle Wirtschaftskrisen überdauert. In der Hochkonjunktur sollen wir auf Lohnerhöhungen verzichten, um die Inflation einzudämmen, die von der rücksichtslosen Gewinnplanung der Unternehmen verursacht wird. In der Krise sollen wir auf Lohnerhöhungen verzichten, um die Gewinnerwartungen der Unternehmen zu erhöhen.

Eine Wiederbelebung der Wirtschaft kann nur durch eine Stärkung der Nachfrage erreicht werden. Darum fordern wir angemessene Lohnerhöhungen. Darum appellieren wir an die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden, die öffentlichen Investitionen zu steigern. Die Wiedererringung der Vollbeschäftigung ist die Aufgabe Nummer eins der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der extreme Verlauf der Wirtschaftskrise lehrt, daß es einer besseren Übersicht über die voraussichtliche und wünschenswerte Wirtschaftsentwicklung bedarf. Wir brauchen eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Instrumente. Die Zeiten, in denen einfach ins Blaue hinein investiert wurde, müssen der Vergangenheit angehören. Engpässe und Überkapazitäten sind unvereinbar mit einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik. Sie schmälern das Wirtschaftswachstum und damit eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Reformpolitik. Nicht mehr, aber auch nicht weniger meinen wir mit unserer Forderung nach Investitionslenkung. Wenn die Unternehmer diese Forderung zum Anlaß nehmen, das Gespenst des Gewerkschaftsstaates an die Wand zu malen, dann zeigt das nur, daß ihnen jedes Mittel recht ist, die wahren Besitzverhältnisse in unserer Gesellschaft zu verschleiern. Sie wollen damit nur ihre Herrschaft über Produktionsmittel und Menschen festigen.

Diese Arbeitslosigkeit trifft besonders hart die Jugendlichen. Sie stehen erst am Anfang ihres Arbeitslebens und sind nur unzureichend durch die soziale Sicherung geschützt. Was heute an Berufschancen und Lebensperspektiven zerstört wird, läßt sich mit den nackten Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit überhaupt nicht ausdrücken. Die Jugendlichen müssen nach der Schule die Ausbildungsplätze nehmen, die sie bekommen – ohne Rücksicht auf ihre Berufswünsche, ohne Rücksicht auf die Qualität der Arbeitsplätze und ohne Rücksicht auf die Zukunftschancen der Berufe. Sie müssen dafür zahlen, daß sich viele Betriebe die Ausbildung von Fachkräften einfach nicht mehr leisten wollen. Die Entwicklung unserer industriellen Gesellschaft hängt aber im wesentlichen von den beruflichen Fähigkeiten unserer nachwachsenden Kollegen ab. Wir können es deshalb nicht hinnehmen, daß die Reform der beruflichen Bildung dem Widerstand der Unternehmerverbände geopfert wird. Aber darüber wird Maria Weber im besonderen sprechen. Ich möchte hier nur sagen: Die Bundesregierung muß jetzt hart bleiben. Sie muß beweisen, wie die Macht in unserem Staate hat: die gewählten Volksvertreter oder die gerade in dieser Frage durch nichts legitimierten Kapitalbesitzer...

Für uns geht es als Gewerkschaften um eine Linie, das ist die Meinung unserer Mitglieder, sonst gar nichts. Heute haben hier 40 000 bis 50 000 für den DGB demonstriert. Ich bin überzeugt, wenn es nötig ist, werden es morgen 100 000 sein.

Maria Weber: Berufsbildung - entscheidende Aufgabe

Für die Arbeitnehmer und ihre Kinder ist die Berufsbildung ein wichtiger und für viele der einzige Bildungsweg. Trotzdem wird dieser Bildungsweg immer noch von den Unternehmern und ihren Organisationen einseitig und nach ihren Interessen bestimmt und gestaltet. Immer noch – wie zu Zeiten des Frühkapitalismus – setzt sich hier die uneingeschränkte Macht und Herrschaft des Kapitals fort... Wie ist denn die Wirklichkeit:

– Eindeutig doch so, daß die Alleinbestimmung der Unternehmer über das Ausbildungsangebot von den Kammern der Wirtschaft zu einem politischen Instrument ersten Ranges mißbraucht wird. Das verwerfliche Spiel mit den Ausbildungsplät-

zen — die sie erst verknappten und dann wieder als besondere unternehmerische Leistungen anbieten —, das ist ihre Politik zur Erpressung der Bundesregierung und zum Verhindern von Reformen. Das ist keine leere Behauptung von uns, das beweist der unverschämte Brief der fünf Spitzenverbände der Unternehmer vom Januar dieses Jahres an den Bundeskanzler.

— Aber damit nicht genug. Die Verunsicherung der Öffentlichkeit und der einzelnen Betriebe wird von den Kammern mit größter Perfektion und Rücksichtslosigkeit betrieben. Reformvorstellungen werden verdreht, verketzert, lächerlich gemacht, mit dem Ziel, die freie Verfügbarkeit der Arbeitgeber über die Ausbildung und die Arbeitsplätze und damit über die Jugendlichen und die Arbeitnehmer im Betrieb zu erhalten. Arbeitnehmerfreundliche Initiativen für eine bessere Berufsbildung oder zum Jugendarbeitsschutz werden von ihnen im Klassenkampfstil bekämpft. Dabei wird die rechts- und sozialstaatliche Entwicklung ständig in Frage gestellt. Mit dauernd neuen Zahlenspielerien entlarven sie immer wieder selbst ihre wirklichen Motive in der Berufsausbildung. Es geht ihnen um die Produktions- und Arbeitsleistung der jungen Menschen und nicht um eine qualifizierte Berufsausbildung.

— Seit langem stellen wir fest, daß die Jugendlichen, die Eltern, die Schulen zunehmend von den Betrieben und ihren Organisationen unter Druck gesetzt werden. Schulische Bildungsgänge wie das Berufsgrundbildungsjahr werden bewußt sabotiert und unterlaufen. Jugendliche müssen den Besuch des Berufsgrundbildungsjahres verschweigen, weil sie sonst in zahlreichen Fällen keine Ausbildungsstellen erhalten. Nicht einmal einen Arbeitsplatz erhalten viele Jugendliche, wenn sie dem Unternehmer sagen, daß sie noch berufsschulpflichtig sind.

Gerade die Jugendlichen bekommen die rigorosen Auswahlprinzipien und die Arroganz solcher Unternehmer zu spüren. Und sie sind es, die auf der Strecke bleiben. Dies gilt vor allem für Lernbehinderte, die eigentlich der besonderen Hilfe bedürfen, aber auch für engagierte und selbstbewußte Jugendliche, die sich einseitigen Vorstellungen und Interessenbezogenem Druck nicht beugen wollen. Die Übergänge von der Schule in den Beruf, von der Berufsbildung in ein Arbeitsverhältnis werden immer mehr zu einem Akt unternehmerischer Willkür. Das hat ein großer Teil der arbeitslosen Jugendlichen unmittelbar zu spüren bekommen. Dies ist eine schwere und bedrückende Situation für den einzelnen, die geändert werden muß. Hier entsteht eine nicht zu unterschätzende politische Gefahr. Es wird diesen Jugendlichen schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein, diesen Staat, der eine solche Willkür in einer für sie lebenswichtigen Frage zuläßt, als ihren Staat und dazu noch als sozialen Rechtsstaat zu verstehen und anzuerkennen. ...

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist die Reform der Berufsbildung die entscheidende bundespolitische Aufgabe der Bildungsreform überhaupt.

— Uns geht es darum, die Qualität der Berufsbildung sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

— Und geht es darum, allen Jugendlichen ein auswahlfähiges und hochwertiges Ausbildungsangebot zur Verfügung zu stellen.

— Und geht es darum, eine qualifizierte und ordnungsgemäße Ausbildung in Betrieb und Berufsschule sicherzustellen.

— Uns geht es darum, daß endlich eine bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern, zwischen Betrieb und Schule erreicht wird.

— Uns geht es darum, ein neues Finanzierungssystem einzuführen und die Kosten gerechter zu verteilen.

— Uns geht es darum, daß eine gleichberechtigte Selbstverwaltung von Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der öffentlichen Hand geschaffen wird.

— Uns geht es darum, Finanzierungs-, Planungs- und Entscheidungsinstrumente für die Berufsbildung und ihre Weiterentwicklung zu erhalten.

Philipp Seibert, GdED: Für volle Mitbestimmung

Auf der Bundespersonal- und Betriebsrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) am 13./14. November 1975 in Saarbrücken hielt der GdED-Vorsitzende Philipp Seibert das Grundsatzreferat. Ein Teil seiner Rede hatte die paritätische Mitbestimmung, die gerade in den letzten Wochen heftig umstritten ist, zum Inhalt:

Die Eisenbahner erheben erneut ihre Stimme, um ihre Forderung nach der vollen Mitbestimmung auf allen Ebenen des Unternehmens und des Betriebes zu bekräftigen! Die Eisenbahner appellieren an Regierung und Parteien, diesen überfälligen Schritt endlich zu vollziehen, um den Eisenbahnern wie allen anderen Arbeitnehmern zu ihren vollen demokratischen Rechten zu verhelfen! Nicht erst seit heute, nicht erst seit 1945, seit langen Jahrzehnten fordern die in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter, Beamten und Angestellten die volle Mitbestimmung bei allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen ihrer Betriebe. Ebenso lange versuchen die Unternehmer ihre alte Alleinbestimmung aufrechtzuerhalten und die berechtigten Forderungen der arbeitenden Menschen zu verhindern.

Je näher die Arbeitnehmer an ihr Ziel kommen, um so verbissener wird der Widerstand der Unternehmer und ihrer Lobbyisten. Nur die Argumente ihrer Ablehnung wechseln im Laufe der Zeit. Früher, im Kaiserreich, hatten die Unternehmer die Gewerkschaften offen bekämpft und den Staat direkt abgekanzelt. Typisch ist dafür das Wort des Industriellen Kirdorf: „Weder Kaiser noch Könige haben in den Betrieben etwas zu suchen. Da bestimmen wir alleine.“ Heute suchen die Unternehmer ihren Widerstand zu verschleiern und sagen, die volle Mitbestimmung sei mit der Verfassung nicht vereinbar. Die Unternehmer übersehen bewußt, daß nach der Verfassung, Artikel 14 und 15 sogar die Enteignung und Vergesellschaftung zulässig sind. Um so mehr ist deshalb die Mitbestimmung mit der Verfassung vereinbar.

In der Wirtschaftskrise von heute liegt für viele Menschen im Lande klar auf der Hand, daß uns eine nach wie vor nicht mitbestimmte Wirtschaft mit zunehmender Regelmäßigkeit und in immer kürzerem Zeitabstand in wirtschaftlichen Rückgang, in Verkehrsschrumpfung und in Personalabbau bzw. Arbeitslosigkeit führt. Deshalb erheben wir heute erneut die Forderung, in unserem Lande auf allen Ebenen der Entscheidungen die volle Mitbestimmung einzuführen! In den Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft ebenso wie in der Privatwirtschaft.

Bei unserer Forderung sind wir keine Illusionisten. Wir wissen, daß in dieser Auseinandersetzung die Unternehmer und ihre Vertreter freiwillig nichts verschenken werden. Deshalb kommt es entscheidend auf die Machtpositionen an, die die Unternehmer einerseits und die Arbeitnehmer andererseits erringen können. Wer deshalb die Gewerkschaften stärkt, gibt den Arbeitnehmern auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen die Macht der Unternehmer wächst, die Möglichkeit, gegen die Macht der Unternehmer die demokratische Gegenmacht der Arbeitnehmer zu setzen. ...

Der DGB hat 1972 zur Mitbestimmung sogenannte Prüfsteine formuliert, in deren erstem es heißt: „Die Arbeitnehmer geben sich nicht länger damit zufrieden, sich mit den Folgen von Beschlüssen auseinanderzusetzen, die von anderen diktiert werden. Sie wollen ihr Schicksal mitbestimmen und gleichberechtigt an den Entscheidungsprozessen teilhaben. Daher fordern die deutschen Gewerkschaften: Alle Großunternehmen müssen paritätisch besetzte Aufsichtsorgane und Arbeitsdirektoren erhalten. Auch in den Unternehmen und Betrieben der öffentlichen Hand sind paritätisch besetzte Aufsichtsorgane einzurichten. Betriebs- und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen mitbestimmen.“

DGB-Symposium zum Jahr der Frau

Das Symposium des DGB zum Internationalen Jahr der Frau am 6. und 7. November 1975 in Leverkusen befaßte sich mit den Themen „Arbeitschancen“, „Lohnungleichheit“ und „Vorurteile“. Im Arbeitskreis II, der über die Entlohnungsfragen diskutierte, hielt Liesel Winkelsträter, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IG Chemie-Papier-Keramik, das Einführungsreferat. Gisela Kessler, Bundesfrauensekretärin der IG Druck und Papier, faßte die Ergebnisse der dann folgenden Diskussion zusammen. Nachfolgend wesentliche Auszüge aus beiden Reden.

Liesel Winkelsträter:

Schon bei richtiger Anwendung der gegenwärtig geltenden Tarifverträge — trotz ihrer bekannten Unzulänglichkeiten — müßte bereits eine wesentlich größere Zahl weiblicher Arbeitnehmer in höhere Lohngruppen eingestuft worden sein. Im Betrieb wird entschieden, wer bzw. welche Tätigkeit in welche Lohn- oder Gehaltsgruppe eingruppiert wird. Der richtigen Eingruppierung kommt große Bedeutung zu, denn je vollständiger der Tarifvertrag in Anspruch genommen wird, desto größer ist die rechtliche und soziale Absicherung. Zu niedrige — und damit falsche — Eingruppierung versagt die Anerkennung für die verlangte Arbeitsanforderung und erfüllt nicht den Rechtsanspruch der Anspruchsberechtigten.

Den Arbeitgebern und den Betriebsräten ist durch § 75 BetrVG die Verantwortung dafür auferlegt, daß kein Arbeitnehmer seines Geschlechtes wegen benachteiligt wird. Nach § 80 BetrVG hat der Betriebsrat darüber zu wachen, daß u. a. Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen richtig angewandt werden und gegebenenfalls Änderungen verlangen. Dieses Initiativrecht ist die Handhabe für die Überprüfung der Eingruppierung. Zur Durchsetzung einer Höhergruppierung stehen weitere gesetzliche und gerichtliche Möglichkeiten zur Verfügung.

Im Betrieb werden außerdem Zulagen gewährt, die nicht selten den Gleichheitsgrundsatz verletzen. Männer erhalten sehr oft generell höhere Zulagen als Frauen, ohne daß dafür sachbezogene Begründungen vorhanden wären. Diese Methode der Benachteiligung trifft besonders weibliche Angestellte. Sie stellt die Ungleichheit in der Bezahlung wieder voll her. Auch erhalten männliche Arbeitnehmer bereits bei der Einstellung nicht selten eine höhere Eingruppierung oder Zulagen, die Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten vorenthalten werden. Das Bundesarbeitsgericht hat wiederholt festgestellt, daß auch die im freien betrieblichen Raum gewährten Leistungen den Grundsätzen der Verfassung zu entsprechen haben. Die bestehenden Regelungen sind hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit zu überprüfen und Verstöße zu beseitigen. Ein erheblicher Teil der Lohndiskriminierung hat seine Ursache in solchen innerbetrieblichen Regelungen.

Ohne Zweifel bietet die angewandte analytische Arbeitsbewertung für die Erfassung und Beurteilung der Arbeitsanforderungen eine breitere Grundlage als summarische Lohngruppen bisherigen Stils. Sie reichte allerdings nicht aus, um die Wertigkeit einer Arbeit umfassend festzustellen und um eine nicht manipulierbare Entlohnung zu sichern. ...

Ich gebe gern zu, daß viele von uns vor 20 Jahren angenommen hatten, mit Hilfe der analytischen Arbeitsbewertung sei für die gleichwertige Arbeit die gleiche Entlohnung durchzusetzen. Dies war ein Irrtum. Die angewandten Methoden haben nicht ausgereicht, die Beurteilungsmaßstäbe sind subjektiv. Verhandlungsergebnisse, die Lohnunterschiede konnten

nicht beseitigt werden. Um die Lohndiskriminierung weiter abzubauen, bedarf es jedoch einer exakten und umfassenden Feststellung aller Belastungen und Beanspruchungen, die eine Arbeit dem Menschen abverlangt, ihrer objektiven Bewertung und einer nicht manipulierbaren Bezahlung.

Gisela Kessler:

Ein Schwerpunkt neben den Referaten war in der Diskussion das Gutachten „Arbeitswissenschaftliche Beurteilung der Belastung und Beanspruchung an unterschiedlichen industriellen Arbeitsplätzen“ von den Professoren Rohmert und Rutenfranz. Zwei Meinungen zum Gutachten können folgendermaßen dargestellt werden:

1. Das Gutachten, das vom Bundesarbeitsministerium zur weiteren Verwirklichung des Artikels 3 des Grundgesetzes in Auftrag gegeben worden ist, stellt eine Grundlage für die Diskussion im Bereich der Tarifpolitik zur Definierung der Wertigkeit einer Arbeit dar. So sind insbesondere die Bewertungskriterien der „Belastung“ und „Beanspruchung“ deutlicher definiert worden als bisher. Es ist festgestellt worden, daß in den Lohn- und Gehaltsdifferenzierungen stärker die Beanspruchung von Organen und Fähigkeiten im psychischen und physischen Bereich zu berücksichtigen sind.

2. In der Diskussion kam mehrfach zum Ausdruck, daß Gutachten immer nur Entscheidungshilfen für die Tarifvertragsparteien sind und die Handlungsspielräume der Gewerkschaften nicht einschränken können.

Diese Diskussion wurde geführt im Wissen darum, daß die gewerkschaftlichen Gremien bisher noch nicht zu einer abschließenden Bewertung und Willensbildung zu diesen neuen Erkenntnissen im Gutachten gekommen sind. Einig war man sich im Arbeitskreis darüber, daß alle positiven Aspekte aus dem Gutachten, die unsere gewerkschaftliche Position stärken, unbedingt Eingang in die tarifpolitische Diskussion finden müssen. Bezüglich der Bewertung der Frauenerwerbsarbeit wurde erneut festgestellt, daß sich durch den technischen Fortschritt die Arbeitsbedingungen entscheidend geändert haben. Die dadurch verursachte Verschiebung von bisher höher bewerteter physischer Belastung hin zu Arbeiten mit mehr psychischer Belastung trifft gleichermaßen für Männer und Frauen zu. ...

Es kann davon ausgegangen werden, daß die im Gutachten gewonnenen Erkenntnisse nicht nur für manuelle Tätigkeiten nutzbar gemacht werden können, sondern gleichermaßen für den Angestelltenbereich und Dienstleistungssektor. Einige Diskussionsteilnehmer hielten es darüber hinaus für eine entscheidende Frage, inwieweit es gelingen kann, die unzumutbare Arbeitsteilung — von der besonders Frauen betroffen sind — aufzuhalten und dagegen Normen über Mindestarbeitsinhalte und Mindestanforderungen zu vereinbaren.

Da Gutachten keinen Ersatz für gewerkschaftliche Tarifpolitik darstellen können, wurde in einem zweiten Teil der Diskussion die Frage der gewerkschaftlichen Durchsetzung unserer Forderung nach Lohnungleichheit behandelt. Diese Auseinandersetzung muß fraglos gegen die Interessen der Arbeitgeber geführt werden, die bisher sowohl aus materiellen als aus gesellschaftspolitischen Gründen der Verwirklichung des Verfassungsauftrages immer stärksten Widerstand entgegengesetzt haben.

Bei der Frage der Durchsetzung unserer Forderungen stellt selbstverständlich die Tarifpolitik das entscheidende Instrument dar. Der beste Tarifvertrag aber muß im Betrieb seine Anwendung finden; alle Ansprüche müssen voll ausgeschöpft werden. So sind insbesondere die Betriebsräte und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Rahmen der betrieblichen Auseinandersetzung aufgerufen, alle jetzt schon vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten in weitgehendster Auslegung bei der Durchsetzung einer tarifgerechten Eingruppierung anzuwenden.

DGB-Beschlüsse

Am 10. November fand in Frankfurt die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz statt. Die gewählten Vertreter der rund 170 000 Gewerkschafter der Mainmetropole faßten wichtige Beschlüsse. Nachfolgend veröffentlichen NACHRICHTEN davon eine Auswahl.

Sparmaßnahmen (E 3)

Die Delegierten der DGB-Kreisdelegiertenversammlung wendeten sich entschieden gegen den Entwurf des Bundeskabinetts zum Artikelgesetz und gegen die vorgesehenen Sparmaßnahmen der hessischen Landesregierung. Von den zu o. a. Entwürfen geplanten Einsparungen wie Streichung des Fahrtkosten- und Essengeldzuschusses, Beteiligung der Auszubildenden an den Kosten für Internatslehrgänge, Einschränkung des Ortszuschlages, Wegfall der Regelbeförderung, Stelleneinsparungen usw. werden vorwiegend junge Beamte, Auszubildende und alle unteren Einkommensgruppen des öffentlichen Dienstes betroffen.

Die Sparmaßnahmen haben eine erhebliche Minderung des derzeitigen Lebensstandards dieser Beschäftigten zur Folge und verbauen den jungen Kollegen im öffentlichen Dienst die Aussichten auf ein berufliches Weiterkommen. Diese einschneidenden Maßnahmen, die die jahrzehntelang erkämpften Rechte mit einem Federstrich zunichte machen, können wir als Gewerkschafter nicht akzeptieren. Ebenso sprechen sich die Delegierten der DGB-Kreisdelegiertenversammlung gegen jegliche Einschränkung der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst aus.

Arbeitslosigkeit (A 4)

Angesichts der Tatsache, daß in der Krise die Arbeitshetze in den Betrieben verschärft, der Abbau sozialer Errungenschaften beschleunigt wird und, verursacht durch Rationalisierungen, Konkurrenz und Überkapazitäten, die Zahl der Arbeitslosen steigt, ist es unbedingt erforderlich und ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität, Forderungen gegen die Folgen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu erheben und innergewerkschaftliche Maßnahmen für arbeitslose Kollegen zu beschließen.

Ein Arbeitslosengeldsatz von 68 Prozent, wie er heute ausbezahlt wird, reicht nicht aus. Wer sowenig bekommt, ist gezwungen, auch niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Darum muß das Arbeitslosengeld auf 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens erhöht werden. Darum muß das Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. Darum muß das Arbeitslosengeld unverzüglich nach Beginn der Arbeitslosigkeit ausbezahlt werden. Langfristig muß angestrebt werden, daß die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Gliederungen auf Landes- und Ortsbene von den Versicherten selbst verwaltet werden. Parallel dazu müssen wir konkrete Schritte zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen einleiten:

Wir erwarten in Solidarität mit den Arbeitslosen, daß die Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute gegen die Überstunden, Doppel- und Sonderschichten eintreten. Sie müssen auf die konsequente Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der Manteltarifverträge achten. Auf DGB-Kreisebene sollen regelmäßig Arbeitslosenversammlungen der Gewerkschaft(en), auch Werbeveranstaltungen für Unorganisierte, einberufen werden. Ein intensives gewerkschaftliches Bildungs- und Freizeitprogramm für arbeitslose Kollegen muß auf die Beine gestellt werden. Alle Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute und Mitglieder sind aufgerufen, je nach ihrer Möglichkeit dieses Programm aufzubauen und durchzuführen. Nur so kann der geistigen und seelischen Verelendung entgegengewirkt werden.

Abbau von Sozialleistungen (E 2)

Die Delegiertenkonferenz des DGB-Kreises Frankfurt a. M. verurteilt auf das schärfste den zunehmenden Abbau bereits erkämpfter sozialer Leistungen und Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Der Versuch der Unternehmer, angesichts der gegenwärtigen Krise und der wachsenden Arbeitslosigkeit alle Lasten auf die Bevölkerung abzuwälzen, muß auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Die von der Bundesregierung vorgelegten Sparmaßnahmen bedeuten für uns eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage und noch mehr Belastungen für jede Familie, für jeden Arbeitnehmer. Arbeitslosenbeiträge und Sozialversicherung werden erhöht, Arbeitsförderungsmaßnahmen und Mittel für die berufliche Weiterbildung und Umschulung werden eingeschränkt. Der Bildungsetat wird erheblich gekürzt werden. Während bei den Sozialausgaben der Rotstift angesetzt wurde, erhalten die Unternehmer Subventionen aus Steuermitteln und der Rüstungsetat wird weiter in die Höhe getrieben. Die CDU/CSU fordert gar die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um zwei Stunden. Von den Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung wird Lohnverzicht und Zurückhaltung verlangt. Wenn vom Sparen die Rede ist, dann an der richtigen Stelle. Im Rüstungsetat. Bereits der Verzicht auf 70 MRCA-Flugzeuge würde die sechs Milliarden, um die der Bildungshaushalt gekürzt wurde, erbringen.

Gerade nach dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist die Zeit reif, bei den Rüstungskosten den Rotstift anzusetzen. Wenn von Zurückhaltung die Rede ist, dann sollten sie jetzt die großen Konzerne üben, die trotz und durch die Krise weiterhin steigende Profite erzielt haben. Durch den entschlossenen Kampf der Gewerkschaften und aller Kolleginnen und Kollegen für eine aktive Lohnpolitik und gegen Sozialabbau, durch die Verstärkung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben und der Öffentlichkeit können wir unseren sozialen Status erfolgreich verteidigen und ausbauen. Und darum muß es heute gehen.

Gegen Berufsverbote (IE 1)

Mit wachsender Sorge betrachtet die demokratische Öffentlichkeit die Ausweitung der Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Die Delegierten des DGB-Kreises Frankfurt begrüßen deshalb den Beschluß der DGB-Landesbezirkskonferenz, in dem das Gesetz in Sachen Berufsverbote abgelehnt wird. Das am 24. Oktober 1975 vom Deutschen Bundestag verabschiedete „Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ berücksichtigt nur scheinbar demokratische Mindestforderungen. Die gelebte Praxis in allen Bundesländern und leider auch in Hessen, Organisationen und Parteien als verfassungsfeindlich abzustempeln, obwohl Verfassungswidrigkeit nur vom Bundesverfassungsgesetz festgestellt werden kann, führt zu einer Hexenjagd auf zahlreiche Bewerber für die öffentlichen Dienste und zu Berufsverboten. Die Delegierten erwarten von der hessischen Landesregierung, daß sie die Handhabung des Ministerpräsidentenbeschlusses vom 18. Januar 1975 einstellt und im Bundesrat gegen das Gesetz vom 24. Oktober stimmt.

Eine große Anzahl von Persönlichkeiten der verschiedensten Berufe und Berufsverbände, aus den Gewerkschaften, der SPD und FDP sowie aus christlichen Kreisen haben sich mit dem Aufruf „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte“ an die Öffentlichkeit gewandt, weil sie die Praxis bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst für nicht mehr vereinbar mit der Verfassung halten. Wir Delegierten fordern alle Gewerkschaftsmitglieder und -vorstände auf, sich verstärkt für die Erhaltung demokratischer Rechte einzusetzen und die Berufs- und Meinungsfreiheit zu schützen. Mit der Praxis der Berufsverbote, der Gesinnungsschnüffelei und Denunziation muß Schluß gemacht werden, damit nicht auf kaltem Wege jeder kritische Standort in unserer Gesellschaft beseitigt wird.

Memorandum der 41

41 Wirtschaftswissenschaftler, darunter der Direktor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI), Dr. Heinz Markmann, haben in einem Memorandum Alternativen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung entwickelt. Sie gehen davon aus, daß die Bundesrepublik sich gegenwärtig in der schwersten wirtschaftlichen Rezession seit ihrem Bestehen befindet. Es habe sich gezeigt, daß die Mittel, die der Staat zur Wirtschaftsankurbelung ausbebe, in einer durch marktbeherrschende Unternehmen gekennzeichneten Wirtschaft über beschäftigungsmindernde Rationalisierungsinvestitionen und/oder Preissteigerungen absorbiert werden können, ohne daß die erwünschten Produktions- und Beschäftigungseffekte eintreten. Sie halten die von der Bundesregierung gegen Ende 1974 und im August 1975 getroffenen Sparmaßnahmen für wenig beschäftigungswirksam und die Beschlüsse vom September 1975 für unsocial. Eine kurzfristig wirksame und soziale Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftspolitik halten die Wirtschaftswissenschaftler für notwendig und möglich. Ihre beiden Hauptbestandteile sind:

1. Die Erweiterung und der Ausbau statt der Kürzung staatlicher Sozialleistungen: Die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld dürfen nicht erschwert, sondern müssen erleichtert werden (Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten, Fortfall der Anwartschaftszeiten, keine Ausdehnung des Zumutbarkeitsbegriffes), ferner muß die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld – gerade im Hinblick auf die zu erwartende hohe Dauerarbeitslosigkeit – wesentlich verlängert werden. Arbeitslosenhilfe darf nur in äußersten Fällen zur Haupteinkommensquelle der Beschäftigungslosen werden. Unabhängig hiervon unterstützen wir die vom DGB erhobenen Forderungen zur Neuordnung der Finanzierung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere die Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages. Weiterhin sind staatliche Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Stipendien, alle Möglichkeiten der Berufsausbildung und Umschulung beizubehalten und auszudehnen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist – insbesondere für die Güter des lebensnotwendigen Bedarfs – als sozial nicht tragbar entschieden abzulehnen.

Die Erweiterung dieser Sozialleistungen verbessert nicht nur unmittelbar die Lage der begünstigten Personen, sondern kann über eine Anhebung der Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise bei zunehmendem Abbau der Arbeitslosigkeit belebend auf den privaten Verbrauch und auf die Beschäftigung wirken.

2. Der gezielte und hinsichtlich seiner Wirkungen kontrollierte Einsatz eines umfangreichen öffentlichen Sonderhaushaltes zur Konjunkturbelebung:

– Der Umfang dieses Sonderhaushaltes muß, entsprechend der Schwere der gegenwärtigen Krise, weit über dem gegenwärtig beschlossenen und auch weit über den beiden Sonderhaushalten von 1967 liegen.

– Die öffentlichen Mittel sollen über die bisher vorgesehenen Bereiche (Stadtrenovierung, Wohnungsrenovierung, Schulwesen, Krankenhausbau, Umweltschutz, Regionalförderung) hinaus zusätzlich in den sozialen Wohnungsbau fließen, wie dies schon in den Forderungen des DGB vom Juli dieses Jahres vorgesehen ist.

– Die Vergabe der öffentlichen Mittel ist daran zu binden, daß die ausführenden und zuliefernden Unternehmen Produktion und Beschäftigung erhöhen und die Preise für ihre Produkte stabil halten. Um so mehr nämlich die öffentliche Hand bei der Vergabe von Aufträgen mit Submissionskartellen und

anderen die Preiskonkurrenz ausschaltenden Vereinbarungen der Unternehmen konfrontiert wird, um so zwingender ist es geboten, die sparsame Bewirtschaftung öffentlicher Gelder durch entscheidende öffentliche Mittel bei der Preispolitik der unmittelbar beauftragten und zuliefernden Firmen durchzusetzen. Damit beschäftigungsfördernde Maßnahmen nicht durch eine entgegengerichtete Preispolitik der Unternehmen durchkreuzt werden, ist es erforderlich, daß die Regierung ihre Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl mit aller politischen Entschiedenheit vertritt und daß das Preissetzungsverhalten der Unternehmen verstärkt zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion und Kontrolle gemacht wird; konkret heißt dies Einführung der Preiskontrolle für alle marktbeherrschenden Unternehmen.

Das in der Öffentlichkeit immer wieder zur Rechtfertigung der unsocialen Regierungsbeschlüsse und -maßnahmen angeführte Argument der Finanzierungserfordernisse für das Konjunkturprogramm ist irreführend: Umfangreiche Mittel können bereits durch höhere Besteuerung von hohen Einkommen und durch eine Verminderung des Verteidigungshaushaltes aufgebracht werden; daß letzteres möglich ist, haben die Niederlande jüngst unter Beweis gestellt.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß der bei zunehmender Staatsverschuldung – als alternativer Finanzierungsmöglichkeit – als unvermeidlich unterstellte inflationäre Effekt ja nur dann zu erwarten ist, wenn die Preissetzungsautonomie der Unternehmen als unantastbar hingenommen wird. Wird jedoch – wie hier vorgeschlagen – die staatliche Ankurbelungspolitik mit dem Gebot der Preisdisziplin bei den maßgeblichen Unternehmen verbunden, tritt dieser inflationäre Effekt gerade nicht ein: der Finanzierung wirtschaftsbelebender Maßnahmen durch höhere Staatsverschuldung, die in Zeiten des Aufschwungs schnell zu tilgen wäre, steht nichts im Wege.

Die hier vorgeschlagene staatliche Politik würde den privaten und den staatlichen Verbrauch sowie die staatlichen Investitionen als wichtige Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage steigern. Sie würde gleichzeitig die Ertragsbedingungen für die privaten Investitionen verbessern, ohne daß die staatlichen Mittel überwiegend durch Preissteigerungen bei äußerst geringem Beschäftigungseffekt absorbiert werden. Der Mengeneffekt einer solchen Politik senkt die Stückkosten der gegenwärtig überwiegend mit unausgelasteten Kapazitäten arbeitenden Unternehmen und läßt daher steigende Gewinne auch bei steigenden Löhnen zu. Angesichts dieser Sachlage sehen wir auch für die von Unternehmenseite geforderte Lohnpause keinerlei Begründung und Veranlassung. Die Unternehmen haben es vielmehr in der Hand, durch ihre Preispolitik den Aufschwung so zu unterstützen, daß Reallohnsteigerungen ermöglicht werden. Der statt dessen betriebene Versuch, in der Öffentlichkeit eine gegen die Gewerkschaften gerichtete Stimmung zu erzeugen, kann über diese Zusammenhänge nicht hinwegtäuschen; er muß als Eingriff in die Tarifautonomie entschieden zurückgewiesen werden.

Unsere Alternativvorschläge für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik entsprechen dem Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung und sind kurzfristig realisierbar, sofern der Anspruch, mit dem die in der BRD bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verknüpft ist, auch gegen mächtige Hindernisse und solche Einzelinteressen verwirklicht wird, die von der Nichteinlösung dieses Anspruches profitieren. Die Alternativvorschläge sind darauf ausgerichtet, unter Erhaltung und Erweiterung des bisher erreichten Systems sozialer Leistungen die Bedingungen einer echten Mengenkonjunktur zu schaffen, die eine Erhöhung von Produktion und Beschäftigung ohne Preissteigerung ermöglicht.

Die verfassungsrechtlich gebotene Sozialbindung des Privateigentums an Produktionsmitteln einerseits und die akute Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Bedrohung des materiellen Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung andererseits machen eine Abkehr von der bisher betriebenen und jüngst erneut beschlossenen unsocialen und in bezug auf ihre

erklärten Ziele unsicherer Wirtschaftspolitik dringend erforderlich und verlangen unabwiesbar eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik, die den Interessen vor allem der Lohn- und Gehaltsabhängigen, darüber hinaus aber auch den meisten anderen Schichten der Bevölkerung Rechnung trägt.

Vereinbarte Mitteilung

Fünf Tage lang, vom 17. bis 22. November 1975, war eine Delegation der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) unter Leitung ihres Vorsitzenden Ernst Breit zu Gast in der DDR. Damit wurden offizielle Beziehungen zur Schwesterorganisation im FDGB aufgenommen, wie sie bereits auf zahlreichen DPG-Konferenzen gefordert worden waren. Für das Jahr 1976 wurde ein Gegenbesuch vereinbart. Beide Gewerkschaften beschlossen die „Vereinbarte Mitteilung“, die wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen:

Auf Einladung des Präsidiums des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen im FDGB weilte vom 17. bis 22. November 1975 eine Delegation des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft im DGB zu einem Informationsaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie wurde vom Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, geleitet und vom Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen, Karl Iffländer, empfangen. Es fand ein Gespräch mit Johanna Töpfer, Stellvertreterin des Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, statt.

Die Delegation und Vertreter des Zentralvorstandes folgten einer Einladung des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik, Günter Gaus.

Die Delegation hatte Gelegenheit, sich mit der Struktur, den Aufgaben und der Arbeitsweise des FDGB, insbesondere der IG Transport- und Nachrichtenwesen, sowie der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Zentralvorstandes zur allseitigen Interessenvertretung der Mitglieder vertraut zu machen.

Die Delegation hatte Gelegenheit, in Betrieben und Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens der DDR die gewerkschaftliche Arbeit in der Praxis kennenzulernen. Sie besuchte Bildungseinrichtungen der Deutschen Post im Bezirk Halle, Leipzig und Dresden, eine Kindertagesstätte sowie kulturelle Sehenswürdigkeiten.

Während ihres Informationsaufenthaltes führte die Delegation Gespräche mit Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären des Post- und Fernmeldewesens. Dabei wurde auch über aktuelle Probleme der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit gesprochen.

Die Vertreter beider Gewerkschaften sind der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit in vielfältigsten Formen im Interesse der Gewerkschafter vorteilhaft ist. Sie begrüßen die Ergebnisse der europäischen Staatenkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die auch die gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa im Interesse der Fortsetzung des Entspannungsprozesses begünstigen.

Beide Seiten lassen sich davon leiten, normale Beziehungen zwischen dem Zentralvorstand der IG Transport- und Nachrichtenwesen im FDGB und dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft im DGB herzustellen. Deshalb wird zunächst ein Gegenbesuch einer Delegation des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen als Gast des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft für das Jahr 1976 vereinbart.

Die weitere Entwicklung der Beziehungen wird während des Gegenbesuches festgelegt.

FDGB-Jugenddelegation war beim DGB

Wie wir bereits in den NACHRICHTEN Nr. 11/75 kurz meldeten, war eine Delegation des FDGB-Bundesjugendausschusses Gast des Bundesjugendausschusses des DGB. Sie erwiderte damit einen Besuch des DGB-Bundesjugendausschusses von 1973. Beide Seiten vereinbarten eine „Abschlußerklärung“, die in den Gewerkschaftszeitungen der Bundesrepublik nicht veröffentlicht wurde. NACHRICHTEN bringen nachfolgend die wesentlichen Aussagen aus diesem Dokument:

Entsprechend der Vereinbarung des Bundesvorstandes des FDGB und des Bundesvorstandes des DGB weilte auf Einladung des Bundesjugendausschusses des DGB eine Delegation des Jugendausschusses des FDGB vom 26. Oktober bis 1. November 1975 zu einem Informationsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Damit wurde der Besuch einer Delegation des DGB-Bundesjugendausschusses in der Deutschen Demokratischen Republik erwidert. Karl Schwab, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, empfing die Delegation zu einem Gespräch. Der längere Meinungsaustausch verlief in einer sehr offenen Atmosphäre.

Im Rahmen des Programms führte die Delegation des FDGB Gespräche mit Mitgliedern des DGB-Bundesjugendausschusses sowie der DGB-Landesjugendausschüsse von Nordrhein-Westfalen und Hessen. Sie hatte die Möglichkeit, bei zwei Betriebsbesuchen mit Betriebsräten zu sprechen. Außerdem waren Einrichtungen gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit in Hattingen und Oberursel Stationen der Delegationsreise. Der Leiter der Abteilung Jugend beim Bundesvorstand des FDGB, Klaus Umlauf, sprach vor Lehrgangsteilnehmern in der DGB-Bundesschule in Oberursel über die Rolle der Gewerkschafter und ihre Interessenvertretung unter den sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Gespräche und Betriebsbesuche ermöglichten es der Delegation des FDGB, die Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen der Gewerkschafter in der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen.

Die jungen Gewerkschafter des FDGB und des DGB sind der Auffassung, daß Treffen dieser Art ein Beitrag zur Sicherung des Friedens sind. Sie begrüßen die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in der Schlußakte von Helsinki ihren Niederschlag fanden. Es wurde die Auffassung unterstrichen, daß der Entspannungsprozeß fortgesetzt werden muß, insbesondere durch Vereinbarungen über eine wirkungsvolle Abrüstung und das vollständige und umfassende Verbot aller Arten von Massenvernichtungswaffen.

Es besteht Einigkeit, daß die internationale Solidarität gegen den Faschismus und insbesondere gegen die Verbrechen der Regime in Chile und Spanien zu verstärken ist.

Die Delegation des FDGB stattete der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch ab. Sie wurde vom Leiter der Vertretung, Botschafter Dr. Michael Kohl, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen, an dem auch leitende Jugendfunktionäre des DGB teilnahmen.

Die Vertreter der beiden Jugendausschüsse äußerten die Bereitschaft, auf der Grundlage bestehender und noch zu treffender Vereinbarungen ihrer Vorstände, die Kontakte fortzusetzen. Sie sprechen sich dafür aus, daß im Interesse gerade auch der arbeitenden Jugend die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa weiter zu entwickeln ist.

(Entnommen aus: Tribüne)

Der große Bluff

Wir stehen vor einer neuen Tarifrunde. Und wieder einmal werden Legenden verbreitet. Legenden, die dem Bürger Angst einflößen sollen. Und die den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Fesseln anzulegen versuchen. Früher war es das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale. Doch diese Platte ist neuerdings verstummt. Offensichtlich hat sich allmählich herumgesprochen: die Unternehmer machen die Preise weitgehend unabhängig von Tariflohnsteigerungen. Doch die Propagandamühlen der Unternehmer stehen nicht still. So wird dieser Tage ein anderes Gespenst an die Wand gemalt: die Lohn-Arbeitsplatz-Gefahr. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, müßten die Gewinne wachsen. Damit die Unternehmer mehr investieren. Und damit sie neue Arbeitsplätze schaffen. — So einfach ist das also.

Mit derlei Parolen zieht zum Beispiel Bundeswirtschaftsminister Friderichs seit Monaten durch die Länder. Ja, sein Rezept enthält gleich eine doppelte Zumutung: nicht nur, daß die Gewerkschaften Zurückhaltung üben müßten. Nein, gleichzeitig sollen die Unternehmer Steuergeschenke erhalten. Und das zu Zeiten, wo die Bundesregierung den Arbeitnehmern eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verordnet! „Konjunkturpolitik ist Sozialpolitik für Unternehmer“, so hat der Jesuitenpater Professor Wallraff einmal gesagt.

Nun, die Parolen eines unternehmerfreundlichen Laien auf dem Stuhl des Bundeswirtschaftsministers wären noch zu verkraften. Doch die törichte Gleichung: Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze, scheint auch bei anderen Politikern Anklang zu finden. Sagte nicht selbst Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Unternehmerprofite, Verzeihung: die „Erträge“ seien die Arbeitsplätze von morgen? Was ist von solchen Formeln zu halten?

● Tatsächlich sind die Gewinne in diesem Jahr gesunken. Doch die Ursache liegt im Rückgang der Nachfrage. Die Unternehmen können ihre Waren nicht mehr wie im vergangenen Jahr an den Mann bringen. Weder im Inland noch im Ausland. Die Folge ist: Die Anlagen sind nur zu 60 oder zu 70 Prozent ausgelastet. (Übrigens: Die Arbeiter zahlen die Zeche. In Gestalt von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.) Gleichzeitig steigen bei zurückgefahrenen Produktion die Kosten im Vergleich zum Umsatz. Doch nicht, weil z. B. die Lohnkosten objektiv zu hoch wären. Sondern weil die Anlagen mangels Nachfrage nicht ausgelastet sind.

● Doch unterstellen wir einmal, die Gewinne würden durch Lohnverzicht und Steuergeschenke steigen. Würden die Unternehmer dann investieren? Wo doch 30, 40 Prozent ihrer Anlagen nicht ausgelastet sind? Wo also ohnehin investiertes Kapital brachliegt? Wo die Waren zur Zeit nicht abgesetzt werden können? Dies wäre widersinnig. Welcher Unternehmer wird den schon bestehenden Investitionsruinen weitere hinzufügen? Denn der Unternehmer investiert nicht, weil er Geld



hat. Sondern weil und wann er Profit erwartet.

● Wer daher die Konjunktur beleben will, muß Nachfrage schaffen. Daher fordern die Gewerkschaften seit mehr als einem Jahr von den Politikern: Vergebt öffentliche Aufträge! Aber klotzen, nicht kleckern! Nur so kann die Produktion wieder in Gang kommen: über die Nachfrage.

Selbst Wirtschaftsminister Friderichs hat dies zugegeben, offensichtlich ohne es zu wollen. Vor wenigen Tagen appellierte er auf dem Parteitag der FDP an die Verbraucher, mehr zu kaufen und weniger auf die hohe Kante zu legen. Wahrlich ein Meisterstück freidemokratischer Logik: Der Arbeiter soll mit vollen Händen ausgeben und gleichzeitig auf Lohnerhöhung verzichten! Das ist nicht nur Unternehmerpolitik, das ist Dummheit.

● Der erste Teil der Gleichung: Gewinne = Investitionen, geht also nicht auf. Doch nicht nur dies. Auch der zweite Teil: Investitionen = Arbeitsplätze, ist schlicht falsch. Seit knapp zehn Jahren nehmen die Rationalisierungen zu. Immer mehr Gewinne werden dazu verwandt, nicht etwa die Produktionsanlagen zu erweitern, sondern um Arbeitsplätze zu beseitigen. Die Folgen der Investitionszulage sollten erschrecken: Sie wurde im vergangenen Winter beschlossen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Doch die Unternehmer haben sie weitgehend dazu benutzt, um zu rationalisieren und Arbeitsplätze zu vernichten.

Sollen die Arbeitnehmer allen Ernstes auf Lohnerhöhungen verzichten — damit ihre eigenen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden? Soll der Staat durch Steuergeschenke die Vernichtung von Arbeitsplätzen belohnen?

Das sei zugleich all denen ins Stammbuch geschrieben, die blindlings in der „Modernisierung der Wirtschaft“ ihr Heil suchen. Technischer Fortschritt und Rationalisierung können vernünftig, ja notwendig sein. Aber sie sind nicht allein deshalb vernünftig, weil sie privaten Unternehmern nützen. Zum Beispiel, um den Konkurrenten noch schneller abwürgen zu können. Wem nutzen zum Beispiel neue Druckzentren? Etwa den Arbeitnehmern, oder der Volkswirtschaft? Nein, einer handvoll kapitalkräftiger Unternehmer, um andere schneller verdrängen zu können.

Rationalisierungen können nicht länger dem wilden Westen des kapitali-

stischen Machtkampfes überlassen bleiben. Sie müssen geplant werden. Durch Mitbestimmung. Durch demokratische Investitionslenkung. Und letztlich durch Überführung von wirtschaftsbherrschenden Unternehmen und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Solange dies fehlt, ist es ein Irrglaube, daß Unternehmerprofite von heute die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Hüten wir uns also vor falschen Propheten. Und vor den Irrlehren einer kapitalistischen Wirtschaftstheorie. Nicht Theorien zählen. Sondern, wie immer in Tarifkämpfen, allein die Macht. Zur Zeit — so scheint es — haben die Unternehmer die stärkeren Bataillone. Solange den Kollegen die Angst vor Willkür, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im Nacken sitzt. Doch das Blatt kann sich wenden.

Dietlef Hensche in „druck und papier“, Nr. 23 vom 10. November 1975, Seite 4.

Keine Steuergeschenke

Hat nicht etwa das Beispiel der Investitionszulage mit einem Steuergeschenk von rund 8 Milliarden DM an die Unternehmer vom Dezember 1974 gezeigt, daß Steuererleichterungen ein kaum geeignetes Mittel sind, um Investitionsanreize und Konjunkturimpulse zu schaffen. Was nützt es also, wenn man den Unternehmen mehr liquide Mittel zur Verfügung stellt, die sie dann aber nicht für Investitionen verwenden?

Auch die Forderung nach verbesserten Gewinnchancen der Unternehmen kann nicht überzeugen. Ob Unternehmen nämlich investieren, hängt eben nicht nur von den erwarteten Gewinnchancen ab, sondern die produzierten Waren müssen auch auf kaufkräftige Nachfrage am Markt stoßen, und dazu ist eben eine kontinuierliche Steigerung der Masseneinkommen notwendig. Wer gibt im übrigen den Gewerkschaften eine Gewähr dafür, daß maßvolle Tarifabschlüsse nicht durch überzogene Preisforderungen zu überdurchschnittlichen Gewinnsteigerungen der Unternehmen mißbraucht werden, wie wir es ja aus der Situation 1966/67 kennengelernt haben.

„Die Quelle“, Nr. 11, November 1975, Seite 486 — Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Privaten Verbrauch steigern

Für die Arbeitgeberverbände ist immer stärker die Stunde gekommen, in der sie die Erfolge der Gewerkschaften stoppen wollen. Sie streben ein öfentliches Klima an, in dem es wie selbstverständlich erscheint, daß höhere Löhne die Gewinne so anknabbern, daß auch die notwendigen Investitionen nicht mehr getätigt werden kön-

nen. Die Arbeitgeber und ihre Hilfspersonen suggerieren der veröffentlichten Meinung, weniger Investitionen würden automatisch auch weniger Arbeitsplätze bedeuten. Und umgekehrt: Mehr Gewinne würden die Arbeitsplätze sprießen lassen wie Löwenzahn auf der Wiese.

Demnach wäre Wirtschaftspolitik ganz einfach, wenn nur die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften mit einer Lohnpause einverstanden wären.

Am Dienstag dieser Woche hat eine 41köpfige Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern in Bonn eine Denkschrift vorgelegt, die der Meinung scharf widerspricht, höhere Gewinne würden automatisch höhere Investitionen, mehr Produktion und Beschäftigung bringen. Ihre Sprecher, die Professoren Herbert Schui und Pfaffenberger, schreiben der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ins Stammbuch, daß ihre und die Argumente der Arbeitgeber „zu den am wenigsten gesicherten Vermutungen der Ökonomie gehören“.

Nicht Steuererleichterungen reizen in der gegenwärtigen Situation die Unternehmen zu höheren Investitionen, sondern eine sehr viel höhere Nachfrage der Verbraucher. Aber diese Nachfrage springt nur an, wenn der einzelne Bürger ein stärkeres politisches Vertrauen in seine Zukunft hat. Zur Zeit aber sparen die meisten aus Angst vor dieser Zukunft. Und hier sollte Bonn ansetzen.

„Welt der Arbeit“, Nr. 45, 7. November 1975, Seite 2 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Steuerreform entlastet Unternehmer

Pausenlos und einfallsreich trommeln die Unternehmer ihre Forderungen nach Steuersenkungen in die Öffentlichkeit. Sie reichen von einer durchgehenden Senkung der Vermögenssteuer über eine Wiedereinführung der Abzugsfähigkeit gezahlter Vermögenssteuer als Sonderausgabe bei der Einkommensteuer bis hin zur Abschaffung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer, der Reform der Körperschaftsteuer sowie der Einführung eines sogenannten Verlustrücktrages.

Den Steuerausfall ihrer Forderungen spielen die Unternehmensverbände selbst auf einen Betrag von rund 7 Milliarden Mark herunter. Realistischer schon dürften die Angaben des Bundesfinanzministeriums sein, das auf einen Steuerausfall von rund 15 Milliarden Mark kommt...

Die von den Unternehmern erhobenen Forderungen zielen jedoch auf dauerhafte Maßnahmen. Damit wird die eigentliche Absicht deutlich. Ihnen geht es um eine Steuerlast-Umverteilung zu ihren Gunsten. Offenbar ist bei den Unternehmern schon wieder vergessen, daß die Bundesregierung ihnen gerade eine Investitionshilfe mit einer Steuerersparnis von 8 Milliarden Mark zugebilligt hatte.

Von steuerlichen Mehrbelastungen des Unternehmenssektors als Folge der Steuerreform kann überhaupt nicht die Rede sein. Rechnet man alle die Unternehmer betreffenden Maßnahmen im Rahmen der Steuerreform zusammen, ergibt sich unter dem Strich keine Steuermehrbelastung, sondern eine Entlastung von immerhin 1,5 Milliarden Mark.

„Das ÖTV-Magazin“, Nr. 11, September 1975, Seite 7 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Sozialen Besitzstand wahren

Steuererleichterungen für die Unternehmen entziehen dem Staat einerseits Mittel für beschäftigungswirksame Aufträge und geben andererseits den Unternehmen Gelegenheit, Personalkosten an die Arbeitsämter in Form von Arbeitslosengeld abzuwälzen. Deshalb wenden sich die Gewerkschaften entschieden gegen jegliche Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen. In einem besonderen Licht erscheinen diese Bestrebungen unter dem Blickwinkel der von der Bundesregierung geplanten Mehrwertsteuererhöhung, der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und nicht zuletzt der Kampagne gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die durch Kürzungen ihrer Besitzstände kräftig und ungerechterweise zur Ader gelassen werden sollen. Wer allerdings Alternativen von der Opposition erwartete, wurde bisher herb enttäuscht. Nach den Vorstellungen der CDU/CSU sollten im öffentlichen Dienst noch massivere Einsparungen im Personalsektor vorgenommen werden — genannt wurde eine Zahl von 35 000 bis 1977.

Gleichzeitig wird noch Steuererleichterungen das Wort geredet, die — wie bereits an dem Acht-Milliarden-Geschenk der im Juni 1975 ausgelaufenen 7,5prozentigen Investitionszulage bewiesen — keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

Eine Diskussion über die Höhe von Tarifordnungen für 1976 ist unter den gegenwärtigen Umständen mit sehr großen Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsentwicklung behaftet und wäre deshalb verfrüht. Eine Forderung ist heute allerdings schon sicher: Eine Minderung der Realeinkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im kommenden Jahr kommt nicht in Frage. Einschränkungen des sozialen Besitzstandes und im System der sozialen Sicherung sind abzulehnen. Das gleiche gilt für alle Bestrebungen, mit Hilfe von steuerpolitischen Maßnahmen die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Unternehmer zu ändern. Oberstes Ziel jeder Politik muß der Abbau der Arbeitslosigkeit sein.

„Deutsche Post“, Nr. 21, 5. November 1975, Seite 15 — Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

Steigender Profit durch Investitionshilfen

Das Schreckwort Investitionslenkung soll den biederen Republikabstürzern glauben machen, ab morgen — so der ein Quentchen Lenkung Wirklichkeit werde — würde ihm pro Jahr und Person nur noch ein Anzug Maoscher Schnittart zur Verfügung stehen, und die Auswahl seines Schuhwerks sei Aufgabe anonymer Behördenapparate.

Darum aber geht es gar nicht, sondern um ein klein bißchen mehr Klarheit und Vernunft. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hat in diesen Tagen vor Betriebsräten der GfK erklärt, wir wollten mitbestimmen, wohin die Gelder fließen, die wir als Steuerzahler aufbringen. Die Wirtschaft ist, trotz aller Theorien ihrer Jubel-Personen, nicht in der Lage, sich frei zu bewegen und zu erhalten. Ob Bergbau, Landwirtschaft oder Seeschiffbau, alle halten die Hand auf, wenn's Geld vom Staat gibt. Uns kann's nicht gleichgültig sein, was mit diesem Kapital passiert. Das schon deshalb, weil mit einem immer größeren Teil von Investitionen technische Rationalisierung betrieben wird: Neue Maschinen erfordern weniger Arbeiter und produzieren mehr Arbeitslose. Im Klartext: Wer heute Arbeitsplätze vernichtet, wird dafür auch noch belohnt.

Ob als unmittelbar Betroffener oder indirekt als Steuerzahler, wir werden immer und überall die Misere dieser Wirtschaftsordnung zu tragen haben. Den Profit allerdings — und selbst in der Krise läßt er sich erwirtschaften — den machen andere. Denn Investitionshilfen gleich welcher Art tun ein übriges, die ohnehin ungerechte Vermögensverteilung in diesem Land noch mehr zu unseren Ungunsten zu verzerrten.

„Holzarbeiter-Zeitung“, Nr. 11, November 1975, Seite 3 — Monatszeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Keinen blinden Optimismus

Kurzfristig müssen wir aber mit einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosenzahlen rechnen. Mittelfristig ist die Gefahr einer wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit, eines höheren Sockels an dauerhafter Arbeitslosigkeit, keineswegs gebannt.

Falsch wäre blinder Optimismus, auch aus gesellschaftspolitischer Sicht. Die Unternehmer und ihre Verbände werden an ihrer reformfeindlichen Taktik festhalten. Sie werden weiter versuchen, die Regierung unter Druck zu setzen, um die gesellschaftspolitische Ausgangsposition vor den kommenden Auseinandersetzungen zu ihren Gunsten zu verändern.

Eugen Loderer in „Metall“, Nr. 23, 18. November 1975, Seite 11 — Zeitung der IG Metall.

IBFG-Kongreß fordert Kontrolle der multinationalen Konzerne

Gewerkschaftliche Forderungen gegenüber den multinationalen Konzernen (MNK) standen neben anderen Schwerpunkten im Mittelpunkt des 11. Weltkongresses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) vom 19. bis 24. Oktober 1975 in Mexiko-Stadt. Mit der folgenden Information über diese zentrale Frage internationaler Gewerkschaftsarbeit und über andere Probleme setzen NACHRICHTEN (vgl. 11/75, S. 28 und 20 bis 22) die Berichterstattung über den Kongreß fort. Das angenommene Forderungsprogramm zur Kontrolle der Multis bleibt jedoch hinter den Notwendigkeiten zurück.

In der Analyse über die Multis enthält das Dokument einige bemerkenswerte Feststellungen. So wird u. a. gesagt, daß diese Gesellschaften „ihre gewaltigen Geldmittel dazu benutzen, um in die innenpolitischen Angelegenheiten anderer Länder einzugreifen“. „Die dabei angewandten Methoden reichen von der Bestechung von Politikern im großen Maßstab bis zur aktiven Förderung umstürzlerischer Bewegungen, die auf den Sturz demokratisch gewählter Regierungen abzielen.“ An anderer Stelle heißt es: „Eine weitere Vorliebe einiger multinationaler Gesellschaften liegt bei Investitionen in Ländern mit einem Diktatur-Regime, in denen die elementaren menschlichen und gewerkschaftlichen Rechte systematisch mit Füßen getreten werden.“ Die Vorgänge in Chile unterstreichen diese Feststellungen.

Generell verlangt der IBFG in dem angenommenen Dokument als unmittelbares Ziel gewerkschaftlicher Aktionen „die Einführung sozialer Kontrollen über die Tätigkeit dieser Gesellschaften“. Langfristig will man einen Ersatz der internationalen Arbeitsteilung, wie sie von den Multinationals aufgezogen wurde, „durch ein System der internationalen Zusammenarbeit und demokratischen Kontrolle“ sowie damit erreichen, daß „die Industrieproduktion auf eine Befriedigung der Grundbedürfnisse der Massen und nicht auf den privaten Profit einiger weniger ausgerichtet ist“.

Diese Zielstellung ist allerdings mit dem in Mexiko beschlossenen Forderungsprogramm nicht zu erreichen. Das umfangreiche Papier läuft mehr oder weniger darauf hinaus, von den kapitalistischen Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen Gesetze zu verlangen, die den Gewerkschaften ein Recht der Kontrolle bzw. „eine stärkere Mitsprache einräumen“. Mit keinem Wort wird die Eigentumsfrage angesprochen. Zugleich wird der Zustand ignoriert, daß die Regierungen in den kapitalistischen Staaten vom nationalen und internationalen Großkapital beherrscht werden und sich in den letzten Jahrzehnten eine Verschmelzung

der Macht der großen Konzerne mit der Macht des Staates zu einem System ergeben hat. Insbesondere in den USA, Westeuropa und Japan, wo fast alle Multis ihren Stammsitz haben, kann der gewerkschaftliche Kampf gegen diese internationalen Giganten nur erfolgreich sein, wenn er sich zugleich auch gegen die konzernfreundliche Politik der jeweiligen Regierungen richtet.

Immerhin verlangte der IG-Metall-Vorsitzende, Eugen Loderer, in einem recht widersprüchlichen Diskussionsbeitrag die im Papier des IBFG-Kongresses nicht enthaltene Aufgabe der notwendigen Entwicklung einer gewerkschaftlichen Gegenmacht gegenüber den Multis. Zugleich setzte er sich für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen ein und legte dar, daß es notwendig sei, die gewerkschaftlichen Forderungen gegen die multinationalen Konzerne zunächst im nationalen Rahmen zu verwirklichen.

Wie der gesamte IBFG-Kongreß setzte sich auch Eugen Loderer im Gegensatz zu dem Willen von Millionen Mitgliedern über die Angebote des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) hinweg, der kürzlich zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Handeln gegen die Macht der Multis aufgerufen hat. Wenn die Kraft der insgesamt 280 Millionen gewerkschaftlich Organisierten auf dieser Welt (davon WGB rund 150, IBFG 50 Millionen) geschlossen auftritt, wird es möglich sein, die Multis in die Schranken zu verweisen.

Noch immer zeigten sich während des IBFG-Kongresses Tendenzen des kalten Krieges und des Antikommunismus. Beispielsweise wurden die Ergebnisse der KSZE von Helsinki als negativ diffamiert und der bisherige IBFG-Präsident, McDonald (Kanada), behauptete sogar: „Die Konferenz hat auch nicht die geringste Spur von friedlicher Koexistenz für die Menschen in Osteuropa gebracht.“ In der entsprechenden Entscheidung und Entscheidung konnte diese Meinung nicht aufrechterhalten werden. Vielmehr äußerte der IBFG die Hoffnung, daß die KSZE dazu beitragen

möge, die internationalen Spannungen zu beseitigen, und er trat zugleich für eine allgemeine und vollständige Abrüstung ein.

Die Forderung kann um so besser verwirklicht werden, wenn der IBFG-Vorstand seinen tief verwurzelten Antikommunismus überwindet und mit der größten gewerkschaftlichen Internationale, dem WGB, zusammenarbeitet. Das gilt auch für die Verwirklichung weiterer in Mexiko verabschiedeter Dokumente.

Dem Beobachter in Mexiko zeigten sich innerhalb des IBFG beachtliche Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten. Einmal äußerten sich diese zwischen den Gewerkschaften der hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten und denen der Länder der dritten Welt, wo es vor allem um die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe ging. Zum anderen traten auch Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaftsführungen Westeuropas auf. Vor allem zwischen den beiden einflussreichsten und mitgliederstärksten Organisationen, dem britischen TUC (10 Millionen) und dem DGB (7 Millionen), entbrannte hinter den Kulissen nicht nur ein Streit um den Führungsanspruch im IBFG, sondern auch um politische Fragen.

Diese Meinungsverschiedenheiten offenbarten sich insbesondere in der Portugal-Frage. Im Gegensatz zum DGB war der TUC, unterstützt vom belgischen FGTB und dem finnischen SAK, nicht bereit, einer Entschließung zuzustimmen, in der die neuentstandenen portugiesischen Einheitsgewerkschaften und die kommunistische Partei indirekt diffamiert werden.

Meinungsverschiedenheiten gab es auch zur Haltung gegenüber dem USA-Gewerkschaftsbund AFL/CIO. Während sich der DGB jeglicher Kritik enthielt und zu weitgehenden Kompromissen bereit zu sein scheint, um den größten USA-Gewerkschaftsbund wieder in den IBFG zu bringen, hat der TUC in Mexiko die erkonservative Politik des AFL/CIO-Präsidenten, Georges Meany, offen kritisiert.

Der Kongreß verabschiedete auch mehrere Satzungsänderungen: Neben Beitragserhöhungen soll künftig die Legislaturperiode von bisher drei auf vier Jahre ausgedehnt werden und der 25köpfige Vorstand nur einmal jährlich tagen. Große Vollmachten erhielt ein neugeschaffener eifköpfiger Exekutiv-ausschuß. Anstelle des aus Altersgründen zurückgetretenen McDonald wählte der neue Vorstand den Vorsitzenden der Malaysischen Gewerkschaften Narayanan zum neuen IBFG-Präsidenten. Otto Kersten und Heinz Oskar Vetter wurden in ihre Ämter als Generalsekretär bzw. als einer der Vizepräsidenten wiedergewählt. Werner Petschick

Mannheimer SPD-Parteitag gegen Gewerkschaftsforderungen

Der SPD-Parteitag, der vom 11. bis 15. November 1975 im Mannheimer Rosengarten stattfand, hob hervor, daß die SPD sich stärker als Partei der Arbeiter darstellen und auch die Angestellten nicht vernachlässigen wolle. Nach außen hin sollen die Arbeiter und Angestellten der produzierenden Wirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen und Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute mehr als bisher für die aktive Parteilarbeit und für die Übernahme von Mandaten gewonnen werden. Eine Analyse der angenommenen und abgelehnten Anträge sowie ein Vergleich mit gewerkschaftlichen Beschlüssen zeigt, daß dieser Parteitag nicht in einer einzigen wesentlichen Frage die Position der Gewerkschaften und damit die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertrat.

Millionen Arbeiter und Angestellte stehen gegenwärtig im Lohnkampf oder unmittelbar davor. Es wäre doch nur allzu natürlich gewesen, daß eine Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten, sich auf ihrem Parteitag dazu bereitgefunden hätte, diesen Kampf solidarisch zu unterstützen. Doch davon war weder in den Referaten, in den Diskussionsbeiträgen noch in den angenommenen Anträgen ein Hauch zu spüren. Nur in einer einzigen Rede — der des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Schmidt — wurde das Lohnproblem folgendermaßen angesprochen: „Von den Gewerkschaften erwarten wir gesamtwirtschaftliches Augenmaß und hoffen, daß die kommende Lohnrunde erneut beweisen wird, wie sehr die Tarifautonomie zur Stabilität beiträgt.“

Diese Ausführungen können keinesfalls als eine Ermunterung für eine aktive Lohnpolitik betrachtet werden. Das Gegenteil ist der Fall. Das gesamtwirtschaftliche Augenmaß ist nach dem Selbstverständnis Schmidts stets gepaart mit dem Wunsch, die Lohnerhöhungen möglichst niedrig ausfallen zu lassen, um die Unternehmergewinne zu erhöhen.

Oder nehmen wir die Arbeitslosigkeit. 1975 ist das Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik, und aller Voraussicht nach wird die Zahl der Arbeitslosen auch 1976 nicht wesentlich unter der dieses Jahres liegen. Es gibt zwar keinen Redner, der sich nicht zum Prinzip der Vollbeschäftigung bekannte, jedoch hat der Parteitag keinen konkreten Schritt in Richtung Senkung der Arbeitslosenzahlen getan. Im Gegenteil, er hat einem Vorschlag von Hessen-Süd, in Übereinstimmung mit dem DGB kurzfristige Konjunkturprogramme zu entwickeln, die Zustimmung verweigert.

In der Diskussion erklärte die Delegierte Ulrike Mascher, daß es angesichts

einer schrumpfenden Zahl von Arbeitsplätzen notwendig sei, die Arbeitszeit für jeden einzelnen zu verkürzen, so durch gesetzlichen Bildungsurlaub und durch weitere Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze. Jedoch auch hier war der Parteitag nicht bereit, diese konkrete Anregung aufzunehmen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD und Wirtschaftsexperte dieser Partei, Dr. Herbert Ehrenberg, verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß er die Arbeitszeitverkürzung „nicht als Mittel der Wirtschaftspolitik“ betrachte. Er habe „Arbeitszeitverkürzung bisher als einen Wert an sich“ angesehen.

Der Parteitag lehnte einen Antrag ab, der vorsah, das Kurzarbeitergeld so zu gestalten, daß die Nettoeinkommensverluste bei Kurzarbeit die 10-Prozent-Grenze nicht überschreiten, daß es also mindesten 90 Prozent des Nettoeinkommens beträgt. Der DGB forderte auf dem 10. ordentlichen Bundeskongreß, „die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bis zur Höhe von 90 Prozent des bisher erzielten Nettoentgelts“ anzuheben. Ebenso wurde vom Parteitag abgelehnt, sich dafür einzusetzen, den Berechtigungszeitraum, in dem ein Arbeitsloser Arbeitslosengeld beziehen kann, von einem Jahr auf zwei Jahre zu verlängern. Dazu wurde kalt festgestellt, daß „die Änderung nicht als sinnvoll angesehen“ werde.

Schmidt forderte die Gewerkschafter auf, die 1972er „Prüfsteine“ des DGB als Maßstab an die Ergebnisse der SPD-Politik zu legen. Er gab sich offenbar der Hoffnung hin, daß mancher sich nicht mehr so genau daran erinnern kann, was in ihnen steht (vgl. NACHRICHTEN-Sonderdruck, Dokumentation gewerkschaftlicher Beschlüsse 1972, S. 4 f.). Ein Vergleich der Politik der sozialliberalen Koalition mit den DGB-„Prüfsteinen“ zeigt jedoch, daß zwar in wenigen Fragen gewerkschaftlichen Vorstellungen entgegengekommen oder entsprochen wurde, daß aber

in den wesentlichen Punkten, vor allem in denen, die Geld kosten, die „Prüfsteine“ nicht im entferntesten erfüllt wurden.

Es sei daran erinnert, daß an erster Stelle der Wahlforderung des DGB die paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen stand sowie paritätisch zusammengesetzte Wirtschafts- und Sozialräte. Die gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderung wurde vom SPD-Parteitag nicht unterstützt und ein entsprechender Antrag des Bezirks Hessen-Süd lediglich als Material an die Bundestagsfraktion überwiesen. In Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Auffassungen stellte der Antrag fest, daß der von den Koalitionsparteien und der Bundesregierung vorgelegte Regierungsentwurf den Anforderungen an ein Mitbestimmungsgesetz in fast keiner Beziehung gerecht würde.

In seiner Begrüßungsrede hat der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, die SPD davor gewarnt, in einem Mitbestimmungsgesetz Sonderrechte für leitende Angestellte festzuschreiben. Dies sei ein Schritt in die falsche Richtung. Es war immerhin bemerkenswert, daß Vetter nicht mehr die Forderung nach Parität ausdrücklich hervorhob. In der Diskussion hatte der Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, erklärt, daß die Parität unabdingbar notwendig sei, denn es sei im Prinzip gleichgültig, ob die Gewerkschafter im Aufsichtsrat mit sechs zu drei oder mit fünf zu vier abgeschmettert würden.

Die Parität ist eine unabdingbare Voraussetzung, um sich zumindest im innerbetrieblichen Bereich der Unternehmerwillkür erfolgreich entgegenzusetzen zu können. Wenn der Delegierte Manfred Beier (Weser-Ems) den Delegierten zurief, daß es notwendig sei, in der Mitbestimmungsfrage die Augen zuzumachen und nach vorn zu gehen, so läßt sich schon jetzt feststellen, daß dies keine akzeptable Strategie ist. Die Mitbestimmung im Interesse der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften macht es erforderlich, sehenden Auges die Feinde der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung zu erkennen, die eigenen Kräfte zu mobilisieren und zu organisieren und eine solche politische Stimmung im Lande zu schaffen, daß die Mitbestimmung erzwungen werden kann.

Wenn der Parteitag die Erwartung aussprach, daß bei der Regelung des Mitbestimmungskomplexes eine Öffnungsklausel geschaffen wird, die den Tarifvertragsparteien Raum schafft, weitergehende Mitbestimmungsregelungen als die im Gesetz vorgesehenen zu vereinbaren, wird — sollte dem entsprechen werden — zu prüfen sein, ob sich hier gewerkschaftlichen Aktivitäten ein neuer Spielraum eröffnet.

In den DGB-„Prüfsteinen“ wird des weiteren gefordert, die Schlüsselindu-

DGB-Symposium zum Jahr der Frau Betroffene waren unterrepräsentiert

Mit den Themen „Arbeitschancen — Lohngleichheit — Vorurteile“ beschäftigte sich am 6. und 7. November 1975 in Leverkusen ein aus Anlaß des Internationalen Jahres der Frau einberufenes DGB-Symposium. Vor den rund 450 Teilnehmern forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber dazu auf, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, die tatsächliche Situation der Frau darzustellen und nach Wegen zu suchen, die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung auch zu verwirklichen.

„Noch immer hat sich in der Situation der Frau keine prinzipielle Wende vollzogen“, erklärte die DGB-Funktionärin. Die Arbeitschancen der Frauen seien weitaus schlechter als die der Männer, und es sei immer noch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, wenn Frauen versuchten, berufliche und familiäre Aufgaben miteinander in Einklang zu bringen. Erschwert werde ihre Lage zudem noch durch den Mangel an familienunterstützenden Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulhorte, Ganztagschulen usw.

Für die von Maria Weber in ihrer Begrüßungsrede angeführten Probleme wurden von den Experten in ihren Referaten vor dem Plenum und in den Arbeitskreisen zahlreiche Beispiele genannt, die beweisen, wie weit die Bundesrepublik noch von dem Postulat eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates entfernt ist.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, von der besonders die Frauen betroffen sind, war es nur zu verständlich, daß diese Frage zu den meistdiskutierten gehörte. Hanna Herzberg, Hauptvermitt-

lerin beim Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, erklärte, daß es für die 20 616 arbeitslosen teilzeitbeschäftigten Frauen, die vorwiegend als Montierinnen oder in der Textil- und Bekleidungsindustrie tätig gewesen waren, im gesamten Bundesgebiet ganze 342 offene Stellen gebe, die zudem noch so verkehrsgünstig liegen, daß sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum zu erreichen seien.

Sie führte auch Beispiele dafür an, wie sehr die Antreiberei gestiegen ist: „In den Kaufhäusern werden Kassen abgeschafft und eine Kassiererin muß die Arbeit für zwei Kassen machen. Schlangen bilden sich und die Kassiererin ist einem pausenlosen Streß ausgesetzt. Zu- und Hilfsarbeiten im Büro werden auf Sachbearbeiterinnen zusätzlich aufgeteilt. In den Versicherungen muß eine Kraft die doppelte Prämiensumme erarbeiten als noch vor einigen Jahren.“ Auf den Zusammenhang zwischen der unzureichenden Ausbildung der Mädchen und Frauen mit der Arbeitslosigkeit ging der ehemalige Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Walter Henkelmann, ein. Nach sei-

denen die materielle Existenz in erheblichem Maße abhängt. So wurde der Antrag 249 abgelehnt, keine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes vorzunehmen und für die Zukunft eine proportionale Verminderung der Verteidigungslasten zugunsten von anderen wichtigen Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz, Sozialpolitik vorzunehmen. Der Parteitag beschloß lediglich, entgegen dem Votum der Antragskommission, sich der Ausweitung des Rüstungsexports zu widersetzen.

Aber nicht nur in den Fragen, die die unmittelbaren materiellen und sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes berühren, folgte der SPD-Parteitag nicht den gewerkschaftlichen Forderungen, sondern auch in den politischen Fragen, von

denen die materielle Existenz in erheblichem Maße abhängt. So wurde der Antrag 249 abgelehnt, keine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes vorzunehmen und für die Zukunft eine proportionale Verminderung der Verteidigungslasten zugunsten von anderen wichtigen Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz, Sozialpolitik vorzunehmen. Der Parteitag beschloß lediglich, entgegen dem Votum der Antragskommission, sich der Ausweitung des Rüstungsexports zu widersetzen.

In den nächsten Ausgaben werden wir noch andere Aspekte des SPD-Parteitages untersuchen, insbesondere auch solche Themen wie die Investitionslenkung. Schon jetzt ist aber festzustellen, daß sich der Anspruch der SPD, eine Partei zu sein, die sich den Interessen der Arbeiter und Angestellten verpflichtet fühlt, durch diesen Parteitag nicht rechtfertigen läßt. Heinz Schäfer

nen Angaben sind 62,5 Prozent der arbeitslosen Frauen ohne Berufsausbildung.

In drei Arbeitskreisen beschäftigten sich die Teilnehmer mit den bereits zu Anfang genannten Themen. Henny Dreifuß, Mitglied des zentralen Frauenausschusses der IG Druck und Papier, sprach sich in ihrem Diskussionsbeitrag für die volle Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung aus und Claudia Pini kritisierte, daß so wenig Frauen in den Tarifkommissionen und in den Abteilungen für Tarifpolitik der Gewerkschaften tätig seien. Karin Roth, Leiterin der Abteilung Frauen beim DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, warf die Frage auf, welche Funktion die Frauen in diesem kapitalistischen Gesellschaftssystem zu erfüllen haben. Sie würden als Lohnrucker benutzt, in Zeiten der Hochkonjunktur in die Betriebe geholt, um dann in Zeiten der Krise entlassen zu werden. „Diese Funktion muß man den Kolleginnen und Kollegen deutlich machen, denn es geht darum, sie aufzuheben.“

Liesel Winkelsträter, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Chemie-Papier-Keramik, machte darauf aufmerksam, daß es jetzt nicht nur darum ginge, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Die Gewerkschaften hätten es auch bitter nötig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie sie angesichts der Unternehmerangriffe die Löhne der Männer halten könnten.

Nachdem die Ergebnisse der Diskussion in den Arbeitskreisen in Berichten zusammengefaßt dem Plenum vorgetragen worden waren, sprach anstelle der verhinderten Ministerin Focke Ministerialrätin Irene Maier vom Bundesjustizministerium. Ihre Ausführungen, belegt mit zahlreichen Beispielen für das Auseinanderklaffen von Verfassungstext und -wirklichkeit, waren zutreffend. Ihre Schlußfolgerung, daß schon ein „bescheidener Ausgleich der Benachteiligung der Frauen“ nur auf Kosten der Männer möglich sein würde, stieß auf den Widerspruch der Gewerkschafter. Es gehe nicht darum, eine Umverteilung zu Lasten der Männer vorzunehmen, erklärte Peter Raane vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, das könne doch wohl nicht Aufgabe dieser Tagung sein. Eine Umverteilung müsse zu Lasten der Unternehmer erfolgen.

Obwohl das Symposium die Situation der Frauen richtig analysierte, ist kritisch anzumerken, daß diejenigen, die von der Diskriminierung am meisten betroffen sind — die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten — völlig unterrepräsentiert waren. Es wäre erfolgversprechender gewesen, wenn sich die DGB-Spitze dazu durchgerungen hätte, statt der 30 Vertreter aus Unternehmerverbänden und Großunternehmen sowie Dutzender höherer Beamten und Ministerialbürokraten mehr Kolleginnen aus den Betrieben und Verwaltungen einzuladen. G. M.

GdED gegen Ausverkauf der Bahn – für paritätische Mitbestimmung

Am 14. und 15. November 1975 fand in Saarbrücken die 9. Bundespersonal- und Betriebsrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) statt. Rund 850 der 13 000 im Bereich der Bundesbahn und der Privatbahnen gewählten Personal- und Betriebsräte vertraten die Interessen der über 420 000 Eisenbahner. Die Konferenz selbst war überschattet von einer tiefen Unsicherheit, die vor allem im Referat des Gewerkschaftsvorsitzenden Philipp Seibert angesprochen wurde, denn die Stimmen aus dem Unternehmerlager und der Bundesregierung auf Reduzierung des Streckennetzes mehren sich. Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die Diskussion um die paritätische Mitbestimmung. An ihr wollen die Eisenbahner unbedingt festhalten.

Wie berechtigt die Sorge der Eisenbahner um ihre Zukunft ist, zeigte sich 14 Tage nach der Konferenz. In einem Bericht von Bundesverkehrsminister Gscheidle an das Kabinett ist vorgesehen, 14 000 der 29 000 vorhandenen Streckenkilometer stillzulegen. Allein bis 1979 soll sich nach dem bereits von Seeborn und Leber verordneten großen Aderlaß von über 100 000 Eisenbahnern ihre Zahl um weitere 60 000 verringern. Zwar soll das durch natürlichen Abgang erfolgen, aber zahlreiche Eisenbahner zweifeln den Wert solcher Versprechungen an.

Besonders der GdED-Vorsitzende Seibert bezog eindeutig gegen den Ausverkauf der Bahn Stellung. Er sprach auch die Hintermänner an, die sich davon einen größeren Profit versprechen: „Schon vor 10 Jahren hat der Verband der Automobilindustrie schwarz auf weiß nachlesbar betont, er begrüße die Pläne für Streckenstilllegungen, weil diese sich günstig auf den Lkw-Absatz auswirken.“ Nach den jüngsten Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie streben die Unternehmer die Privatisierung fast der gesamten Bahn an. „Auf jeden Fall“ – so Seibert – „sollen das ganze Stückgut und die Busse privatwirtschaftlich betrieben werden! Die Kollegen Busfahrer sollen als Leihfahrer an die neuen Regionalgesellschaften mit beschränkter Haftung ausgeliehen werden!“ Eine ähnliche Forderung habe auch der Deutsche Industrie- und Handelstag sowie der Verband der Automobilindustrie erhoben.

In diesem Zusammenhang erwähnte Seibert die Investitionslenkung, indem er erklärte: „Die in ihrem Profitstreben unersättliche Wirtschaft hat es verdient, über unser aller Befinden nicht länger allein bestimmen zu können, sondern handfeste Orientierungshilfen geliefert zu bekommen.“ Er erinnerte u. a. an das DGB-Grundsatzprogramm, das man „gar nicht oft genug lesen, zitieren und endlich auch befolgen“ solle.

Auch der jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Anfang 1974 noch als Finanzminister die Zahl der zu erhaltenden Streckenkilometer mit 19 000 beziffert hatte, kam in Seiberts Rede nicht ungeschoren davon: „Es hätte dem damaligen Bundesfinanzminister sehr viel besser angestanden, sich einmal ernstlich Gedanken über die längst fällige Umschuldung der Bahn zu machen. Die Eisenbahner sind keine Maschinenstürmer, sie haben aber auch kein Verständnis für Schrumpfungspläne und für die Fortsetzung der Straßenverstopfungspolitik.“

Der GdED-Vorsitzende, der sich ebenso wie der Hauptpersonalratsvorsitzende Gunkel und das für die Personalratsarbeit verantwortliche Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, Quadflieg, für die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung aussprach, ging auf die Unternehmerargumentation ein, daß die Mitbestimmung mit der Verfassung nicht vereinbar sei und erinnerte daran, daß nach den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes „sogar die Enteignung und Vergesellschaftung zulässig sind“. Er bezeichnete das 1974 in Kraft getretene Bundespersonalvertretungsgesetz gegenüber dem Gesetz von 1955 zwar als Fortschritt, jedoch Mitbestimmung in Personalfragen hätten die „Räte heute so wenig wie anno dazumal“.

In einer Entschließung sprach sich die Bundespersonalrätekonferenz für die paritätische Mitbestimmung aus. „Der Hauptvorstand der GdED wird aufgefordert, seine Bemühungen um die Verwirklichung der qualifizierten Mitbestimmung fortzusetzen und zu verstärken.“ Ein Antrag verlangt vom Hauptvorstand der GdED, er möge sich in Zusammenarbeit mit dem DGB dafür einsetzen, „daß gewählte Mitglieder der Personalvertretungen, der Jugendvertretungen und der Betriebsräte sich während ihrer Amtszeit auf eigenen Wunsch vom Wehr- oder Zivildienst zurückstellen lassen können“. G. M.

Angestellte tagten

Vom 20. bis 22. November 1975 fand in Dortmund die 9. Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik statt. 80 Delegierte aus acht Bezirken berieten den Bericht des Bundesangestelltenausschusses und legten mit der Annahme zahlreicher Anträge die Arbeit für die nächsten Jahre fest. In der IG Chemie-Papier-Keramik sind heute über 109 000 Angestellte organisiert.

Die ständig steigende Zahl der Angestellten in der Wirtschaft zwingt die Gewerkschaft dazu, dieser Personengruppe verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Grundlage der Angestelltenarbeit in den nächsten Jahren soll der Antrag 278 des 10. ordentlichen DGB-Kongresses sein. Auf dessen Grundlage will die IG Chemie-Papier-Keramik ein kurz-, mittel- und langfristiges Programm entwickeln, das u. a. folgende Punkte beinhalten soll:

- in der Tarifpolitik sollen alle tarifpolitischen Forderungen auf dem Angestellten Sektor in die tarifpolitische Gesamtkonzeption der Gewerkschaft integriert werden;
- Verwirklichung von gemeinsamen Entgelttarifverträgen;
- Erfassung und Absicherung der außertariflichen Gehälter;
- Sicherung der Arbeitsplätze durch weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs;
- Ausweitung der sozialen Sicherung im Alter;
- Beendigung der laufenden Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschöld, zur aktuellen Lohnsituation, daß das Rezept, daß sich alles mit Lohnverzicht oder Lohnpause regelt, viel zu simpel sei. Der Ausfall der Exportaufträge lasse sich keinesfalls durch eine Senkung der Personalausgaben beheben. Er mache es im Gegenteil notwendig, die Kaufkraft im eigenen Lande pfleglich zu behandeln. Dies habe ganz sicher etwas mit den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten zu tun. Mit tarifpolitischer Zurückhaltung sei die Konjunkturlaute nicht zu beheben.

Es wird sicherlich notwendig sein, daß die Mitglieder der IG Chemie-Papier-Keramik in der anstehenden Tarifrunde sich daran erinnern.

W. M.

Gewerkschafter und Wissenschaftler über Klassenbewußtsein

Arbeiterjugend – Bewußtsein und Aktion“ – unter diesem Thema stellte das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Frankfurt) eine Tagung, die in ihrer Art neu war. Am 22. November 1975 trafen sich im Mörfeldener Bürgerhaus aktive Vertreter der Arbeiterjugendbewegung und engagierte Wissenschaftler – vor allem aus dem Bereich der Jugendforschung –, um Probleme des gemeinsamen Interesses zu diskutieren.

Der Direktor des Instituts, Prof. Schleifstein, umriß die Aufgabenstellung der Konferenz so: „Wir sind sicher, daß unsere Beratung allen – sowohl den Wissenschaftlern als auch den Aktiven der Arbeiterjugend – Erfahrungen und Anregungen geben wird, die uns weiterhelfen, bessere Lösungen und Methoden zu finden.“ Die einleitenden Referate wurden gehalten von Wolfgang Gehrcke, Bundesvorsitzender der SDAJ, und Dr. Johannes von Heiseler, Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen.

Gehrckes Ausgangspunkt war die zentrale DGB-Aktion am 8. November in Dortmund, „ein Höhepunkt demokratischer Tätigkeit und eine Demonstration der Kraft und Stärke der organisierten Arbeiter- und Jugendbewegung“. Die neue Stufe, die die Jugendbewegung erreicht hat, umriß Gehrcke mit den Worten: „Im Verlauf der krisenhaften Entwicklung der letzten beiden Jahre hat sich ein ständig wachsender Teil der Millionen Jugendlichen, die direkt von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, aktiv für seine Rechte eingesetzt. Mehr als 300 000 Lehrlinge und junge Arbeiter, Schüler und Studenten haben sich an Aktionen und Demonstrationen unmittelbar beteiligt. Der Anteil der Arbeiterjugend an diesen Demonstrationen überwiegt bei weitem. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik hat damit die Arbeiterjugend in einem solchen Umfang den Kampf für soziale und politische Forderungen geführt.“

Ausführlich ging Gehrcke auf die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, des Lehrstellenmangels und der Berufsbildungsmisere ein. Die grundlegende Ursache sah er im kapitalistischen Gesellschaftssystem, das immer tiefer in seine allgemeine Krise gerät. Der Referent stellte dar, daß die Herrschenden die Angriffe auf die Rechte der Jugend auf allen Gebieten verschärfen. Er kam zu der Schlußfolgerung: „Die Lage der Jugend hat sich in der Krise enorm verschlechtert. Nicht nur einzelne sind von dieser oder jener Auswirkung betroffen, sondern die Masse der Jugend sieht sich voll den Krisenfolgen ausge-

setzt. Es ist daher berechtigt, von Notständen der Jugend zu sprechen.“

Zum Abschluß formulierte der SDAJ-Vorsitzende einige Aufgaben, die sich für Marxisten ergeben. Die in der Aktion entstehenden elementaren Bewußtseinsformen seien zu sozialistischem Bewußtsein zu entwickeln. Der Sozialismus sei noch überzeugender als Systemalternative darzustellen. Das Zusammenwirken der demokratischen Jugendverbände, der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten sowie aller Generationen der arbeitenden Menschen sei zu festigen und auszubauen. Und nicht zuletzt die Stärkung des marxistischen Jugendverbandes sei eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterführung der Aktionsfähigkeit.

Heiseler beschäftigte sich mit der Entstehung des gewerkschaftlichen Bewußtseins, das er als eine erste Stufe des entwickelten sozialistischen Klassenbewußtseins bezeichnete. Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der Diskussion betrachtete der Redner als wichtige Voraussetzung für die Entstehung gewerkschaftlichen Bewußtseins. Dies könne im Betrieb „die Arbeit des Jugendsprechers sein, die eine solche Öffentlichkeit herstellt, oder eine gewerkschaftliche oder politische Betriebszeitung. Außerhalb des Betriebes kann es das Leben einer Gruppe der Gewerkschaftsjugend, der SDAJ oder in einer anderen Arbeiterjugendorganisation sein, ein arbeitendes Zentrum oder eine gewerkschaftliche Bildungsveranstaltung“.

Bedeutsam sei es, inwieweit der betriebliche Widerspruch als die gesamte Gesellschaft umfassende Widerspruch erfaßt werde. „Die Vermittlung der erfahrenen Widersprüche als allgemeine, die gesamte Gesellschaft durchziehende, die Verallgemeinerung der betrieblich erfahrenen Widersprüche bis auf die Ebene der Gesamtgesellschaft ist eine wichtige Aufgabe der Bildungsanstrengungen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung.“

Als eine Schlußfolgerung betonte der Referent, daß die Unmöglichkeit des

Stehenbleibens auf der Stufe des „gewerkschaftlichen Bewußtseins“ die Notwendigkeit und Aufgaben der marxistischen Jugendorganisation und der marxistischen Partei der Arbeiterklasse begründe.

In der anschließenden Diskussion in drei Arbeitsgemeinschaften tauschten Jugendvertreter, Betriebsräte, SDAJler, Gewerkschaftsfunktionäre und Wissenschaftler wertvolle Erfahrungen erfolgreicher Aktionen gegen Lehrstellenabbau und Unternehmerwillkür, für bessere Berufsausbildung, Mitbestimmung und sinnvolle Freizeitmöglichkeiten aus. Durchgängiger Gesichtspunkt war: für die Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterjugend ist das Anknüpfen an die eigenen Aktionserfahrungen notwendig.

Der Tagung schloß sich ein Kolloquium an, das die wissenschaftlich Tätigen zu einem ausführlicheren Meinungsaustausch zusammenbrachte. Daß sich die Tagung als mitten in der Bewegung stehend empfand, zeigte die Solidaritätssammlung von 737 DM für die streikende Eies-Belegschaft und ein Grußschreiben an die Marburger Studenten, die ihren demokratisch gewählten ASTA verteidigten. Die Tagung des IMSF war ein guter Anfang, der den aktiv in der Bewegung Stehenden die nicht immer vorhandenen theoretischen Schlußfolgerungen deutlicher werden ließ, aber auch den vorwiegend theoretisch Arbeitenden die Erfahrungen aus dem praktischen Kampf näherbrachte.

Wolfgang Bartels

Kündigung rechtlich unwirksam

Das Arbeitsgericht Gießen hat am 18. November 1975 festgestellt, daß die Kündigung von Barbara Degen, der Leiterin der Kreisvolkshochschule Friedberg und stellvertretenden Personalratsvorsitzenden des Friedberger Landratsamtes, rechtlich unwirksam ist. Die CDU des Wetteraukreises hatte jahrelang gefordert, Barbara Degen wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Auf den massiven Druck hin beurlaubte der Kreisausschuß im November 1974 Barbara Degen unter fadenscheinigen Vorwänden und entließ sie im September 1975.

Der Gerichtsentscheidung, daß die Kündigung rechtlich unwirksam ist, war eine breite Solidaritätsbewegung vorausgegangen. U. a. haben sich über 2000 Bürger des Wetteraukreises, 100 hauptberufliche Mitarbeiter an Volkshochschulen, 400 hessische Gewerkschaftsfunktionäre und viele SPD- und Gewerkschaftsgremien für die Weiterbeschäftigung von Barbara Degen ausgesprochen.

DGB-Aktion in Dortmund: Demonstration gewerkschaftl. Kraft

8. November 1975 in Dortmund. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte aufgerufen, gegen Arbeitslosigkeit, für wirksame Mitbestimmung und bessere Berufsausbildung zu demonstrieren. Solch eine machtvolle Aktion hat das westfälische Industriezentrum lange nicht mehr erlebt. Weit über 50 000 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet waren gekommen. Interne Polizeiberichte schätzten die Teilnehmerzahl sogar auf über 70 000. Stundenlang bewegte sich der Demonstrationzug vom Hauptbahnhof durch die Dortmunder Innenstadt zur Westfalenhalle. Und als die dortige Kundgebung beendet wurde, waren noch immer nicht alle Teilnehmer an der Halle eingetroffen.

Da die Halle nur 25 000 Teilnehmer faßte und wegen Überfüllung geschlossen werden mußte, konnten die anderen Teilnehmer die Reden nur über Lautsprecher an den Halleneingängen verfolgen. Immer wieder wurde die Frage laut, warum der DGB diese Kundgebung nicht unter freiem Himmel durchführte, um allen die Möglichkeit zur direkten Teilnahme zu geben. Oft fielen auch kritische Worte darüber, daß der DGB längst nicht alle Möglichkeiten der Mobilisierung genutzt hatte.

Immer wieder wurde den Teilnehmern bewußt: Diese Aktion ist ein Höhepunkt des solidarischen Handelns von jungen und erwachsenen Kollegen, von deutschen und ausländischen Arbeitern sowie von Gewerkschaftern, Schülern und Studenten. In großer Breite war diese Aktion vorbereitet worden. Zahlreiche demokratische Jugendverbände und Studentenvertretungen hatten zur Unterstützung aufgerufen.

In seiner Rede bedankte sich der DGB-Vorsitzende Vetter für die breit geübte Solidarität. Unter Beifall rief er aus: „Wir sind hier, um zu demonstrieren gegen das, was uns in Wirtschaft und Gesellschaft nicht paßt und was wir uns nach zwei Perioden sozialliberaler Koalition auch nicht bieten lassen.“ Vetter prangerte die Unternehmer als Krisengewinnler an: „Die Unternehmer scheuen sich nicht, aus der Krise im wahrsten Sinne des Wortes Kapital zu schlagen... Die Krise ist die Stunde der Unternehmer.“ Und zur aktuellen Wirtschaftslage erklärte der DGB-Vorsitzende: „Eine Wiederbelebung der Wirtschaft kann nur durch eine Stärkung der Nachfrage erreicht werden. Darum fordern wir angemessene Lohnerhöhungen.“

Den Schwerpunkt seiner Rede legte Vetter auf die Mitbestimmung. Er berichtete von einem Brief, mit dem Bundeskanzler Schmidt die Gewerkschaften auf den Regierungsentwurf zur Mitbestimmung einschwören wollte. Schmidt habe Vetter aufgefordert, auf

der Kundgebung Kompromißbereitschaft in der Mitbestimmungsfrage zu erkennen zu geben. Vettters Antwort: „Unsere Linie ist die Meinung der Mitglieder, und sonst gar nichts.“

Und trotzdem gab der DGB-Vorsitzende Anlaß zu Kritik aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Kollegen, da er als Ausweg aus der „Angst vor dem Pakt“ die Lösung des neutralen Mannes in der Montan-Mitbestimmung propagierte. Das entspricht nicht der gewerkschaftlichen Forderung nach voller Parität, weil in der Praxis der Montan-Mitbestimmung der „neutrale Mann“ stets zugunsten der Unternehmer abstimmt. Beifall wiederum fanden Vettters Aussagen zur notwendigen Stärkung der Einheitsgewerkschaft: „Mit der Schwächung der Gewerkschaften beginnt das Ende der Demokratie.“

Maria Weber, stellvertretende DGB-Vorsitzende, konzentrierte sich in ihren Ausführungen vor allem auf die Berufsausbildung. Scharf ging sie mit den Unternehmern ins Gericht: „Die Störenfriede und Machtpolitiker, das sind die Kammern der Wirtschaft und ihre Zusammenschlüsse als die Speerspitze der Unternehmerorganisationen gegen die Arbeitnehmerinteressen und gegen die Berufsbildungsreform.“ Und den Entwurf der Bundesregierung zum Berufsbildungsgesetz verurteilte Maria Weber: „Ein Berufsbildungsgesetz in dieser Form darf nicht verabschiedet werden.“

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende forderte auf: „Der politische Kampf um das neue Berufsbildungsgesetz muß verstärkt fortgeführt werden.“ Und sie gab die Orientierung, wie es nach dem 8. November weitergeht: „Wir müssen durch konkrete gewerkschaftliche Aktionen, durch unsere politische Arbeit und durch unser gemeinsames Handeln die Reform vorantreiben und durchsetzen.“

Den Schlußpunkt der Dortmunder Kundgebung setzte Karl Schwab, Mit-

glied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Er gab den Hinweis, wo das notwendige Geld für Reformen zu holen ist: „Daumenschrauben müssen bei den Gewinnen von Horten, Linsenhoff und Flick angesetzt werden. Bei denen wäre auf einen Schlag eine Milliarde zu holen.“

Wütend reagierten die Unternehmer auf die DGB-Kundgebung. Die Reden von Vetter und Maria Weber taten sie als „ungeheuerliche Unterstellungen“ ab. Und die „Frankfurter Allgemeine“ wußte vom SPD-Parteitag — der wenige Stunden nach der Dortmunder Kundgebung eröffnet wurde — zu berichten, daß die Führungskreise der SPD „nicht sehr glücklich“ über diese Kundgebung seien.

„Nicht sehr glücklich“ war auch die winzig kleine Minderheit maoistischer Grüppchen. Teils hatten sie zum Boykott, teils zur Spaltung der DGB-Aktion aufgerufen. Die machtvolle und einheitliche Demonstration gewerkschaftlicher Stärke hat die völlige Isolierung dieser

Sprechchöre in Dortmund

Jung und alt sind arbeitslos,
Sohl und Schleyer machen Moos!

Wir sagen Kanzler Schmidt:
Da macht die Jugend nicht mehr mit!

Mit der Rüstung sind sie fix,
für die Bildung tun sie nix!

Ohne Lehre, ohne Kohlen,
Die Bosse soll der Teufel holen!

Jetzt geht es los:
Bessere Bildung und mehr Moos!

Stempeln gehn ist keine Tugend —
Arbeitsplätze braucht die Jugend!

Keine Rüstungs-Subventionen,
sondern Bildung für Millionen.

Die Lehrstellen werden verknappt,
damit die Ausbeutung besser klappt.

Gruppen nur um so deutlicher unterstrichen. Wann immer vereinzelt Maoisten auftauchten, mußten sie sich diesen Spruch anhören: „Mein Gott Walter, schon wieder diese Spalter!“

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Der 8. November war ein Höhepunkt gewerkschaftlicher Aktionen. Dort wurde die Kampfbereitschaft und Kraft der Kollegen aus den Betrieben demonstriert. Es wurde deutlich gemacht, daß es auch in der zugespitzten Krise darum geht, die errungenen Rechte zu verteidigen und auszubauen. Nicht buckeln, sondern kämpfen ist die Devise.

Wolfgang Bartels

Vom Bundestag bis zu Elternbeiräten verstärkte Unternehmertätigkeit

Der „arbeitgeber“, das offizielle Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), hat vor kurzem ein Doppelheft zu dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmer“ (Heft 15–16/27 — 1975) herausgebracht. Es enthält wichtige Überlegungen der Unternehmer zur stärkeren politischen und ideologischen Beeinflussung der gesamten Bevölkerung.

Bewußt wenden sich die Unternehmer in der gegenwärtigen Krise verstärkt der Öffentlichkeitsarbeit zu; denn „mehr Basisarbeit tut not... wenn unser System die bevorstehenden sozialen Spannungen überleben soll“ (arbeitgeber Nr. 18/26 — 1974) und „Krisenzeiten sind Lesezeiten. Die Lernbereitschaft für wirtschaftliche Probleme ist zur Zeit so groß wie nie zuvor.“ Als wichtigstes Mittel einer gezielten unternehmerischen Öffentlichkeitsarbeit hatte die BDA bereits im Juni 1974 den Aufbau von „Unternehmer-Kontakt-Gruppen vor Ort“ vorgeschlagen (siehe NACHRICHTEN Nr. 10/74) aus der „Notwendigkeit, daß

— die Bevölkerung über die unternehmerischen Funktionen in Betrieb und Gesellschaft intensiver unterrichtet werden muß,

— daß solidarisches unternehmerisches Vorgehen die Wirkungschancen in der öffentlichen Aufklärungsarbeit verbessert,

— daß es mehr persönlichen unternehmerischen Engagements bedarf, um den Gefährdungen von Marktwirtschaft und Unternehmen entgegenzuwirken,

— daß diese Arbeit als gesellschaftspolitische Aufgabe der Unternehmer vorangetrieben werden muß.“

Der „arbeitgeber“ berichtet nunmehr, daß den Unternehmer-Kontaktgruppen der „Durchbruch gelungen“ sei und man kurz vor dem Abschluß der Aufbau-Phase stehe. In der Bundesrepublik haben nach den Befragungen der BDA rund 50 Verbände den Aufbau von Kontaktgruppen realisiert, etwa 1200 bis 1300 Unternehmer haben sich „spontan für die Mitarbeit in diesen Gruppen gemeldet“. Ein Beispiel: In Bayern wurden bis zum Jahresende 1974 18 Gruppen gebildet, bis zum Jahresende 1975 sollen es 30 Gruppen sein.

Wichtigstes Tätigkeitsfeld dieser Gruppen ist neben der intensiven persönlichen Kontaktpflege zu allen wichtigen Institutionen am Ort die Beeinflussung der Massenmedien und die bessere Public-Relations-Arbeit der Unternehmen. Empfohlen werden Pressekolloquien, Leserbriefe und Berichte an die örtliche Presse und die engere Zusam-

menarbeit mit Fernsehredaktionen. Die Unternehmer sollten „viel härter kämpfen“, wenn „falsch“ berichtet wird.

Empfohlen wird auch die Mitarbeit in wichtigen örtlichen Gremien (Elternbeiräten) und vor allem in den bürgerlichen Parteien. Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Dr. Plettner, berichtet von der Absicht des Siemens-Konzerns, „geeignete Mitarbeiter bei der Ausübung eines öffentlichen Mandates weiterzubezahlen“, denn: „Für mich ist die verantwortungsvolle Tätigkeit in einem Gemeinderat ebenso bedeutungsvoll wie der Dienst bei Siemens.“ Dabei gilt selbstverständlich — wer hätte anderes vermutet — „die klare Einschränkung auf Parteien, die unsere Ordnung bejahen“.

Als besonders wichtige Zielgruppe werden von den Unternehmern die Arbeiter und Angestellten des eigenen Betriebes angesehen. Hier reichen die

Vorschläge von dem Ausbau der Werksbibliothek, den verstärkten Einsatz von Werkszeitungen bis hin zur besseren Benutzung der Betriebsversammlung („wo sind die Betriebsversammlungen, die von der Unternehmensleitung allein zur — verständlicheren — Information der Arbeitnehmer sowohl über die konkrete Betriebssituation als auch über die allgemeine Wirtschaftslage einberufen werden?“) und zu dem Vorschlag, bei „jedem Flugblatt von Systemüberwindern ein Gegenflugblatt der Betriebsleitung“ herauszubringen.

Schließlich spart der „arbeitgeber“ nicht mit Ratschlägen, wie man „in der Sprache der Arbeitnehmer“ seine Meinungen taktisch klug verbreitet. Besonders Überzeugungskraft käme Zitaten zu, die von „links“ kämen („besonnene Stellungnahmen von Regierungsvertretern, Gewerkschaftern oder Schriftstellern, die als „links“ galten oder gelten“). Empfohlen wird auch das „persönliche Bekenntnis zur Notwendigkeit von breit gelagerter Vermögensbildung“.

Das Fazit der Unternehmer: „In Zeiten, in denen nicht alles glatt läuft, in denen Entscheidungen schwieriger und in ihren Auswirkungen unerfreulicher werden, sind wohlverstandene Public Relations notwendiger als zuvor. Sie werden dazu beitragen, den Interessenkonflikt zwischen den Gesellschaftsgruppen abzubauen, die Identifikationsbereitschaft der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen zu verbessern, sie werden die bessere Lösung für zahlreiche Gemeinschaftsaufgaben bieten.“ B. D.

Im Dienste des Kapitals

Zwischen dem „Handelsblatt“ und der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) ist es kürzlich zu einer Kontroverse gekommen. Der Anlaß: Ende Oktober und wiederholt Ende November veröffentlichte das großbürgerliche Wirtschaftsorgan „Handelsblatt“ eine mit offenkundigem Behagen dem „Sicherheits-Berater“ entnommene Publikation, in der die Volkskorrespondenten der UZ — ohne ein einziges Beispiel nennen zu können — rundweg der „nachrichtendienstlichen Tätigkeit“ für eine fremde Macht, also der Spionage, bezichtigt werden.

UZ-Chefredakteur Polikeit protestierte mit Nachdruck: „Es ist eine berüchtigte Methode aus der unrühmlichen Zeit des kalten Krieges, journalistische Tätigkeit, die gewissen Kreisen in unserem Lande nicht paßt, als nachrichtendienstliche Aktivität und Spionagetätigkeit zu diffamieren. Grotesk und einfallig arm erscheint es jedoch, daß Ihre Zei-

tung diese Methode zu einem Zeitpunkt wieder aufwärmt, da sich die maßgeblichen Bonner Politiker und ihre Propagandisten als eifrige Fürsprecher des „freien Austausches von Meinungen und Informationen“ zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen darstellen. Das soziale Geschehen in den Betrieben aber soll offenbar gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit des eigenen Landes abgeschirmter Ausnahmehereich sein, der dem „freien Fluß von Informationen und Meinungen“ entzogen ist.“

Darum nämlich geht es, daß die UZ-Volkskorrespondenten, die zugleich Arbeiter und Gewerkschafter sind, über Vorgänge in den Betrieben berichten, über Forderungen, Unternehmerwillkür usw. In der Regel ist die UZ die einzige Zeitung in der BRD, die systematisch den Unternehmer-„Herrn-im-Hause“ aus- und oftmals heimleuchtet. Und das mit Hilfe ihrer Arbeiter- und Volks-

Zum Verlust des Arbeitsplatzes Einschränkung sozialer Leistungen

1974 waren bei den Arbeitsämtern der Bundesrepublik im Durchschnitt 582 500 Arbeitslose registriert. Seit Beginn dieses Jahres melden die Arbeitsämter Monat für Monat mehr als eine Million Arbeitslose. Hunderttausende ausländische Arbeiter haben bereits die Bundesrepublik verlassen, sonst wäre die Zahl noch wesentlich höher. Für den kommenden Winter wird mit einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf 1,5 Millionen gerechnet.

Immer größer wird die Zahl derjenigen, die nur noch Arbeitslosenhilfe erhalten. Diese aber ist nicht nur geringer als das Arbeitslosengeld, sondern sie wird ausschließlich nach Bedürftigkeitsgrundsätzen gezahlt. Anderes Einkommen (z. B. Kriegsbeschädigtenrente) und Einkünfte der Familienangehörigen führen zur Kürzung oder sogar zum vollen Wegfall. Mit Recht hat daher die IG Metall gefordert, die Zahlung des Arbeitslosengeldes zu verlängern, nachdem der 10. Bundeskongreß des DGB bereits die Erhöhung des Arbeitslosen- und des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent des Nettoverdienstes verlangt hatte.

Doch in Bonn steht nicht Verbesserung des sozialen Leistungsrechtes auf der Tagesordnung, sondern soziale Demonstration. Die SPD/FDP-Koalition, 1969 mit viel Vorschußlorbeeren als „Regierung der sozialen Reformen“ bedacht, betätigt sich jetzt, beifällig assistiert von der CDU/CSU, als antisoziales Streichduett. Was gestern noch als Erfolg der sozialen Reformpolitik gelobt wurde, wird heute als „Wildwuchs“ eingeschränkt oder gar ganz gestrichen.

Im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) werden zugleich Leistungen eingeschränkt und der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab Januar 1976 von 2 auf 3 Prozent erhöht. Damit werden im Jahr 1976 den Arbeitern und

Angestellten direkt 1,9 Milliarden DM aus der Tasche gezogen. Weitere 1,9 Milliarden DM, der sogenannte Arbeitgeberanteil, werden über steigende Preise auf die Konsumenten und damit wiederum vorwiegend auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner abgewälzt.

Dabei muß man diese Beitragserhöhung im Zusammenhang mit allen übrigen Steuer-, Preis-, Miet- und Gebührenerhöhungen, vor allem aber auch mit der Steigerung des Krankenversicherungsbeitrages sehen. Insgesamt ergibt sich binnen eines Jahres ein Anwachsen des gesamten Sozialversicherungsbeitrages um 2,5 Prozent auf schätzungsweise 32 Prozent 1976 gegenüber 19,2 Prozent 1950 und noch 22,2 Prozent 1963.

Weitere 900 Millionen DM werden im nächsten Jahr im AFG durch eine Reduzierung der Förderung für berufliche Bildungsmaßnahmen eingespart. Nur wer sechs Jahre berufstätig war, soll überhaupt noch gefördert werden. Nichtbeitragszahler erhalten, wenn sie ohne berufliche Weiterbildung keine Arbeit finden, keine Zuschüsse, sondern bestenfalls nur noch Darlehen. Das Unterhaltsgeld für Arbeitslose und ungelernte Teilnehmer an der Weiterbildung wird von jetzt 90 auf 80 Prozent des früheren Nettoeinkommens, für die übrigen Teilnehmer auf 58 Pro-

zent gesenkt. Für Arbeitslose, deren Ehegatte erwerbstätig ist, sollen die Arbeitslosengeldsätze vermindert werden. Das Kurzarbeitergeld für gesetzliche Feiertage, der Zuschlag zum Schlechtwettergeld und der Anspruch für Schüler und Studenten auf Arbeitslosenhilfe sollen ganz gestrichen werden.

Außerdem ist geplant, den Begriff der „Zumutbarkeit“ bei der Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes für Arbeitslose einzuengen. Bei Strafe des Entzugs des Arbeitslosengeldes würden viele gezwungen sein, eine Arbeit aufzunehmen, die sie jetzt noch ablehnen können. Dabei wurde schon nach den gültigen Bestimmungen des AFG Tausenden Arbeitern und Angestellten das Arbeitslosengeld gesperrt, weil sie die angebotene Vermittlung auf einen ihnen nicht zumutbaren Arbeitsplatz abgelehnt haben. Frauen wurde und wird das Arbeitslosengeld gestrichen, weil sie sich nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes ausschließlich ihrer Familie gewidmet haben.

Künftig sollen die Bestimmungen noch verschärft werden. Ein Arbeitsloser wird eine Tätigkeit nicht deshalb mehr als unzumutbar ablehnen können, weil sie nicht seiner bisherigen Arbeit entspricht, der neue Arbeitsplatz von seinem Wohnort weiter entfernt ist oder die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als die seiner bisherigen Tätigkeit. Arbeitslos gewordene Kolleginnen und Kollegen sollen also genötigt werden, eine Arbeit aufzunehmen, die für sie eine wesentliche Verschlechterung ihres sozialen Status und Lebensstandards zur Folge hat.

Für diese Einschränkung des Grundrechtes der „freien Berufswahl“ versuchen Bonner Minister und Abgeordnete in der Arbeiterschaft Stimmung zu machen. Aber ist es nicht das legitime Recht jedes arbeitenden Menschen, den durch seine Arbeit und gewerkschaftlichen Kampf erreichten Lebensstandard und berufliche Stellung zu verteidigen und sich nicht sozial degradieren zu lassen?

Die Gewerkschaften haben in Jahrzehnten diese sozialen Rechte und Leistungen erkämpft, nicht damit sie dann wieder eingeschränkt oder gestrichen werden, wenn mehr Arbeiter und Angestellte als sonst darauf angewiesen sind.

Die soziale Hauptfrage der Gegenwart ist neben der Eindämmung der inflationären Preis-, Miet- und Gebührenentwicklung, die durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer erneut kräftig angeheizt wird, die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Überwindung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Einschränkung sozialer Leistungen aber schmälert die Massenkauftkraft und gefährdet damit weitere Arbeitsplätze.

Bau- und Holzarbeiter berieten über sozialen Wohnungsbau

Die VII. Internationale Konferenz der Gewerkschaften der Beschäftigten der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie fand vom 27. bis 30. Oktober 1975 in Prag statt. Ihr voraus ging ein gemeinsam vom Weltgewerkschaftsbund (WGB) und der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie im WGB (UITBB) organisiertes Internationales Symposium zu Fragen des sozialen Wohnungsbaus. Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen verschiedenster Orientierung und aus Ländern verschiedener sozialer Systeme nahmen daran teil.

Mehr als 200 der 250 Delegierten, Beobachter und Gäste, die über 18 Millionen gewerkschaftlich organisierte Bau- und Holzarbeiter vertraten, diskutierten auf der Konferenz, dem Symposium, in Arbeitsgruppen und den Kommissionen. Der Vertreter der französischen Bauarbeitergewerkschaft im CGT, Pierre Mazé, erklärte auf dem Wohnungsbau-Symposium u. a., daß zwar in der Charta der Vereinten Nationen und in den Verfassungen und Grundgesetzen vieler Länder das Recht auf eine Wohnung fest verankert sei. „Dennoch lebt rund ein Drittel der Weltbevölkerung in Elendsquartieren oder unter ähnlichen unwürdigen Bedingungen.“

Vertreter der Gewerkschaften Italiens, Großbritanniens, Japans, Australiens und aus anderen kapitalistischen Ländern unterstrichen anhand konkreter Fakten diese Aussage und wiesen nach, daß die Misere ihre Ursache in der auf Profit orientierten Gesellschaft habe. Vertreter der Gewerkschaften aus jenen Entwicklungsländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas, in denen der privatkapitalistische Sektor in der Wirtschaft überwiegt, sagten aus, daß sich auch dort die Wohnungssituation zum Schaden der Arbeiter verschlechtert. Demgegenüber stellten die Vertreter der Gewerkschaften der sozialistischen Länder fest, daß Wohnungsbau und Wohnungspolitik in ihren Staaten eines der wichtigsten Anliegen der Regierungen und der Gewerkschaften seien und daß das Recht auf eine Wohnung mit stabiler und niedriger Miete realisiert werde.

Ergebnis der Aussprache war eine gewerkschaftliche „Forderungscharta für den sozialen Wohnungs- und Städtebau“. In ihr werden u. a. das Recht auf eine Wohnung, die Schaffung entsprechender Reserven an Grund und Boden, die Anfertigung von städtebaulichen Studien, der Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung des Wohnungswesens und die Nutzung der Möglichkeiten der Industrialisierung des Wohnungsbaus, ohne daß daraus Nachteile für die Arbeiter entstehen, gefordert.

Unmittelbar nach dem Symposium fand die VII. Internationale Konferenz statt. Vertreter von 71 Gewerkschaften nahmen daran teil, davon 39, die nicht der UITBB angehören. Von der Konferenz wurde eine umfassende Analyse der Lage der Beschäftigten in der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie erarbeitet und auf gemeinsame Aktionen für Arbeitsplatzsicherheit, Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, für die Interessen der Jugendlichen und Frauen sowie der ausländischen Arbeiter orientiert.

Ebenso wie auf dem Wohnungsbau-Symposium wurde auf der Konferenz festgestellt, daß die sozialen und ökonomischen Forderungen der Bauarbeiter nur im Frieden erfolgreich vertreten werden können. Deshalb sei auch die Festigung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, der Aktionseinheit für die Sicherung des Friedens und der Entspannung eine Notwendigkeit.

Alle diese Gedanken, einschließlich notwendiger gewerkschaftlicher Aktionen gegen die Folgen der kapitalistischen Krise, wurden in die beschlossenen Dokumente aufgenommen. So in das Dokument „Sozialökonomische Probleme der Werktätigen des Bauwesens, der holzverarbeitenden Industrie und der Baumaterialienindustrie und die Aufgaben der Gewerkschaften zur Verwirklichung ihrer Forderungen“ und in die Resolution über die „Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen und der Völker für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und sozialen Fortschritt“.

Die Konferenz schloß ihre Beratungen mit der Wahl der leitenden Organe der UITBB. Im Namen von 17 Millionen Bauarbeitern der Welt wählten die Delegierten der Mitgliedsorganisationen erneut den DDR-Gewerkschafter Lothar Lindner zum Präsidenten und den finnischen Kollegen Veikko Porkkala zum Generalsekretär der UITBB.

Streiks in Frankreich

In diesem Herbst verschärfte sich in Frankreich die Krise. 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos. Nach einer kurzen Zeit der Verlangsamung entwickelten sich die Preise steil nach oben. Seitdem Giscard d'Estaing Präsident der Republik ist, das sind etwas mehr als 500 Tage, ist der Preisindex um 22,4 Prozent gestiegen. Bereits im Oktober wurden im Lande 94 bedeutende Arbeitskämpfe gezählt, wovon 58 mit der Besetzung der Betriebe durch die Belegschaften verbunden waren, um die Arbeitsplätze zu erhalten. 28 waren durch die Verteidigung der Kaufkraft der Löhne motiviert.

Die Streiks in den Betrieben, die auch jetzt noch fortgesetzt werden, finden die Unterstützung ganzer Berufs- oder sogar Industriebranchen. Auf einem am 5. November stattgefundenen nationalen Aktions- und Demonstrationstag haben die Beschäftigten der Metallindustrie die Streikenden unterstützt. Besonders die Beschäftigten im öffentlichen und staatlichen Sektor wehren sich mit Kampfaktionen gegen Entlassungen und die Senkung ihres Lebensstandards. So kam es in der letzten Zeit zu Arbeitskämpfen im Bergbau, anschließend in den Elektrizitäts- und Gaswerken mit Unterbrechung der Stromversorgung am 6. November.

Zum Teil werden mit diesen Arbeitskämpfen, an denen sich auch die Beschäftigten der Pariser U-Bahn und die Eisenbahner Lyons beteiligten, die bevorstehenden Lohnrunden vorbereitet. Bereits jetzt erklärte die CGT, die größte französische Gewerkschaft, daß sie keinen Tarifvertrag unterschreiben werde, der eine Senkung der Kaufkraft beinhaltet.

Inzwischen nimmt der Streik bei der nationalen Luftfahrtgesellschaft Air France, der bereits mehr als zwei Wochen dauert, neue Dimensionen an und dehnte sich auf den gesamten französischen Luftverkehr aus. Zu der Forderung nach höheren Löhnen kommt hier der Protest gegen zu große Arbeitsbelastung durch ungenügende Belegschaftszahlen zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang muß auch auf die Krise in der Druckindustrie hingewiesen werden. Hier entwickeln sich weitere Aktionen um den schon seit mehr als sechs Monate dauernden Konflikt um die Zeitung Parisien Libéré.

Die großen Gewerkschaftsverbände stellen die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, die verschiedenen Bewegungen zu einer zusammenfassenden. Diese Möglichkeit ist nicht auszuschließen.

R. G.

korrespondenten. Denn für die bürgerliche Journalistik findet im allgemeinen die Arbeitswelt nicht statt — es sei denn, die hübsche Näherin heiratet ihren Chef, den Millionär.

Das „Handelsblatt“ jedoch, das im Dienste des Kapitals steht, und möglicherweise die Informationsergebnisse seines in- und ausländischen Korrespondentennetzes ominösen Diensten wie z. B. dem CIA zur Verfügung stellt, die auch im Dienste des Kapitals stehen, will offenbar gegen Kommunisten und aktive Gewerkschafter in den Betrieben eine Atmosphäre der Anrüchigkeit und Verdächtigung erzeugen. Und das ist nicht mehr Angelegenheit der UZ allein. Hier sind die Gewerkschaft-

ten angesprochen, deren aktive Mitglieder und Funktionäre nicht mehr nur im öffentlichen Dienst, sondern künftig auch in den Betrieben mit Berufsverbots drangsaliert werden sollen.

Dem „Handelsblatt“ jedenfalls ist eine solche Schrittmacherrolle ohne weiteres zuzutrauen. Setzt es doch die unrühmliche Tradition des von ihm geschluckten „Industriekurier“ fort, der im Oktober 1965 zur Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften schrieb, eine Demokratisierung der Betriebe sei genauso „unsinnig wie eine Demokratisierung der Kasernen, Zuchthäuser und Schulen“. Also Vorsicht vor den Agenten des Kapitals!

G. S.

A. B.

„Die Tage vor dem Tag X“ Gespräche mit spanischen Arbeitern

Wenige Wochen vor dem Tode des faschistischen Diktators Franco besuchte einer unserer Mitarbeiter Spanien. Er führte Gespräche mit spanischen Arbeitern und informierte sich über den Terror, von dem jeder bedroht ist, der es auch nur wagt, gegen das herrschende faschistische System aufzumucken. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch Franco-Nachfolger Juan Carlos mit Mitteln des Terrors weiter zu regieren gedenkt. Nachfolgend der Bericht, der zugleich den wachsenden Widerstand großer Teile der spanischen Bevölkerung aufzeigt.

Jesus Garcia, der sonst nach Feierabend die Pyrenäenstrecke von Eibar nach Guetaria, zwischen San Sebastian und Bilbao, als Versuchspiste für seinen 750er Seat, den in Spanien gebauten Fiat, ansah, hat jetzt immer einen Fuß auf der Bremse. „Die Kurven stören mich nicht“, sagt der 25jährige Baske und Mechaniker in einer Auto-Werkstatt. Leiser fügt er selbst in Freundeskreisen hinzu: „Nur, Geschosse haben keine Augen, und wer hat schon gern ein Loch im Kopf!“

So makaber die Worte des jungen Arbeiters klingen mögen, die im 19. Jahrhundert zur Unterstützung der Bauernaufstände gegründete „Guardia Civil“ setzt auch heute noch ihre mörderischen Taktiken gegen das spanische Volk fort. Wie Heckenschützen tauchen die grün Uniformierten, oft von in grauen Uniformen steckenden „Policia Armada“-Gestalten unterstützt, mit entscherten Maschinenpistolen unter dem Arm hinter einer Kurve auf. Tote und Schwerverletzte gibt es, wenn Fahrer nicht schnell genug auf ihr „Halt“ stoppen oder gar aus Panik vor den Heckenschützen davonfahren. Selbst ein bundesdeutscher Fahrer mit einem „D“ am Wagen, das die grünen wie grauen Polizisten sonst mit Respekt zur Kenntnis nehmen, hauchte sein Leben unter ihren Kugeln aus.

In Guetaria wollte ich Jesus Garcia, mit dem mich Freunde zusammengebracht hatten, zu einem Rotwein in eine Taberna einladen. „Laß uns zum Hafen an die Mole gehen, da können wir uns die Boote ansehen, und im übrigen, das Meer hat keine Ohren“, sagt er unfassbar auf zwei „Guardia Civil“ aufmerksam machend, die betont gelangweilt über das Kopfsteinpflaster der Ladenstraße des jahrhundertalten Fischerdorfes schlenderten.

Jesus Garcia ist Mitglied der illegalen Comisiones Obreras (Gewerkschaft). Seine Augen leuchten, als er erzählt, wie in Eibar aus Protest gegen die letzten Todesurteile des Massenmörders Franco die Räder der Nähmaschinen-, der Fahrrad- und Waffenfabrik stillstanden. „Auch in unserer Werkstatt wurde kein Finger gerührt. Die Geschäfte blieben geschlossen, und die Eltern hielten ihre Kinder von den Schulen fern.“

Als wir wieder zu unseren Autos gehen, sind die „Guardia Civil“-Gestalten verschwunden. Im Vorbeifahren deutet Jesus Garcia auf eine Mauer neben der Kirche. „Freiheit für die politischen Gefangenen“ — „Wir rächen die Toten“, hatten dort Antifaschisten in großen schwarzen Lettern unter Lebensgefahr gemalt. An dem uralten Kirchenportal machen wir halt. Eine Tafel, in den Sandstein des Portals eingelassen, trägt die Namen von Falange-Gründern. Jener Organisation, die Franco bedingungslos in seinen mörderischen Exzessen im Bürgerkrieg gegen die Republik und auch danach gegen alle Antifaschisten unterstützte. „Diese Tafel hat die längste Zeit gehangen, auch wenn wir jetzt noch nicht den Mord an unseren fünf Genossen verhindern konnten“, davon ist Jesus Garcia überzeugt.

Wie in Eibar und Guetaria kam es in Bilbao, bei „Altos hornos de Vizcaya“, einem der größten Hüttenwerke Spaniens in Baracaldo, in San Sebastian und Durango — es gab in diesen Tagen der Ermordung der fünf Antifaschisten keine Stadt und kein Dorf im Baskenland, wo die Bevölkerung ihren Protest nicht herausschrie — zu Streiks und Demonstrationen.

Der tausendfache Mörder Franco hatte sich geirrt, als er glaubte, nach 1939 durch massenweises Einschleusen von Arbeitern aus südlichen Teilen der Halbinsel das baskische Industrie-Proletariat in die Knie zwingen zu können. Heute stehen baskische Arbeiter und ihre Kollegen, die zur Spaltung in das hochindustrialisierte Land geholt wurden, bei ihren sozialen und politischen Kämpfen Schulter an Schulter der „grünen“ und „grauen“ Polizei, der „Brigada de Investigacion Social“ gegenüber. So ist auch die zweite Rechnung des Caudillos nicht aufgegangen. In seiner Hoffnung, daß sich die aus

dem Süden in den Norden verpflanzten Arbeiter und ihre Familien auf die Seite einer Polizei stellen würden, in der fast kein einziger Baske rekrutiert ist, sah er sich schon seit Jahren enttäuscht.

Im Gegensatz zu den Septembertagen, dem Monat der Streiks von Zehntausenden gegen die Todesstrafen auf der Iberischen Halbinsel, scheint es jetzt im Baskenland ruhig zu sein. Parolen wie in Guetaria muß man suchen. „Tod der ETA“ — jener früher nur auf die Befreiung des Baskenlandes ausgerichteten Organisation, die heute tiefe soziale Züge trägt, vom Franco-Regime wegen eines kleinen militanten Kerns als terroristisch abgestempelt —, ist es in meterhohen Balkenbuchstaben an Fabrikmauern zu lesen, und ausgerechnet an solchen Fabrikmauern, durch deren Tore während der Terrorprozesse und zur Zeit der Todesurteile gegen die jungen Menschen von der ETA und ihre anderen antifaschistischen Kampfgenossen Tausende von Arbeitern aus Protest auf die Straße gingen. „Ja zu den Todesurteilen“ — „Keine Amnestie für politische Gefangene“, lauteten die anderen haßerfüllten von der Polizei mit Argusaugen bewachten Mordparolen.

Während der greise Massenmörder, bemitleidet von den bürgerlichen Massenmedien, langsam dahinstarb, hat sich der Terror noch eskaliert. Unter seinem Stellvertreter, Prinz Juan Carlos, der 1972 in der Rommel-Kaserne der Bundeswehr den Panzer „Leopard“ eigenhändig ausprobierte, wüteten nicht nur die Polizeikommandos und bezahlte Hetzlosungen malende Subjekte. Unter den Augen der Polizei schlugen die rechtsextremistischen „Christ-Königs-Krieger“ im „Namen Gottes und für ein christliches Europa“ Oppositionelle, selbst katholische Geistliche und christliche Politiker nieder, erschossen linksstehende Demokraten, steckten Häuser und Büchereien an, ohne daß auch nur einem dieser Kriminellen ein Haar gekrümmt worden wäre.

Sogenannte „Todeskommandos“ können ungestraft Rechtsanwälte, die politische Gefangene verteidigten, Mitgliedern der Comisiones Obreras, Liberalen und linksgerichteten Politikern Drohbriefe in das Haus schicken. Sollten die so Angesprochenen nicht „24 Stunden nach der Stunde X“ (wenn Franco den Weg geht, auf den er Zehntausende mit seiner Unterschrift schickte) außer Landes sein, würden sie „hingerichtet“, heißt es in den Briefen.

Die Ruhe, die sich in diesen Tagen wie ein weißes Tuch über ganz Spanien gelegt hat, ist sicherlich auch auf die sich täglich steigende Repression zurückzuführen. Doch sie trägt Theodoro, ein alter Kämpfer gegen Franco aus den Bürgerkriegstagen, holt aus seinem Jackenfutter ein zerknittertes Flugblatt hervor. Während er sich eine Zigarette

Bucheingänge

Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946. Herausgegeben und eingeleitet von Horst Bednareck, Albert Behrendt und Dieter Lange. Verlag: Das Europäische Buch, Westberlin 1975, LXIV, 284 Seiten, 9,80 DM.

Die in diesem Band zusammengestellten Dokumente vermitteln einen lebendigen Eindruck vom Aufbau einer neuen und einheitlichen Gewerkschaftsorganisation nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Der Leser kann anhand der über 70 abgedruckten Dokumente und Materialien minutiös nachvollziehen, wie sich der Kampf um den Aufbau des FDGB in den ersten Monaten nach dem Ende des 2. Weltkrieges entwickelte. Eine mehr als 70seitige Einleitung stellt den historischen Zusammenhang her.

Investitionslenkung und Investitionskontrolle. Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion in der BRD. Informationsbericht 18 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Frankfurt/Main 1975, 104 Seiten, 8 DM.

Ausgehend von einer Analyse der Rolle, Struktur und Verteilung der Investitionen in der BRD und der Methoden staatlicher Beeinflussung der Investitionen gibt der Verfasser einen Überblick über die verschiedenen Modelle der In-

dreht, lese ich auf dem hektographierten Blatt: „Manifest der Arbeiterkommissionen — Auch unter Juan Carlos bleibt die Krisensituation bestehen... Arbeiter, wir befinden uns in einer geschichtlich wichtigen Situation... Auf zur allgemeinen Mobilisierung... Alle sind wir aufgerufen, gemeinsam zu kämpfen, damit bei der künftigen Entwicklung das Volk das letzte Wort hat.“

Der alte Kämpfer, der heute von einer kleinen Fabrikrente lebt, weil Franco ihm die Existenz vernichtete, zieht an seiner Selbstgedrehten und sagt: „Die Jungens haben aus dem Bürgerkrieg gelernt. Unsere Leute hier haben eben keine Zeit für solche Querelen, wie sie sich die Exil-Linken im Ausland leisten. Wenn hier gestreikt wird, fragt keiner nach dem Gebetbuch des anderen. Da gibt es nur eins: gemeinsam gegen den Unternehmer und damit auch gegen das Regime für eine bessere Zukunft.“ Als er seine Zigarette langsam im Aschenbecher ausdrückt, sagt er mir ebenso langsam, aber genauso eindringlich: „Weißt du, wenn die Linke das kapiert hat, dann haben wir endlich gewonnen.“ Hek

vestitionslenkung, vor allem derjenigen, die im Bereich der Gewerkschaften und innerhalb der SPD diskutiert werden. Aus der Einschätzung dieser Vorstellungen gelangt der Verfasser zu Ansätzen eines Konzepts demokratischer und antimonopolistischer Kontrolle und Lenkung der Investitionen. Eine Sammlung von internationalen Dokumenten zu den komplexen Nationalisierung und demokratische Kontrolle, Planung in der sozialistischen Gesellschaft und Kontrolle und Lenkung von Investitionen rundet den Informationsbericht ab, der allerdings nicht mehr die Beschlüsse des DGB-Kongresses 1975 berücksichtigt.

Berufsverbote in der BRD. Eine juristisch-politische Dokumentation. Informationsbericht 22 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Frankfurt/Main 1975, 110 Seiten, 6 DM.

In einem einleitenden Abschnitt wird eine Zusammenfassung der Hintergründe und der politischen Funktion der Berufsverbote in der BRD gegeben, die in den folgenden Abschnitten anhand von Dokumenten und Materialien untermauert wird. Hierbei werden zunächst

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

die wichtigsten Gesetze und Beschlüsse zum „Radikalen-Erlaß“ von heute und seinen Vorläufern wiedergegeben, die dem Leser einen guten Überblick über die Rechtslage und die Tradition der Berufsverbote in Deutschland und der Bundesrepublik bieten. Im dritten Abschnitt kommen bekannte Verfassungsrechtler, Politologen und Juristen zu Wort, die allesamt die Verfassungswidrigkeit der Berufsverbotspraxis konstatieren. Im vierten und fünften Abschnitt werden exemplarische Fälle des Berufsverbots dokumentiert sowie die Bewegung gegen das Berufsverbot und die Stellung der Parteien und der Gewerkschaften zum Berufsverbot dargestellt.

Diese Dokumentation ist jedem zu empfehlen, der sich über demokratische und grundgesetzkonforme Einschätzungen der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis in der BRD informieren möchte.

VERLAGSINTERNES

Rechtzeitig zu den Personalratswahlen, die im Frühjahr 1976 zum erstenmal nach Inkrafttreten des neuen Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) stattfinden, erscheint in unserem Verlag ein entsprechender Kommentar. Damit kommen wir den Wünschen zahlreicher Leser entgegen, die wiederholt an uns herangetragen worden sind.

Rolf Geffken, der den NACHRICHTEN-Lesern durch zahlreiche Beiträge zu arbeitsrechtlichen Fragen bekannt ist, hat sich sehr eingehend mit dem Gesetzestext beschäftigt. Er bringt zahlreiche Hinweise, wie das Gesetz am besten und wirkungsvollsten für die Interessenvertretung der im öffentlichen Bereich Beschäftigten genutzt werden kann. Es sollte also zur Standardlektüre eines jeden Personalrats und Jugendvertreters gehören. Das Buch, das außerdem die neue Wahlordnung, Auszüge aus dem Hamburger PersVG — das zu den fortschrittlichsten PersVG gehört — sowie umfangreiche Literaturhinweise enthält, kostet 24 DM. Es kann ab sofort beim Verlag bestellt werden.

Eingehend haben wir uns kurz vor Jahresende mit der finanziellen Situation unseres Verlages beschäftigt. Das, was bei dieser Untersuchung heraus kam, ist alles andere als erfreulich. Ebenso wie unsere Leser leiden besonders die kleinen Verlage, die von Unternehmerverbänden nicht unterstützt werden, unter den Auswirkungen der inflationären Preissteigerungen.

Im Interesse unserer Leser wollen wir versuchen, den Abonnementspreis zu halten. Allerdings müssen wir ab 1976 die Portokosten, die jährlich für NACHRICHTEN 3,60 DM und für INFORMATIONEN 1,20 DM betragen, in Rechnung stellen, so daß Sie künftig 28,60 DM bzw. 8,20 DM zu zahlen haben. Der Einzelpreis für das NACHRICHTEN-Heft beträgt künftig 3 DM. Wir bitten Sie, für diese Maßnahme, die unumgänglich ist, Verständnis aufzubringen. An alle diejenigen, die ihr Jahresabonnement 1976 bereits beglichen haben, werden wir keine Nachforderungen stellen.

Schon heute bitten wir Sie um ein offenes Ohr und ein offenes Portemonnaie, wenn wir in eine der nächsten Ausgaben eine Spendenzahlkarte beilegen.

Jeder Betrag, sei er auch noch so klein — ist uns willkommen. Er hilft mit, die Aufgabe, die wir uns gestellt haben — eine Waffe im Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und gegen die Unternehmer zu sein — zu erfüllen.

jaco

Terminkalender

- **1. Januar bis 30. April 1976**
Neuwahl der Vertrauensleute der IG Metall
- **8. bis 10. Januar 1976**
10. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Leverkusen
- **22. bis 24. Januar 1976**
10. Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Mainz
- **7. bis 8. Februar 1976**
Bundeshandwerkstagung des DGB in Saarbrücken
- **4. bis 7. März 1976**
13. ordentliche Bundesjugendkonferenz der ÖTV in Mannheim
- **16. März bis 17. März**
Jugendvertreterwahlen im Bereich der Deutschen Bundesbahn
- **19. bis 21. März 1976**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Bonn
- **1. Mai bis 30. Juni 1976**
Wahlen der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **4. bis 6. Mai**
Personalratswahlen im Bereich der Deutschen Bundespost und der Bundesbahn. Zur gleichen Zeit finden bei der Post die Jugendvertreterwahlen statt
- **13. Mai bis 15. Mai**
9. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) in Heidelberg
- **20. bis 22. Mai 1976**
Internationale Gewerkschaftskonferenz über Fragen ausländischer Arbeiter in Stuttgart
- **24. bis 27. Mai**
11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Mainz
- **13. bis 19. Juni 1976**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hamburg
- **29. August bis 3. September 1976**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **19. bis 25. September 1976**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Hamburg
- **26. September bis 2. Oktober 1976**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Saarbrücken

Zu guter Letzt

Der höchste in der Bundesrepublik zu vergebende Orden, der „Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz“, ist dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes metallindustrieller Unternehmerverbände (Gesamtmittel), Herbert van Hüllen, verliehen worden. Verleihungsgrund: „besondere Verdienste im Bereich der Sozialpolitik“. Van Hüllen tritt schon über viele Jahre hinweg als tarifpolitischer Kontrahent – und nicht selten als Scharfmacher – gegenüber der IG Metall auf.

Wenn solche Haltung mit dem höchsten Orden der BRD belohnt wird, dann ist verständlich, daß die Metall-Gewerkschafter leer ausgingen. Einem so hohen Orden, wie sie ihn verdienen, gibt es nämlich nicht.

„Aufgrund der veränderten Situation am Arbeitsmarkt“ hat die Münchener Stadtverwaltung beschlossen, zu dicke Menschen nicht mehr einzustellen. „Wer sich bei uns bewirbt, hat nur eine Chance, wenn er nicht mehr Kilo wiegt, als er in Zentimetern an Körpergröße über einen Meter mißt“, erklärte die Pressestelle des Münchener Rathauses. Erstes Opfer: eine Krankenpflegerin mit „Übergewicht“, der aus diesem Grunde die Einstellung verweigert wurde.

Abgesehen von der grenzenlosen kapitalistischen Menschenverachtung, die in einem solchen Beschluß liegt, könnte er bei Ausdehnung auf den gesamten öffentlichen Dienst eine gute Garantie dafür sein, daß Franz Josef Strauß niemals Kanzler wird und Bayerns Ministerpräsident Goppel den Hut nehmen muß.

Ein Prof. Pöpel – belleibe kein Popel – hat am 27. November von der Friedrich-Flick-Stiftung den in diesem Jahr zum zweitenmal verliehenen Umweltschutz-Preis in Höhe von 50 000 DM bekommen. Pöpel habe schon zu einer Zeit am Umweltschutz gearbeitet, als man in der öffentlichen Diskussion diesen Begriff noch nicht kannte, sagte der persönlich haftende Flick-Gesellschafter von Brauchitsch bei der Preisverleihung.

Womit er eigentlich sagte, daß Prof. Pöpels Arbeit das Problem nicht lösen half. Ob er vom Flick-Konzern eben darum einen Preis bekam?

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt ein Spendenaufruf für die unterdrückte chilenische Bevölkerung bei. Wir bitten unsere Leser, den Aufruf zu beachten.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Post-scheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,- DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 2411 Borstorf/Mölln.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Hans Kramer, DDR; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herwart Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main

